

zivilschutz magazin



Die Ausbildungsstätten des
Katastrophenschutzes der Länder

Das Kurzportrait

Heute: Katastrophenschutzschule
Bayern, Geretsried

Die Katastrophenschutzschule Bayern wurde am 1. 4. 1959 als Landesausbildungsstätte für den Luftschutzhilfsdienst durch das Bayer. Staatsministerium des Innern eingerichtet. Nach Erlass des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 und nach der Einordnung des Luftschutzhilfsdienstes in den Katastrophenschutz wurde sie in Katastrophenschutzschule umbenannt.

Die Schule ist eine dem Bayer. Staatsministerium des Innern unmittelbar unterstellte Ausbildungseinrichtung nach § 6 KatSG, die anfangs in angemieteten Gebäuden in Wolfratshausen untergebracht war und nach Fertigstellung der neuen Schulgebäude 1976 nach Geretsried umzog.

Ihre Aufgabe ist es, Lehrgänge für Führungskräfte und Helfer aus den Fachdiensteinheiten und -einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes durchzuführen. Eine Besonderheit besteht darin, daß auf ihrem Territorium auch die BVS-Schule des Landes Bayern untergebracht ist.

Die Stadt Geretsried, in deren südwestlichem Teil die Katastrophenschutzschule Bayern liegt, ist eine sehr junge Stadt. Sie ist erst nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges auf den Trümmern und Überresten einer Munitionsfabrik durch Ansiedlung von Flüchtlingen entstanden. Zwischenzeitlich hat sie sich zur größten Stadt im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit über 20 000 Einwohnern entwickelt. Geretsried liegt am Westufer der Isar ca. 30 km südlich von München im Alpenvorland.

WISSENSWERTES AUF EINEN BLICK

Belegkapazität

Es können insgesamt 137 Lehrgangsteilnehmer (incl. BVS-Schule) in
67 Doppelzimmern und
3 Einzelzimmern
untergebracht werden.

Alle Zimmer sind mit Waschgelegenheit für Kalt- und Warmwasser ausgestattet. Die Gemeinschaftsduschräume befinden sich im Keller des Unterkunftsgebäudes. Von den 137 Betten stehen der BVS-Schule ständig 47 Betten zur Verfügung.

Lehrgänge

Durchschnittlich führt die Schule jährlich 110 bis 120 ein- und zweiwöchige Lehrgänge für

alle Fachdienste durch. Die Brandschutzausbildung im erweiterten Katastrophenschutz findet allerdings an den beiden Staatlichen Feuerwehrschole Regensburg und Würzburg statt.

Das Lehrgangsangebot umfaßt vor allem

- Einweisungslehrgänge für Mitglieder im Stab und Stabpersonal sowie für Führungskräfte der Führungsgruppe TEL.
- Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge für Unterführer und Führer sowie für Helfer für besondere Tätigkeiten (z. B. für Kraftfahrer, Sprechfunker, Sanitätshelfer und Sprenghelfer).

Lehrsäle

Insgesamt sind sechs Lehrsäle vorhanden, von denen zwei der BVS-Schule zugeteilt sind.

Jährliche Besucherzahl

Im langjährigen Durchschnitt werden jährlich zwischen 1 600 und 2 400 Lehrgangsteilnehmer ausgebildet. Nicht berücksichtigt sind hier Gastteilnehmer und Helfer, die an Wochenenden das Übungsgelände der Schule benutzen.



Lehrkräfte

Im Ausbildungsbereich sind zur Zeit elf Lehrkräfte als Lehrgruppenleiter und Ausbilder tätig.

Schulorganisation

Unterhalb der Schulleitung ist die Schule in zwei Bereiche, den Ausbildungs- und den Verwaltungsbereich gegliedert. Der Ausbildungsbereich ist in sieben Lehrgruppen entsprechend der Fachdienste des KatS unterteilt. Der Verwaltungsbereich umfaßt neben der allgemeinen Schulverwaltung den Haushalt, die Küche, das Lehrgangsbüro, die Hausverwaltung und die Sonderdienste.

Gebäude

Das gesamte Schulgelände umfaßt mehr als 6 ha. Auf dem Gelände befinden sich

- ein Verwaltungsgebäude mit Büroräumen für das Ausbildungs- und Verwaltungspersonal
- ein Lehrsaaalgebäude mit sechs Lehrsälen, Filmvorführ- und Lernmittelräumen
- ein Unterkunftsgebäude mit Teilnehmerzimmern, Duschen und Aufenthaltsräumen

- mehrere Lagergebäude
- eine Kfz-Unterstelhalle mit Waschhalle und Werkstatt
- eine Übungshalle für die praktische Ausbildung bei Schlechtwetter und
- ein Maskenprüfraum.

Übungsgelände

Das Übungsgelände von 12 000 qm Gesamtfläche befindet sich in einem eigens abgegrenzten Bereich des Schulgeländes. Es ist ausgestattet mit einer Trümmerstrecke, mehreren Trümmerhäusern, einer Kriechstrecke, einem Löschwasserteich, einer Mauerübungswand für Stemmarbeiten und mit Versorgungs- und Entsorgungsleitungen für Wasser und Gas.

Neben der eigenen praktischen Ausbildung wird das Übungsgelände an den Wochenenden von Einheiten, vor allem des Bergungsdienstes, aus ganz Bayern für die Ausbildung genutzt.

Fahrzeugpark

Es sind insgesamt 20 Fachdienstkraftfahrzeuge und fünf Anhänger vorhanden. Zur Durchführung von Kraftfahrerlehrgängen und bestimmten Fernmeldelehrgängen werden die für die Ausbildung an der Schule notwendigen Kraftfahrzeuge von den Einheiten herangezogen.

Freizeitmöglichkeiten

Die eigenen Freizeitmöglichkeiten, vor allem für sportliche Betätigung, sind sehr beschränkt. Es stehen zwar zwei Aufenthaltsräume mit Fernsehgeräten und eine (verpachtete) Kantine zur Verfügung; die aktive Freizeitgestaltung allerdings beschränkt sich auf zwei Tischtennisplatten.

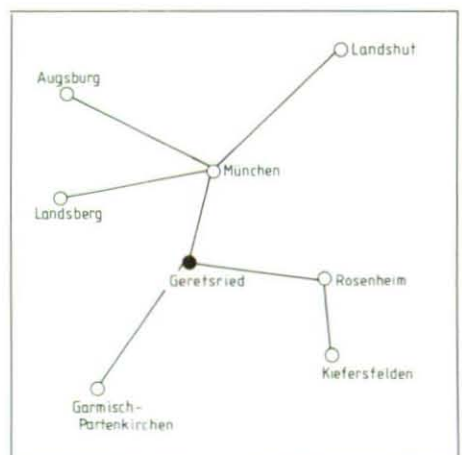
In der näheren und weiteren Umgebung der Schule gibt es, je nach Jahreszeit, in Geretsried selbst und in der Kreisstadt Bad Tölz ausreichend Möglichkeiten zum Schwimmen, Wandern usw.

Schulleiter

Regierungsrat Willy Schütz

Anschrift

Katastrophenschutzschule Bayern
Sudetenstr. 81
Postfach 8 70
8192 Geretsried 2
Tel.: 0 81 71/3 10 11



zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft — nach Entfernen des Umschlags — zur Altpapiersammlung.



Juni
6/87

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 120406, 5300 Bonn 1
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687
Telefax 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Das Kurzportrait	U 2
Umschau	2
„Wir wünschen uns, einen Neuanfang zu wagen“	6
Gemeinsame Johannisfeier von JUH und MHD in Bonn	
In der Katastrophe das Chaos vermieden	7
Tankwagen-Unglück als Bewährungsprobe für die Helfer	
300 Helfer im Kampf gegen die Uhr	9
9. THW-Bundeswettbewerb 1987 in Hannover	
Lagebericht via Satellit	14
Neue Bodenfunkstation des ASB	
Bei km 40,2 beginnt der Ernstfall	15
2 000 Helfer beim Marathonlauf	
Doppelte Null-Lösung — ein Rezept auch für den Zivilschutz?	19
Die Bedeutung der Abrüstungsvorschläge	
„Zivil- und Katastrophenschutz sind ein einheitliches Hilfeleistungssystem“	21
36. Jahrestagung der Schutzkommission	
2 600 „Flutopfer“ wurden evakuiert	23
Bislang größte Einsatzübung der DRK-Hilfszugabteilungen	
„Schutz der Bürger vor Gefahren gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates“	27
Bundestagspräsident Jenninger erhält BVS-Ehrendnadel	
Bundesverband für den Selbstschutz	29
Technisches Hilfswerk	32
Warndienst	37
Deutsches Rotes Kreuz	39
Arbeiter-Samariter-Bund	41
Johanniter-Unfall-Hilfe	43
Malteser-Hilfsdienst	47
Deutscher Feuerwehrverband	51
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	57
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Mustergütig und unterstützenswert

Kaiserslautern war das Ziel eines Besuchs des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt und des Leiters der Abteilung „Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung“, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer. Beide informierten sich über den Organisations- und Ausbildungsstand der Einrichtungen des Brand- und Katastrophenschutzes der Stadt Kaiserslautern. Es konnte dargelegt werden, daß die personelle Ausstattung aller Organisationen gut ist. Allerdings wurde den Vertretern des Ministeriums verdeutlicht, daß der Ersatz von Fahrzeugen für die Löschzüge „Löschen“ und „Retten“ sowohl zeitlich als auch typenmäßig völlig unzureichend abläuft. Letztlich wurde das Ministerium auch gebeten, Pilot-Projekte, die wie das „Kaiserslauterer Zivilschutz-Modell“ der organisatorischen und persönlichen vertrauensvollen Zusammenarbeit unter den Hilfsorganisationen dienen, durch Zuschüsse des Bundes zu fördern.

Zum Abschluß des Besuchsprogramms stand Ministerialdirigent Beyer den Vertretern der Hilfsorganisationen Rede und Antwort. Die Idee des Kaiserslauterer Brand- und Zivilschutzdezernenten, Dr. Horst Schöttler, zur Gründung eines Ortsringes der Kaiserslauterer Zivilschutzorganisationen unterstützte Beyer nachdrücklich, sei doch dieses Vorhaben nach seinem Wissen in der Bundesrepublik einmalig. Die Zusammenarbeit der Organisationen zur Abstimmung von Ausbildungs- und Übungsvorhaben, zur Interessenvertretung gegenüber dem Stadtparlament und der Verwaltung und zur Darstellung gemeinschaftlicher Ziele gegenüber der Öffentlichkeit sei mustergütig und unterstützenswert. Das Ergebnis war daher auch zu erwarten: Die Hilfsorganisationen beschlossen die Gründung eines solchen Ortsringes.

Unser Foto zeigt von links: Polizeidirektor Roland Kuhn, THW-Ortsbeauftragter, Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt; Ministerialdiri-



gent Wolfgang Beyer; Brand- und Zivilschutzdezernent Dr. Horst Schöttler; THW-Landesbeauftragter Rheinland-

Pfalz, Dr. Friedrich C. Dölbör, Leiter HVB-Fernmeldezentrale, Konrad Friedel. (Foto: Bachem)

Katastrophenalarm und Ausnahmezustand: Folgen heftiger Unwetter

Unwetter, wolkenbruchartige Regenfälle, Gewitter, heftige Hagelschauer — Anfang Juli hielt das Wetter die Bevölkerung in Atem. Für das Gebiet nördlich von Emmendingen bei Freiburg löste das Landratsamt Katastrophenalarm aus, in Frankfurt rief die Feuerwehr den Ausnahmezustand aus. Tote, Verletzte und Schäden in Millionenhöhe sind die traurige Bilanz der Ereignisse.

„Vier Menschen wurden bei Gewitter getötet“, heißt es im „Kölnischer Stadt-Anzeiger“. Durch starke Hitzegewitter, Wolkenbrüche und Sturmböen kam es zu nicht absehbaren Schäden in der Bundesrepublik. In Freiburg-Kappel wurden zwei Golfspieler vom Blitz erschlagen, als sie Schutz vor dem Unwetter unter einem Baum suchten. Ebenfalls vom Blitz erschlagen wurde ein 13jähriger Junge in Troisdorf, der auf einem Feldweg beim Radfahren von dem Unwetter überrascht wurde. Im Kreis Kassel erfaßte eine Flutwelle einen 70jährigen Mann, der sofort getötet wurde.

Von Hagelkörnern mit einem Durchmesser bis zu zwei Zentimetern sprach man im Schwarzwald und in der Schwäbischen Alb. Überschwemmte Straßen in der Eifel und im Rhein-Sieg-Kreis waren die Folgen schwerer Unwetter. Allein im Alb-Donau-Kreis entstand ein Sachschaden von fast einer Million, als zwei Bauernhöfe nach Blitzeinschlag in Flammen aufgingen. Auch Niedersachsen blieb nicht verschont; Blitze setzten mehrere Häuser in Brand.

Etliche Brückenbauwerke und Straßen mußten wegen Überschwemmungen gesperrt werden. Wassermassen schwemmten auch geparkte Autos fort, rissen Gartenhäuser weg und verwüsteten Gärten und Grünanlagen.

Feuerwehren, Technisches Hilfswerk und andere Rettungsmannschaften waren permanent im Einsatz, um Straßen zu räumen, Gebäude mit Sandsäcken zu sichern, überflutete Häuser vom Schlamm zu säubern oder unter Wasser stehende Keller leerpumpen.

Helmut Schuch als BVS-Direktor bestätigt

Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, händigte am 29. Juli 1987 dem bisherigen Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), Helmut Schuch, die Urkunde über die erneute Ernennung zum Direktor des Verbandes aus. Die Ernennung für weitere sechs Jahre erfolgte, nachdem die erste Amtszeit Schuchs jetzt auslief.



Die Überreichung der Urkunde in Bonn erfolgte in Anwesenheit der Vertreter der Zentralabteilung des Bundesministeriums des Innern, Ministerialdirektor Leis, Ministerialdirigent Dr. Schreiber und Ministerialrat Starke; die Abteilung „Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung“ vertrat Referatsleiter Regierungsdirektor Fock. Außerdem nahm der Vorsitzende des Hauptpersonalrates des BVS, Weigl, als Vertreter der Bediensteten teil.

Unser Bild: Staatssekretär Neusel (rechts) und der im Amt bestätigte BVS-Direktor Schuch.

(Foto: Sers)

„Heute ist der europäische Zivilschutz entstanden“

Die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden in Zukunft bei der Bekämpfung von Katastrophen enger zusammenarbeiten. Dies haben die für den Zivil- und Katastrophenschutz zuständigen Minister auf einer Ratssitzung in Brüssel vereinbart.

Bereits im Mai 1985 war man in Rom zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen und hatte die Einsetzung eines Expertengremiums vereinbart, das Vorschläge für Sach- und Verfahrensfragen erarbeiten sollte. Nach Abschluß dieser Vorarbeiten verabschiedeten die Minister nach eingehender Beratung nun eine gemeinsame EntschlieÙung, mit der insbesondere in den Bereichen der gegenseitigen Kontakte und Informationen sowie des Austausches von Personal des Zivil- und Katastrophenschutzes eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit verabredet wird.

Carl-Dietrich Spränger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, der für den Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, an der Sitzung teilnahm, erklärte zu dem Ergebnis der Beratungen: „Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, daß nach den Ereignissen von Tschernobyl und Sandoz die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auch auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes weitere Fortschritte macht. Sie wird alles tun, um diese Zusammenarbeit auch in Zukunft zu fördern und zu stärken, denn es ist von jeher eines ihrer bedeutendsten politischen Ziele gewesen, die Sicherheit der Völker Europas weiter zu entwickeln.“

Die in Brüssel verabschiedete EntschlieÙung sieht in drei wesentlichen Bereichen Verbesserungen vor:

- Ständiger Kontakt der für den Zivil- und Katastrophenschutz Verantwortlichen,
- gemeinsame Übungen und Ausbildungsveranstaltungen auf internationaler Ebene mit Unterstützung der EG-Kommission,
- Erstellung eines Handbuchs mit Angaben über Personal und Material, das bei großen Katastrophen in den Staaten der Gemeinschaft zur Verfügung steht.

Da in den einzelnen Staaten der Gemeinschaft für die Bekämpfung von Katastrophen unterschiedliche Systeme und Mittel vorhanden sind, kam es in erster Linie darauf an, den gegenseitigen Informationsaustausch in diesem Bereich zu verbessern. Dies ist dadurch geschehen, daß vereinbart wurde, es nicht bei Gesprächen und Tagungen zu belassen, sondern ein Handbuch zu erstellen, das alle notwendigen und wesentlichen Hilfsmittel enthält, die im Notfall zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus sind künftig gemeinsame Übungen vorgesehen, um die internationale Zusammenarbeit auch vor Ort praktisch erproben zu können. Die EG-Staaten haben damit unterstrichen, daß sie in ihren gemeinsamen Anstrengungen zum Schutze ihrer Bürger vor Katastrophen und schweren Un-

glücksfällen alles zu tun, nicht nachlassen werden.“

Auch der zuständige EG-Kommissar Carlo Ripa di Meana drückte seine Zufriedenheit über das Ergebnis dieses Ministertreffens mit den folgenden Worten aus: „Heute ist der europäische Zivilschutz entstanden.“

Internationale Zusammenarbeit als Ziel

Sowohl mit den Niederlanden als auch mit Belgien bestehen von deutscher Seite aus Vereinbarungen über eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenfall. Um die vereinbarte Zusammenarbeit auch in der Praxis wirksam werden zu lassen, ist ein regelmäßiger Gedankenaustausch der betreffenden Stellen vonnöten.

Im Rahmen eines solchen Treffens erörterten auf Einladung des Regierungspräsidenten in Köln Vertreter von Katastrophen- und Zivilschutzbehörden aus den niederländischen und belgischen Grenzprovinzen Limburg und Lüttich mit den Mitarbeitern des Dezernats für Feuer- und Katastrophenschutz Fragen zu Aufbau und Organisation der einzelnen Katastrophenschutzorganisationen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

In unserer Bundesgeschäftsstelle ist zum 1. Oktober 1987 eine Ganztagsstelle neu zu besetzen. Wir suchen einen

Sachbearbeiter

mit abgeschlossener Berufsausbildung, möglichst im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Erfahrungen durch Feuerwehrausbildung und -dienst sind von Vorteil.

Zum Aufgabenbereich dieses Mitarbeiters gehören neben allgemeinen Verwaltungsarbeiten insbesondere die Bearbeitung von Vorgängen feuerwehrbezogener Facharbeit, die Protokollführung bei Verbandstagungen und die Mitarbeit bei Schwerpunktmaßnahmen und Sonderaufgaben.

Die Vergütung richtet sich nach BAT und erfolgt nach Qualifikation und Berufserfahrung.

Bewerber mit einer Feuerwehrausbildung werden bei der Auswahl soweit wie möglich bevorzugt.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Tätigkeitsnachweisen werden bis spätestens zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an:

Deutscher Feuerwehrverband

z. Hd. des Bundesgeschäftsführers
Koblenzer Str. 133, 5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon 02 28/33 10 93

(Persönliche Vorstellungen nach vorheriger Zusendung der Bewerbungsunterlagen; nach telefonischer Rücksprache).



Das Ziel der Zusammenkunft war, eine Zusammenarbeit im Katastrophenfall durch das Kennenlernen der einzelnen Fahrzeuge und der Ausrüstung sowie der Klärung der Fachbegriffe effektiver gestalten zu können.

Bei einem abschließenden Besuch der Berufsfeuerwehr Köln wurden den Gästen aktuelle Probleme der Feuerwehr im chemischen Bereich — hier insbesondere am Beispiel Köln mit seiner An-

sammlung von Chemieunternehmen — aufgezeigt.

Das Foto zeigt (von rechts) den Leiter des Zivilschutzes der Provinz Lüttich, Jean-Marie Guillaume, Hauptdezernent Dr. Rüdiger Thamm vom Regierungspräsidenten in Köln und den Leiter der Kölner Feuerwehr, Leitenden Branddirektor Dipl.-Ing. Dieter Karlsch.

(Foto: Claes)

Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen stellte Weichen

Als Vertreter der über 110 000 Feuerwehrangehörigen des Landes trafen sich am 30. Mai 1987 232 Delegierte zur 5. Delegiertentagung des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen: Veranstaltungsort war die Stadt Wegberg (Kreis Heinsberg), nahe der niederländischen Grenze gelegen. Eingebettet war die Versammlung in eine Reihe örtlicher Veranstaltungen zum 100jährigen Bestehen der Feuerwehr Wegberg.

Neben mehreren Abgeordneten aus Bundestag und Landtag konnte Verbandsvorsitzender Klaus Schneider (Hamm) besonders Innenminister Dr. Herbert Schnoor begrüßen. Die Liste der weiteren Ehrengäste umfaßte Vertreter der gastgebenden Stadt und des Kreises, der Regierungspräsidenten, der kommunalen Spitzenverbände, der Feuerversicherungen und Unfallkassen sowie Abordnungen der Hilfsorganisationen. Als Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes nahm Präsident Hinrich Struve an der Veranstaltung teil.

In seinem umfangreichen Rechenschaftsbericht wies Vorsitzender Schneider besonders auf die seit Jahren steigende Mitgliederzahl hin. Auf die Zukunft eingehend, zeigte er Perspektiven für die Feuerwehr im Bereich des Umweltschutzes auf.

Als Ereignisse innerhalb des Landesfeu-

erwehrverbandes erwähnte der Vorsitzende die verbandsinternen Führungseminare, die vom Verband herausgegebenen Lehrstoffmappen für die Ausbildung sowie die Auszeichnung der Freiwilligen Feuerwehren des Landes mit dem „Eisernen Steuergroschen“ durch den Bund der Steuerzahler.

Besonderen Raum nahm in Schneiders Ausführungen die Verabschiedung des langjährigen Landesgeschäftsführers Richard Kroonen ein, dessen Ausscheiden er als einen sehr großen Verlust für den Verband bezeichnete.

Die Neuwahlen zum Vorstand erbrachten keine Änderung, so daß der Verband weiterhin vom Vorsitzenden Schneider und seinen beiden Stellvertretern Bezirksbrandmeister Hans Schröder (Köln) und Kreisbrandmeister Matthias Schwartges (Kleve) repräsentiert wird.

Innenminister Dr. Schnoor verwies in seiner Rede auf die rasante technische Entwicklung, die immer neues Gerät erforderlich mache. Weil aber höhere Technik auch höhere Kosten mit sich bringe, sei die Situation der Kommunen in dieser Hinsicht sehr prekär. Die Lage der Träger des Feuerschutzes brachte er mit einem Zitat von Wilhelm Busch auf einen einfachen Nenner: „Ach, reines Glück genießt doch nie, wer zahlen soll und weiß nicht wie.“

Eine besondere Ehrung erfuhr Ministerialdirigent Maier-Bode, Leiter der Abteilung V im Düsseldorfer Innenministerium. In Anerkennung der stets auf das Wohl der Feuerwehr ausgerichteten Arbeit, besonders im Arbeitskreis V der Konferenz der Innenminister und -senatoren, zeichnete ihn DFV-Präsident Struve mit dem Deutschen Feuerwehrehrenkreuz in Silber aus.

Neues Spezialfahrzeug beim ASB-Landesverband NRW

Das „Zivilschutz-Magazin“ stellte in seiner Ausgabe 2/87 unter dem Titel „Krankentransport auf Samtpfoten“ ein neuartiges Sonderfahrzeug des Arbeiter-Samariter-Bundes, Landesverband NRW, vor. Das Spezialfahrzeug, ein Prototyp, ging Anfang April auf der Autobahn Olpe — Köln in Flammen auf. Der Brand entstand vermutlich durch einen Kurzschluß in der elektrischen Anlage.

Am 22. Juli 1987 stellte nun der Landesvorsitzende des ASB, Prof. Dr. med. Heinz Engelhardt, der Presse und dem Fachpublikum in Köln ein inzwischen weiterentwickeltes neues Fahrzeug vor, in das die bisherigen Erfahrungen mit dem Prototyp eingeflossen sind.

Das neue Notarzt-Intensivmobil, auf der Basis eines Reisebusses mit normalerweise 55 Sitzplätzen, wurde mit einem Gesamtaufwand von 1,1 Millionen DM zu einer fahrbaren Intensivstation ausgebaut. Es dient, wie schon der Prototyp, primär der Verlegung von Patienten in Spezialkliniken im In- und Ausland. Das Sonderfahrzeug bietet eine Transport-, Überwachungs- und Behandlungsmöglichkeit für solche Patienten, die bisher als nicht transportfähig galten oder deren Verlegung mit einem hohen Transportrisiko verbunden war.

Mit dem Intensivmobil wird der Patient unter Beibehaltung aller Überwachungs- und Behandlungskriterien in einem Intensivpflegebett in den Behandlungsraum des Fahrzeuges übernommen und dort unter optimalen klinischen Bedingungen an den Zielort befördert.

Gedacht ist der Einsatz des Spezialfahrzeuges insbesondere bei folgenden Patientengruppen:

- Rückenmarksverletzte
- Schwerstverbrannte
- Polytraumatisierte Patienten
- Beatmungspatienten
- Kardiologische Risikopatienten

Durch das große Platzangebot im Intensivmobil in Verbindung mit modernster



medizinisch-technischer Ausstattung wurde ein Intensivpflegeplatz geschaffen, der den Anforderungen modernster klinischer Intensivseinrichtungen speziell für diese Patientengruppen entspricht.

Das Intensivmobil kann von Ärzten, Krankenhäusern und Rettungsleitstellen über die Einsatzzentrale des ASB-Landesverbandes NRW (Rufnummer: 0 22 35/4 20 11) angefordert werden.

Aktuelle Termine

Die Niederländische Vereinigung der Branddirektoren organisiert vom 23. bis 25. März 1988 ihre vierte internationale Feuerwehrtagung im RAI-Kongreßzentrum in Amsterdam. Der Europäische Verband der Berufsfeuerwehroffiziere hält während dieser Zeit seine Jahresmitgliederversammlung ab. Außerdem wird vom 22. bis 26. März 1988 in Amsterdam die Internationale Fachmesse „BRAND 88“ durchgeführt.

Ein „Helfertag“ im Regierungsbezirk Darmstadt findet statt am Samstag, 22. August 1987, auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule des Landes Hessen in Geisenheim-Johannisberg. Von 10 bis ca. 20 Uhr treffen sich Helfer sämtlicher Organisationen mit Freunden und Angehörigen zu einem Gedankenaustausch und viel Unterhaltung.

Für den diesjährigen „Tag der Briefmarke“ hat der Verein Schleswiger Briefmarkensammler das Motto „Im Dienste der Bürger“ für eine Ausstellung von Motivbriefmarken rund um das Helfen

gewählt. Ein Sonderstempel mit den Emblemen der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und des THW wird im Sonderpostamt in den Räumen der Veranstaltung, dem Bürgersaal des Kreishauses Schleswig, Flensburger Straße 7, geführt. Die Ausstellung ist am 24. und 25. Oktober 1987 von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

„SAMIUC '87“ heißt der internationale Kongreß zum Thema Katastrophenmedizin, der vom 18. bis 21. November 1987 in Sevilla (Spanien) stattfindet.

Ein Arbeitstreffen des Notfunkreferates im Deutschen Amateur-Radio-Club e. V. (DARC) findet statt vom 26. bis 27. September 1987 im Schulungszentrum Schloß Eringerfeld, Gästehaus Dikke Birken, in Eringerfeld bei Geseke/Westfalen.

Vom 27. bis 30. August 1987 findet in Obertshausen/Hessen der 13. Deutsche

Jugendfeuerwehrtag mit der Delegiertenversammlung statt.

Sicherheit auf den Straßen und Zivilschutz sind zwei Themen der Sicherheits-Fachmesse „SICUR“, die vom 8. bis 11. März 1988 in Madrid (Spanien) stattfindet.

Im Rahmen einer Brandschutzwoche gibt es am 27. September 1987, 9.30 bis 18.00 Uhr, in Dietzenbach/Kreis Offenbach a. M. einen „Tag der offenen Tür“.

Neben den Feuerwehren informieren auch der Bundesverband für den Selbstschutz sowie THW, Polizei und die Rettungsdienste über ihre Aufgabengebiete.

Ferner findet der Besucher die Ausstellungsstände etlicher Fachfirmen, des Umweltverbandes Frankfurt und der Umweltabteilung der Stadt Dietzenbach.

Besonderer Programmpunkt ist der diesjährige „Feuerwehr-Flohmarkt“: Interessenten, die ihre Artikel (Modellfahrzeuge, Zubehör, Fotos etc.) tauschen oder verkaufen wollen, können sich kostenlos an der Veranstaltung beteiligen. Anfragen: Magistrat der Stadt Dietzenbach — Feuerwehr —, Rodgaustraße 11, 6057 Dietzenbach 1.

Mit Erlaß vom 6. Oktober 1983 hat der Hessische Minister des Innern die Ausrichtung des 13. Hessischen Feuerwehrtages 1988 der Kreisstadt Limburg an der Lahn übertragen. Der Feuerwehrtag findet in der Zeit von Freitag, 9. September 1988, bis Montag, 12. September 1988, in Limburg statt.

Das Haus der Technik e. V., Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 4300 Essen 1, Postfach 10 15 43, Hollestraße 1, Telefon 02 01/18 03-1 führt folgende Veranstaltungen durch:

14. Oktober 1987: Fachveranstaltung „Vorbeugender Brandschutz bei Planung, Genehmigung und Ausführung von Bauvorhaben“, Leitung: Reg.-Branddir. Dipl.-Ing. W. Heise.

22. Oktober 1987: Seminar „Das Verhalten von Menschen in gefährlichen Situationen“, Leitung: W. Schuster.

„Wir wünschen uns, einen Neuanfang zu wagen“

Dieter Graf Landsberg-Velen (MHD) hielt die Begrüßungsansprache vor prominenten Gästen

Es ist schon Tradition, daß sich zum Fest ihres Ordenspatrons, die Helferschaften von Malteser-Hilfsdienst (MHD) und Johanner-Unfall-Hilfe (JUH) in und vor dem Rheinland-Pfalz-Pavillon in der Bonner Rheinaue treffen. Die beiden christlichen deutschen Hilfsdienste in den Bereichen Rettungsdienst, Erste Hilfe, soziale Dienste und Katastrophenschutz sind Werke des Malteser-Ritter-Ordens und des Johanniterordens. Beide Orden haben ihren gemeinsamen Ursprung im ritterlichen Orden St. Johannes vom Spital zu Jerusalem, der im Jahre 1099 von Kreuzfahrern gegründet wurde.

Viele Gäste folgten der Einladung der beiden Hilfsorganisationen in die Bonner Rheinaue. Der Veranstaltung vorausgegangen war ein ökumenischer Gottesdienst. Während des anschließenden Empfangs konnten die beiden Präsidenten der Organisationen, Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld (JUH) und Dieter Graf Landsberg-Velen (MHD) zahlreiche Gäste begrüßen. Unter ihnen befanden sich auch Frau Bundesminister Dr. Dorothee Wilms als Vertreterin der Bundesregierung; Abgeordnete des Deutschen Bundestages; der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Carl-Dieter Spranger; Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Bundesinnenministerium; Vertreter der Botschaften und der Nuntiatur; Vertreter der Länder, der Städte Köln und Bonn; der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, und Präsident a. D. Dr. Paul Wilhelm Kolb; der Direktor des

Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch; Vertreter der Polizei, der Bundeswehr, der katholischen und evangelischen Kirchen, der Hilfsorganisationen und der Presse.

„Alljährlich am Johannistag zu dieser abendlichen Begegnung einladen, zu Ehren unseres Patrons und zur Kontaktpflege mit denen, die uns kraft ihres Amtes oder persönlich in dem Streben begleiten, unsere christlichen Dienstgemeinschaften in das plurale Leben unserer Zeit und Gesellschaft einzubringen“ — so eröffnete MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen seine Ansprache zur Johannisfeier. Im weiteren Verlauf ging der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes ein „auf das, was uns Hilfsorganisationen momentan am stärksten bewegt“. Dabei bezog er sich auf die Regierungserklärung vom 18. März:

„In dieser Erklärung bekundet die Bundesregierung ihre Absicht, mit den Institutionen, die sich im Dienst am Nächsten engagieren, einen intensiven Dialog führen zu wollen; sie bekundet ferner — ich zitiere —: „Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität stärker durchsetzen, denn zur Selbständigkeit gehören notwendig Entscheidungsfreiheit und Mitverantwortung.“

Es fällt uns gewiß nicht schwer, solche Bekundungen dankbar zu begrüßen und uns vorbehaltlos mit ihnen zu identifizieren. Doch ungleich schwerer scheint es uns, sie mit den Realitäten in Übereinklang zu bringen.

So zum Beispiel mit den Realitäten im Zivil- und Katastrophenschutz. Leider gelang es in der vergangenen Legislaturperiode nicht, den Konsens über eine Gesetzesnovelle zu erzielen, die den nach Auffassung aller beteiligten Hilfsorganisationen unzulänglichen Status quo in diesem Bereich ausgeräumt hätte. Der Bundesminister des Innern hat daraufhin dankenswerterweise die Novellierung gestoppt, da er nicht gegen den eindeutigen Willen der mitwirkenden Verbände handeln wollte.

Was uns unzulänglich und deshalb änderungsbedürftig erscheint, betrifft vor allem die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und uns, eben die praktische Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität, der Selbständigkeit und Mitverantwortung. Warum soll hier nicht anwendbar sein, was in anderen staatlichen Aufgabebereichen — etwa der Erste Hilfe- und Schwesternhelferinnen-Ausbildung — seit langem erfolgreich praktiziert wird und überdies nachweist, welche enormen Leistungen möglich werden, wenn man den Hilfsorganisationen den notwendigen Freiraum zur Entfaltung ihrer eigenen Motivationskräfte beläßt?

Wir wünschen uns, hier einen Neuanfang zu wagen; wir wünschen uns eine politische Richtungsentscheidung, die alle Beteiligten — Bund, Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen — auf den Weg zu einem gemeinsam getragenen Konzept führt. Nach Tschernobyl gab es gute Vorschläge; sie sollten nicht schon wieder vergessen sein.“

Graf Landsberg-Velen äußerte sich auch zum Rettungsdienst: „Auch wir bejahen und begrüßen die Schaffung des Berufsbildes eines hauptamtlichen Rettungsassistenten auf diesem Sektor, doch nicht unter Preisgabe der ehrenamtlichen Mitarbeit. Möge uns wohl bewußt bleiben: Es waren überwiegend ehrenamtliche Rettungssanitäter, mit deren Hilfe das international vorbildliche Rettungswesen in der Bundesrepublik aufgebaut werden konnte. Ohne geeignete Rahmenbedingungen für ihre künftige Mitarbeit dürfte es so nicht zu erhalten, weil nicht zu finanzieren sein.“

Das Engagement der vielen freiwilligen Helfer wurden von der Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Dorothee Wilms, lobend hervorgehoben, die in Vertretung des Bundeskanzlers bei der Johannisfeier war. Auch die Erfordernisse der Regelung der Ausbildung der Rettungssanitäter hob sie in ihrer kurzen Ansprache hervor.

Im Anschluß hatten die zahlreichen Gäste Gelegenheit, Fahrzeuge des Rettungsdienstes und der Behindertenbeförderung zu besichtigen. Den musikalischen Rahmen zur Johannisfeier lieferte die JUH-Blaskapelle.

boe.



Die beiden Präsidenten der Hilfsorganisationen, Dieter Graf Landsberg-Velen (rechts), und Wilhelm Graf von Schwerin-Schwanenfeld, im Gespräch mit Dr. Dorothee Wilms.

(Foto: MHD)

- Die Explosion eines verunglückten Tanklastzuges löste in Herborn ein Inferno aus

In der Katastrophe das Chaos vermieden

Bewährungsprobe für Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen



„Tanklastler rast in Eisdielen — 50 Tote!“ meldete die „Bild“-Zeitung. „Tanklastler explodiert in Eisdielen — 30 Tote!“, hieß es im Kölner „Express“. „Verwüstungen und Tote in Herborn — Rufe nach mehr Sicherheit“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Anlaß: Das schwerste Tankwagen-Unglück seit Bestehen der Bundesrepublik. Am Abend des 7. Juli war ein mit 36 000 Litern Benzin beladener Lastzug auf abschüssiger Straße in die hessische 22 000-Einwohner-Stadt Herborn gerast und an einer Hauswand zerschellt — die nachfolgende Explosion hatte ein Inferno ausgelöst.

Als die Flammen nach Stunden gelöscht, als die ersten Trümmer in Handarbeit geräumt waren, bestätigten sich die schlimmsten Befürchtungen nicht. Dennoch: Die Katastrophe hatte fünf Menschenleben gefordert, 38 Personen waren teils lebensgefährlich verletzt worden — eine ganze Häuserzeile wurde vernichtet.

Die Katastrophe von Herborn, die Entsetzen in ganz Europa hervorrief, war aber auch die Stunde der Bewährung für die Einheiten des Katastrophenschutzes. Hunderte von Helfern der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks (THW), des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und des Malteser-Hilfssdienstes (MHD) löschten, retteten und bargen. Viele von ihnen waren 20 Stunden ununterbrochen im Einsatz.

Erstes Resümee

„In der Katastrophe konnte das Chaos vermieden werden“, so der Kommentar des Herborner Bürgermeisters Bernd Sonnhoff. Tage nach dem fürchterlichen Tankwagenunfall in der hessischen Kleinstadt ziehen Verwaltung und Katastrophenschutzdienste ein vorläufiges Resümee ihrer Arbeit. Im Vorgriff auf einen ausführlichen Beitrag will das ZS-Magazin eine erste Wertung versuchen.

Nach wie vor schwanken die konkreten Angaben über Schadensbild und -ausmaß. Zu sehr noch sind die Männer vor Ort damit befaßt, die Zerstörungen und materiellen Verluste zu ermitteln. Fest steht aber, daß die Katastrophenschutzdienste — ob nun Berufs- oder Freiwillige Feuerwehr, THW, DRK oder MHD — eine überzeugende Leistung geboten haben.

Die Angst überwinden

Und das ist vor allem das Verdienst der freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer. Die

Erschöpfung steht ihnen noch im Gesicht — übermüdet berichten sie von den ersten Stunden des Einsatzes. „Das Schlimmste war die Angst vor den Toten — schließlich mußten wir davon ausgehen, daß rund 50 Menschen in Flammen und Trümmern umgekommen waren“, sagt ein junger THW-Helfer des Ortsverbandes Dillenburg. Wie die meisten anderen Helfer hat er eine Katastrophe solchen Ausmaßes noch nicht erlebt. Die Konfrontation mit dem Tod ist ihm in seiner bisherigen Dienstzeit erspart geblieben. Die Aussage des Helfers ist Ergebnis einer gesellschaftlichen Entwicklung. Die Menschen haben den Tod aus dem Bewußtsein gestrichen — in die Sterbezimmer der Krankenhäuser und Altenheime verdrängt. Eine an Lebenserfüllung und Genuß orientierte Werteskala erschwert es ihnen, sich mit dem „Ab-Leben“ zu befassen. Tod ist ein Tabu. Und so ist es nachfühlbar, daß viele der eingesetzten, meist noch jungen Helfer der möglichen direkten Begegnung mit den — noch dazu verstümmelten und verkohten — Leichen voll Angst entgegensehen.

Haushohe Stichflammen

Davon abgesehen bestand in den ersten Stunden konkrete Lebensgefahr für die Einsatzkräfte. Denn es war nicht so, daß die Männer am Schadensort eine überschaubare und beherrschbare Lage vorfanden. Das Feuer dehnte sich vielmehr noch aus, außerdem bestand akute Explosionsgefahr. Polizeioberkommissar Helmut Grün konnte es als Anwohner aus nächster Nähe beobachten: „Haushohe Stichflammen schossen aus den Kanalschächten, in die großen Mengen des freigewordenen Treibstoffs abgeflossen waren.“ Gerade die Freiwillige Feuerwehr Herborn hatte sich dieser Situation zu stellen, da sie aufgrund einer zufällig angesetzten Übung bereits drei Minuten nach den verheerenden Detonationen den Einsatzort erreichte.

Trotz der oft zu vernehmenden Kritik an Ausbildungsstand und Motivation der ehrenamtlichen Helfer — Herborn hat gezeigt, daß sie sich mutig bewähren, „wenn es darauf ankommt“. In aller Gefahr und trotz des Schocks, den ein solches Katastrophenbild gerade im eigenen Lebensraum auslösen muß: In Herborn hat jeder seinen Beitrag geleistet — teilweise 20 Stunden ohne Schlaf bei anstrengender Arbeit.

„Wir können auf die ehrenamtlichen Helfer nicht verzichten — die vergangenen Stunden haben dies noch einmal deutlich belegt“, kommentiert Karl-Heinz Schneider, Brandrat der Frankfurter Feuerwehr. Und dieses Lob zählt doppelt, denn die Angehörigen der Berufsfeuerwehr betrachten

die freiwilligen Helfer der Katastrophenschutzdienste meist mit kritischen Augen.

„Übungsmängel bleiben aus“

Überhaupt war in Herborn manches anders als sonst. Und besser. Jeder Eingeweihte kennt die Schwächen, die sich bei Katastrophenschutzübungen in der Koordination der Fachdienste zeigen. Oftmals werden gute Übungsergebnisse dadurch zunichte, daß auf mittlerer und oberer Leitungsebene Mißverständnisse und Mängel die Stabsarbeit behindern. Doch für den Herborner Ernstfall galt das nicht. So kommentierte Landrat Bökel als Leiter des Katastrophenschutzstabes: „Das Zusammenspiel der Kräfte war hervorragend — Allerdings nach Vorschrift und wie es sonst bei Übungen geprobt wird, sind wir nicht vorgegangen.“ Man habe improvisieren müssen und sei gut damit gefahren.

Brandrat Schneider lobt vor allen Dingen die Zusammenarbeit zwischen der Berufsfeuerwehr und dem THW. Er ist insbesondere deshalb zufrieden, weil beide Dienste „Hand in Hand“ arbeiten mußten. Die Freiwillige Feuerwehr war von vorneherein anderen — parallelen — Abschnitten zugeteilt.

Problemlösung gestaltete sich auch die Kooperation mit den Sanitäts- und Betreuungszügen des DRK — schnell und sorgfältig wurden die geborgenen Verletzten von Rot-Kreuz-Helfern betreut und in die umliegenden Krankenhäuser transportiert.

„Die medizinische Erstversorgung dieser Patienten am Unglücksort und während des Transports war hervorragend“, bescheinigten die Ärzte des Kölner Schwerstverbrannten-Zentrums, bei denen noch in den späten Abendstunden zwei Verletzte mit Hubschraubern eingeliefert wurden.

Ergebnisse berücksichtigen

Es wird zu überdenken sein, ob sich aus dem Fall „Herborn“ Konsequenzen für die weitere Planung des Katastrophenschutzes ergeben müssen. Sicher — Herborn ist eine Kleinstadt; die Katastrophe zeigt andere Charakteristika als etwa die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein oder auch die verheerenden Waldbrände in Niedersachsen vor einigen Jahren. Für großflächige Katastrophen sind daher die Erfahrungen aus Herborn nur in begrenztem Maße anwendbar.

Herborns Bürgermeister Sonnhoff denkt eher an die Lehren für Städte in vergleichbarer Größe: „Es ist unsere Pflicht, diese Erkenntnisse weiterzugeben — sowohl

was den eigentlichen Einsatz betrifft, als auch, was die Planung von Rettungswegen und Verkehrsabriegelungen angeht.“ Herborn besaß seit dem „Hessentag 1986“ — seit einer festlichen Großveranstaltung im Stadtkern — bereits fertig ausgearbeitete Unterlagen für diesen Zweck. Sie waren griffbereit in den Schubladen.

Sonnhoff: „Diese Pläne haben sich fantastisch bewährt.“ All dies könnte den Verantwortlichen anderer Städte als Grundlage für das Entwickeln eigener Vorkehrungen dienen. Denn Einsatzkräfte können nur dann auf Schadensfälle angemessen und erfolgreich reagieren, wenn sie ihre Ausbildung und Konzeption fortgesetzt an neuen Erkenntnissen ausrichten. Da mag mancher Hinweis auf die tatsächliche Brauchbarkeit eines Gerätes ebenso hilfreich sein wie der Befund über die Leistungsfähigkeit der Stäbe und Leitungsgremien.

Gesetze gibt es genug

Gerade die in letzter Zeit zu beobachtende Häufung von Unfällen mit Schwertransportern verdeutlicht, welchem Risikopotential wir gegenüberstehen.

Da ist der Ruf nach strengeren gesetzlichen Vorschriften nicht weit — aber es gibt sie: die Gefahrgutverordnung für die Straßen, die Verhaltensmaßnahmen für die Fahrer, deren Fahrt- und Pausenzeiten reglementiert. „Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden“, so ein Polizeisprecher vor Ort, „aber wir können bei der Vielzahl der Transporte nur in begrenztem Maße deren Einhaltung kontrollieren.“

Es muß also mehr geschehen. Das Bewußtsein der Menschen muß sich ändern.

Und gerade wenn der furchtbare Unfall nicht auf menschliches, sondern auf technisches Versagen zurückzuführen wäre, so mag das ein deutliches Zeichen dafür sein, daß wir in einer hochtechnisierten Welt Gefahren dieser Art nicht gänzlich bannen können. Benzin muß nun einmal zu den Tankstellen, die fernab der Bahnlinien liegen. Zudem, so Verkehrsminister Jürgen Warnke, könne menschliches und technisches Versagen auch auf der Schiene nicht ausgeschlossen werden. Das Rad der Verkehrsgeschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Aber vielleicht bringt die Technologie auch neue Aspekte.

So fördert das Bonner Forschungsministerium zur Zeit die Entwicklung eines Sicherheits-Tankwagens mit der Bezeichnung „Topas“. Ein Fahrzeug, das mit besonders tief liegendem Schwerpunkt, automatischem Bremssystem und verstärktem Tankschutz höchstmögliche Sicherheit bieten soll.

Rückblick auf den 9. THW-Bundeswettkampf Pfingsten 1987 in Hannover

300 Helfer im Kampf gegen die Uhr

Der Einsatz haupt- und ehrenamtlicher Kräfte zur Vorbereitung und Durchführung des Wettkampfes war enorm

„Den nächsten Bundeswettkampf des THW richtet Niedersachsen aus“, mit dieser Nachricht leitete Landesbeauftragter Eckhard Leiser nach seiner Rückkehr aus München am 19. Juni 1985 mit seinen Haupt- und Sachgebietsleitern die planerische Vorbereitungsphase für die Großveranstaltung ein.

Standortsuche

Für jeden ausrichtenden Landesverband stellt sich bei den Standortüberlegungen die Frage, ob die Anbindung an eine Mittelstadt, eine Großstadt oder gar an die Landeshauptstadt erfolgen soll. Für Mittelstädte spricht die Nähe zum Bürger, für Großstädte die bessere Infrastruktur und für die Landeshauptstadt auch der Sitz der Landesbeauftragten-Dienststelle mit dem hauptamtlichen Mitarbeiterstab. Letzteres, vor allem aber das Vorhandensein eines relativ zentral gelegenen Schützenplatzes,

gaben den Ausschlag für die Landeshauptstadt Hannover.

Vorgespräche mit Marktamtsleiter Ulli Neudamm entwickelten sich günstig, und im Dezember 1985 gab Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg seine Zustimmung. Gleichzeitig bot er die Unterstützung der Stadtverwaltung an, mit der sich vom ersten Tage an eine gute Zusammenarbeit entwickelte.

Terminfestlegung

Mindestens genauso schwierig wie die Standortwahl gestaltete sich die Festlegung eines geeigneten Termins. Drei zusammenhängende freie Tage mußten es sein — damit keine zusätzlichen Kosten entstanden. Der 1. Mai als „Tag der Arbeit“ entfiel aus verschiedenen Gründen, insbesondere aber wegen der frühen Jahreszeit im Hinblick auf das angekoppelte Jugendlager. A propos Jugendlager — hier war

zwischenzeitlich die Standortwahl, von Hannover weg, auf Springe gefallen. Es blieb also als Veranstaltungswochenende nur Pfingsten 1987 übrig, obwohl allen Beteiligten die Problematik dieses Termines bewußt war.

Arbeitsgruppen BWK '87

Sie bestanden zunächst personell nur aus den Haupt- bzw. Sachgebietsleitern mit folgender Grobaufgabenstellung:

BWK 1 — Organisation und Einsatz, Unterbringung, Ordnungsdienst, Fernmeldewesen, Geräte und Personal, Ausstellung, Jugendlager — HSGL E Jochen Rohwedder.

BWK 2 — Wettkampf, Aufgabenstellung, Bewertung, Materialbeschaffung, Aufbau Wettkampfbahnen — HSGL A Ralph Dunger.

BWK 3 — Medienarbeit, Drucksachenbe-



Links: Der niedersächsische Minister des Innern, Wilfried Hasselmann, äußerte sich anerkennend über die Einsatzbereitschaft der THW-Helfer.

Rechts: THW-Direktor Henkel eröffnete den Wettkampf.



stellung, Sonderpublikation, Außen- und Innengestaltung, Gästebetreuung — SGL Ö Reiner Bormann.

BWK 4 — Verpflegung, Haushaltskontrolle, Abrechnung, Mittelkontrolle — HSGL V Klaus Leifheit.

Die Einzelaufgaben wurden bei der Feinplanung an weitere Mitarbeiter, aber auch an ehrenamtliche Spezialisten (z. B. Jugendlager und Fernmeldewesen) in eigenverantwortlicher Detailausführung delegiert.

Die heiße Phase

Mit einer Vorlaufzeit von einem Vierteljahr setzte ab Ostern 1987 bei den vier Arbeitsgruppen die heiße Phase ein. Arbeits- und Ablaufpläne wurden erarbeitet, besprochen und ergänzt, Materialbestellungen getätigt und Verpflegungszahlen ermittelt. Vierzehn Tage vor Wettkampfbeginn setzten dann die Arbeiten auf dem Schützenplatz ein, wurde beim Aufbau des großen Festzeltes geholfen.

Eine Woche vor dem großen Ereignis mußten die vielen hundert eingesetzten Helfer aus THW-Küchen vor Ort verpflegt und die Fernsprech- und Fernmeldeeinrichtungen aufgebaut werden. Bis zur letzten Minute wurde in allen Bereichen fieberhaft gearbeitet, um den 9. Bundeswettkampf des THW zu einer gelungenen Großveranstaltung werden zu lassen.

Wettkampf der kurzen Wege

Die günstige Lage des Schützenplatzes mit den nahegelegenen Übernachtungsräumlichkeiten, aber auch der ca. 80 000 Quadratmeter große Platz selbst ließen in Hannover einen Wettkampf der kurzen Wege zu. Die Wettkampfbahnen der Aktiven und der THW-Jugend, der Ausstellungsbereich mit Fahrzeug- und Geräteschau, das zentrale Rondell mit vielfältigen Aktivitäten und angrenzendem Pressewagen, das über 2 000 Quadratmeter große Festzelt mit Calenberger Klausen und Küchentrakt sowie der Fernmelde- und Leitungsbereich bildeten eine nahezu geschlossene räumliche Einheit mit klarer Gliederung. Für Leitende und Funktionäre wurden in der Aufbauphase die Wege trotzdem länger und länger, so daß man sich kurzentschlossen eines probaten Verkehrsmittels bediente — des Fahrrades.

Rockkonzert als Parallelveranstaltung

Auch mit solchen Dingen muß ein Ausrichter leben: Vor einem Jahr platzte mitten in die Vorbereitungen die Hiobsbotschaft, daß am Pfingstsonntagabend die Rock-



Eine der Wettkampfaufgaben für die Abwasser-Öl-Gruppen war das Verlegen einer Abwasserleitung aus Steinzeugrohr.

gruppe GENESIS im wenige hundert Meter entfernten Niedersachsenstadion ein Konzert geben würde.

Im Nachhinein erwiesen sich die Bedenken erfreulicherweise als gegenstandslos. Die über 60 000 Fans verhielten sich friedlich, das gefürchtete Verkehrschaos blieb aus, und auch die 300 000-Watt-Verstärkeranlage der Gruppe bildete eine nur kaum hörbare Geräuschkulisse beim Kameradschaftsabend im Festzelt.

Zahlen, Daten, Fakten

Der Einsatz haupt- und ehrenamtlicher Kräfte zur Vorbereitung und Durchführung des Bundeswettkampfes 1987 war enorm. Im Versorgungsbereich z. B. waren insgesamt 83 Helferinnen und Helfer an neun Feldkochherden tätig. Am Sonntag wurde zusätzlich die Küche der nahegelegenen Bezirksregierung einbezogen. Die Ausgabe der Verpflegung begann am 28. Mai und endete am 8. Juni 1987.

Fernmeldewesen

Zeitgleich mit der Landesverband-Küchemannschaft begannen 15 Lehrkräfte Fernmeldehelfer mit 1½wöchigem Vorlauf ihren Dienst. Sie installierten und betrieben eine Fernmeldezentrale mit fünf Fernsprechhauptanschlüssen sowie eine 60er Fernsprechvermittlung (OB). Hinzu kamen sechs Sprechfunkverkehrskreise im 6-m-Band und 14 im 2-m-Band. Allein für die fünf außerhalb des Schützenplatzes gelegenen Fernsprechanschlüsse wurden 6 000 m Kabel verlegt. Am Pfingstwochenende erhöhte sich die Fernmeldestärke auf 35 Mann.

Wettkampfleitung

Als besonders personal- und materialintensiv erwies sich der Bereich „Wettkampf“. Da der Schützenplatz erst eine Woche vor

dem Wettkampftag geräumt wurde, mußten die Schadensdarstellungen in Ortsverbänden — in diesem Fall Osterode und Sarstedt — abrubereit vorbereitet werden.

Die Beschaffung der teureren Instandsetzungsmaterialien zog sich über sechs Monate hin. Und da die Aufgaben bis zum Wettkampfbeginn geheim bleiben sollten, konnten vorab im Rahmen eines Probelaufes evtl. erkannte Mängel nicht behoben werden.

Schiedsrichterwesen

Pro Landesverband waren sieben Schiedsrichter zu stellen, also insgesamt 77 Helfer. Hinzu kamen drei Oberschiedsrichter, die die KSB Hoya stellte. Mit der Sonderstation Kraftfahrer (7), der Fernmeldeüberprüfung (12) sowie ABC-Einlage (1) und TEL (3) waren insgesamt 103 Schiedsrichter eingebunden.

Zwei Schiedsrichter je Bahn überwachten die Arbeiten der Junghelfer. Einschließlich Oberschiedsrichter und weiterem Funktionspersonal waren 30 Helfer mit der Durchführung dieses Wettkampfes betraut.

Der Wettkampftag

Das hatte es vorher noch nie gegeben — eine ganze Stadt zeigte sich an den wichtigsten Zufahrtsstraßen im blauen THW-Fahnenkleid. Und sogar auf den Straßenbahnen der ÜSTRA flatterten neben Bundes- und Landesflaggen kleine Fahnen des THW. Wie bereits in München ließ sich auch in Hannover der Wettergott in letzter Minute gnädig stimmen und empfing die rund 10 000 Gäste mit Temperaturen, die angenehm waren, und einem Himmel, der mit seinen blauen und weißen Wölkchen ebenfalls die THW-Farben bot.

Musikalisch umrahmt von den Klängen des Spielmannszuges Springe konnte THW-Di-



Das Aufnehmen eines „Verletzten“ zählte zum Wettkampfprogramm der Jugendgruppen.

rektor Gerd Jürgen Henkel nach Grußworten von Landesbeauftragten Eckhard Leiser und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg gegen 9.15 Uhr die Eröffnungsansprache halten. Ein akustisches Signal in alle Himmelsrichtungen von der Aussichtsbrücke zwischen den Wettkampfbahnen leitete pünktlich um 9.30 Uhr den 9. Bundeswettkampf des THW ein.

Die Wettkampfaufgaben

Für die elf landesbesten Instandsetzungszüge, die mit einer Gesamtstärke von je 27 Helfern angetreten waren, hieß es nun, nach einer Ausgangslage, die von starken Unwettern in Niedersachsen mit Schäden an Ver- und Entsorgungsleitungen ausging, innerhalb von drei Stunden unter den gestrengen Augen von 100 Schiedsrichtern die nachfolgenden Aufgaben zu bewältigen. Obwohl der Schweiß floß, reichte die vorgegebene Zeit für die Arbeiten der E-, GW- und AÖ-Gruppen nicht ganz aus, so daß noch eine halbe Stunde Verlängerung gewährt wurde, bevor der Wettkampf beendet werden konnte.

Der Zugtrupp

1) Jede Wettkampfmannschaft hatte eine Gesamtstärke von 27 Helfern. Ihr wurde im Rahmen einer Ausgangslage mitgeteilt, daß durch starke Unwetter in Niedersachsen erhebliche Schäden an Ver- und Entsorgungsleitungen eingetreten waren. Der Instandsetzungszug wurde den Versorgungsbetrieben unterstellt.

2) Der Zugtrupp war mit seinem Zugführer, dessen Stellvertreter, einem Sprechfunker und einem Melder die Führungs- und Organisationsspitze des Zuges. Von hier aus wurde Verbindung zur übergeordneten Führungsebene (= Technische Einsatzleitung) gehalten und nach unten, zu den Gruppen, geführt.

3) Ausstattung: 1 Zugtruppfahrzeug (= Kombi) mit Funk (4-m-Band).

4) Zeit: Wettkampfdauer 3½ Stunden.

Die Elektro-Gruppe

1) Stärke: 1 Gruppenführer
1 Truppführer
6 Helfer

2) Auftrag:

- Instandsetzen einer beschädigten Freileitung mit Errichten eines gebrochenen Freileitungsmastes,
- Anschließen an einen Stromerzeuger,
- Herstellen und Anschließen einer Hausverkabelung,
- Einbau einer Abzweigmuffe und Anschließen eines Baustromverteilers.

Die Gas- und Wasser-Gruppe

1) Stärke: 1 Gruppenführer
1 Truppführer
5 Helfer

2) Auftrag:

- Instandsetzen einer defekten Gasrohrleitung (150 mm Durchmesser) durch Heraustrennen des beschädigten Stückes und Einschweißen einer Muffe,
- Herstellen einer Anschlußmöglichkeit an das Gasversorgungsnetz,
- Instandsetzen einer Wasserleitung (Kunststoff/DN 100),
- Anschließen einer behelfsmäßigen Wasserentnahmestelle an die Wasserleitung.

Zur besseren Darstellung der einzelnen Tätigkeiten wurde die Baustelle oberirdisch angelegt. Holzkästen stellten den Rohrgraben dar und zwangen die Helfer, in einem beengten Raum zu arbeiten.

Die Abwasser-Öl-Gruppe

1) Stärke: 1 Gruppenführer
1 Truppführer
6 Helfer

2) Auftrag:

- Entsorgung der Wasserentnahmestelle durch Verlegen einer behelfsmäßigen Abwasserleitung zwischen zwei Schächten,
- Bau eines Behelfsfilters mit Abfluß in einen Vorfluter (= Bach).

Im Verlaufe des Wettkampfes wurde in Form einer Einlage ein Unfall eines mit Chemikalien beladenen LKW simuliert. Unter Einsatz von Atemschutzgeräten mußte die Leckage abgedichtet und die Flüssigkeit anschließend umgefüllt werden.

Durch seitens der Technischen Einsatzleitung gesteuerte Einlagen wurden insbesondere der Zugtrupp (z. B. Erstellen eines Marschbefehls, Anlegen von Strahlenbelastungstabellen, Führen eines Einsatztagebuches) und Sonderfunktionier (z. B. Sprechfunker, Melder, Kraftfahrer, Atemschutzgeräteträger) gefordert.

Gästeempfang am Samstag und Sonntag

Während der Wettkampf der Instandsetzungszüge auf vollen Touren lief, fand um 10.30 Uhr in der „Calenberger Klause“ des Festzeltes ein Empfang für geladene Gäste statt, zu dem Direktor Gerd Jürgen Henkel und Landesbeauftragter Eckhard Leiser rund einhundert Damen und Herren aus der Politik, der Verwaltung, den Medien, den Verbänden und Institutionen, aus dem BZS, der THW-Leitung, den Landesverbänden sowie ehemalige Mitarbeiter des LV Niedersachsen und die Kameradschaft der Ehemaligen begrüßen konnten.

Nach dem Empfang der Landeshauptstadt Hannover am Tage zuvor, war nun wiederum die Möglichkeit zum zwanglosen Gespräch, zum besseren Kennenlernen und Erfahrungsaustausch gegeben. Ein Programmpunkt, der ebenfalls als gelungen bezeichnet werden kann.

Wettkampf der THW-Jugend

Rechtzeitig vor Wettkampfbeginn war Staatssekretär Franz Kroppenstedt als Vertreter von Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann auf dem Schützenplatz in Hannover eingetroffen und verfolgte mit großem Interesse nach der Eröffnung das Geschehen auf den elf Parcours.

Bei den Jugendgruppen sollte der Wettkampf, der als Schadenslage eine Rettungsaktion für einen vermißten Jungen beinhaltete, deren Ausbildungsstand erkennbar machen.

Die fachtechnische Ausbildung der Jugendlichen wurde mit sportlich-spielerischen Elementen unterlegt und umfaßte — das Ausleuchten einer Einsatzstelle (an-

Die siegreiche Mannschaft des THW-OV Obernburg, in der Mitte Staatssekretär Kroppenstedt.



- genommene Dunkelheit bei der Rettungsaktion),
- den Bau eines Trümmersteges,
 - das Herstellen einer Wasserrinne,
 - das Füllen eines Wasserbehälters mittels Tragkraftspritze,
 - das Füllen eines zweiten Wasserbehälters mittels Eimer im Staffellauf,
 - den Transport eines „Verletzten“,
 - und das Hissen einer Fahne nach dem Durchlauf.

Die Jugend-Wettkampfmannschaft bestand aus einem Jugendbetreuer, zehn Junghelfern (geb. zwischen 8. 6. 70 und 6. 6. 75) sowie fünf Gasthelfern, unter denen sich auch der Ortsbeauftragte der teilnehmenden Mannschaft befand.

Die Bewertung erfolgte mittels eines Fehlerkatalogs; Fehler wurden entweder durch Herausstellen einzelner Helfer (fünf oder zehn Minuten) bzw. durch Wiederholung der Durchführung einzelner Tätigkeiten gehandelt. Die Wettkampfdauer war auf max. zwei Stunden festgelegt worden.

Da es im Gegensatz zu dem Wettkampf der Instandsetzungszüge bei den Jugendgruppen auch auf Schnelligkeit ankam, ergab sich ein zünftiges Wettkampfbild als z. B. die Junghelfer — angespornt von den Zu-

rufen der Zuschauer — mit wassergefüllten Eimern im Staffellauf den von ihnen gebauten Trümmersteg entlangliefen.

Siegerehrung und Kameradschaftsabend als Abschluß

Mit großer Spannung wurde die Siegerehrung erwartet, die nach Ansprachen und Grußworten von Direktor Gerd Jürgen Henkel, Staatssekretär Franz Kroppenstedt, dem niedersächsischen Innenminister Wilfried Hasselmann, Bundessprecher Konsul Peter Merck und musikalisch umrahmt von dem BGS-Musikkorps Mitte aus Kassel vorgenommen wurde.

Besonders erfreulich war, daß es keinerlei Einsprüche gegen Schiedsrichterentscheidungen gegeben hatte und so der abschließende Kameradschaftsabend in bester Harmonie ablaufen konnte. Unter der Moderation des früheren niedersächsischen Landesjugendleiters Andreas Reimchen sorgten die BGS-Combo, die Harnsbörger Speeldeel, die „Schwengelboys“ und der Fanfarenzug Alt-Linden e. V. für ein buntes Unterhaltungsprogramm, das durch die Gruppe „Hot Schrott“ mit hervorragender Skiffle-Musik abgeschlossen wurde.

R. Bormann

Präsident Dusch überreicht den von ihm gestifteten Pokal an die Siegermannschaft der THW-Jugend aus Völklingen. (Fotos: Hilberath)



Sieg und Platz

Instandsetzung

1. Platz Ortsverband Obernburg a. Main, Bayern
2. Platz Ortsverband Theley, Saarland
3. Platz Ortsverband Stade, Niedersachsen
4. Platz Bezirksverband Hamburg-Nord, Hamburg
5. Platz Ortsverband Horb a. Neckar, Baden-Württemberg
6. Platz Ortsverband Fritzlar-Homburg, Hessen
7. Platz Ortsverband Meldorf, Schleswig-Holstein
8. Platz Ortsverband Wanne-Eickel, Nordrhein-Westfalen
9. Platz Ortsverband Bremen-Vege-sack, Bremen
10. Platz Bezirksverband Charlottenburg, Berlin
11. Platz Ortsverband Andernach, Rheinland-Pfalz

Jugendgruppe

1. Platz Ortsverband Völklingen, Saarland
2. Platz Ortsverband Simbach a. Inn, Bayern
3. Platz Stpkt. Louisenlund, Schleswig-Holstein
4. Platz Ortsverband Haßmersheim, Baden-Württemberg
5. Platz Ortsverband Meppen, Niedersachsen
6. Platz Ortsverband Homberg-Efze, Hessen
7. Platz Bezirksverbände Hamburg
8. Platz Ortsverband Hamm, Nordrhein-Westfalen
9. Platz Ortsverband Neustadt/Weinstraße, Rheinland-Pfalz
10. Platz Ortsverband Bremen-Neustadt
11. Platz Bezirksverband Spandau, Berlin

Preis für faires Verhalten:

Ortsverband Meppen, Niedersachsen

Ansprache von Staatssekretär Franz Kroppenstedt, Bundesministerium des Innern, anlässlich des 9. Bundeswettkampfes der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Angehörige und Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk!

Ich grüße Sie herzlich im Namen des Bundesinnenministers Dr. Friedrich Zimmermann, der leider verhindert ist, an der heutigen Veranstaltung teilzunehmen. Herr Minister Dr. Zimmermann hat mich jedoch gebeten, Ihnen seine besten Grüße und Wünsche zum Gelingen des heutigen Tages zu übermitteln.

Der Bundeswettkampf hat inzwischen Tradition beim Technischen Hilfswerk. Dies ist heute die 9. Veranstaltung seit dem Jahr 1971. Hier messen die elf Landesbesten Instandsetzungszüge und Jugendgruppen ihre Leistung, um den Bundessieger zu ermitteln. Sie haben Aufgaben zu erledigen, wie sie sich dem Technischen Hilfswerk im „Ernstfall“ — Katastrophen und größeren Unglücksfällen — stellen. Dabei können sie der Öffentlichkeit ihre Leistungsfähigkeit demonstrieren. Hier gibt es aber auch Gelegenheit, Geselligkeit und Kameradschaft zu pflegen. Auch dies gehört zu einer Helfervereinigung.

Der diesjährige Bundeswettkampf der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk hat wieder einmal die Leistungsfähigkeit dieser Katastrophenschutzorganisation des Bundes gezeigt. Sie haben zum Gelingen des heutigen Tages beigetragen. Sie haben in vorbildlicher und fairer Weise um die Siegeskrone gekämpft.

Ich denke in diesem Zusammenhang nicht nur an die ehrenamtlichen Helfer und Junghelfer, die sich seit Monaten auf die heutige Bewährungsprobe vorbereitet haben. Ich denke selbstverständlich auch an die vielen hauptamtlichen Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks, die diese große Veranstaltung organisiert haben. Ihnen allen möchte ich danken.

Auch dieser Bundeswettkampf ist eine gelungene Veranstaltung. Sie wird allen Anwesenden in lebhafter Erinnerung bleiben. Sie fördert in der Öffentlichkeit das positive Bild des Technischen Hilfswerks. Der heutige Tag hat nur bestätigt, was Bund, Länder und Gemeinden seit langem wissen:

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist eine leistungsfähige und jederzeit einsatzbereite Organisation mit en-



gagierten Helfern und Mitarbeitern. Sie steht bei Unglücksfällen und Notlagen zur Verfügung. In zahlreichen Einsätzen im In- und Ausland stellte das Technische Hilfswerk seine vielseitige Verwendungsfähigkeit unter Beweis. Ich kann Ihnen deshalb versichern, daß der Bundesminister des Innern auch in Zukunft das in seinen Kräften Stehende tun wird, um diese positive Entwicklung des Technischen Hilfswerks weiter zu fördern.

Die letzten Jahre haben wesentliche Fortschritte gebracht. Die Ansätze für die Selbstbewirtschaftungsmittel und für das Neubauprogramm konnten erheblich gesteigert werden. Gleichzeitig wurde die Ausstattung im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes des Bundes für den erweiterten Katastrophenschutz modernisiert und komplettiert.

Die friedensmäßige Einbindung des Technischen Hilfswerks in den Katastrophenschutz der Länder hat erhebliche Fortschritte gemacht.

Die Länder und Gemeinden bleiben aufgerufen, die reichhaltigen Ressourcen des Technischen Hilfswerks in Schadenslagen noch stärker in Anspruch zu nehmen.

Aber nicht nur die materiellen Grundlagen des Technischen Hilfswerks haben sich entscheidend gebessert, auch die Neuordnung ihrer inneren Strukturen hat sich bewährt.

In diesem Zusammenhang ist vor allem die verstärkte Mitwirkung der Helferschaft auf allen Ebenen zu nennen, die zu wichtigen Änderungsvorschlägen für die STAN und für die Unterkunftsplanung geführt haben.

Die Gründung der THW-Jugend hat zu einer spürbaren Belebung der Jugendarbeit und zur Neugründung von rund 100 Jugendgruppen geführt. Diese Entwicklung gilt es fortzusetzen, um auch in den kommenden Jahren mit geburtenschwachen Jahrgängen die notwendige Zahl von Helfern zu gewinnen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinen besonderen Dank dem Bundesprecher, den Landessprechern und allen anderen Helfervertretern sowie dem Bundesjugendvorstand, den Landesjugendleitern, den Jugendgruppenleitern und den Jugendbetreuern aussprechen; den Dank für ihr Engagement zugunsten der Helferschaft und der Nachwuchsgewinnung.

Was die Zukunft des THW angeht, hat es leider aufgrund einer Studie Irritationen gegeben. Der Herr Minister hat mich ausdrücklich beauftragt, hierzu folgendes zu erklären:

1. Bundesminister Dr. Zimmermann hat von dieser Studie erst jetzt erfahren.
2. Sie gibt in keiner Weise die Meinung des Bundesministers des Innern wieder.
3. Der Bundesminister des Innern mißbilligt ausdrücklich die Schlußfolgerungen der Studie.

Ich möchte abschließend wiederholen, was Bundesminister Dr. Zimmermann schon bei anderer Gelegenheit gesagt hat:

Die Bundesregierung kann nur einen gewissen materiellen und organisatorischen Rahmen schaffen; die Bildung einer lebendigen Gemeinschaft, die ihre humanitären Aufgaben unter den Aspekten der Kameradschaftlichkeit und Leistungsstärke verfolgt, bedarf engagierter Menschen. Unser Staat darf stolz sein auf alle, die sich im Technischen Hilfswerk und in anderen Hilfsorganisationen uneigennützig der Sicherheit ihrer Mitbürger verschrieben haben. Ihnen gilt der Dank der Bundesregierung.

Ich danke Ihnen.

Arbeiter-Samariter-Bund stellte neue, transportable Satelliten-Bodenfunkstation vor

Lagebericht via Satellit

Mobiler Satellitenfunk erhöht den Einsatzwert der internationalen Katastrophenhilfe des ABS — Neue Einsatzzentrale in Köln mit modernster Kommunikationstechnik ausgestattet

„Pinguine life aus der Antarktis, meine Damen und Herren!“ ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer freute sich, den Pressevertretern einen besonderen Gag zu präsentieren. Der Arbeiter-Samariter-Bund stellte im Garten der Bundesgeschäftsstelle Köln die erste und einzige transportable Satelliten-Bodenfunkstation Europas vor. Rund 500 000 DM hat sich die Hilfsorganisation dieses mobile Kommunikationssystem kosten lassen. Im Verbund mit einer ebenfalls neuen in der Kölner Zentrale installierten Einsatzzentrale für internationale Katastrophenhilfe ist eine vom ASB ins Schadensgebiet entsandte Vorausmannschaft nun in der Lage, innerhalb einer Stunde über die Funkstation via Satellit eine aktuelle Lagebeschreibung zu geben und Video-Standbilder zu übermitteln.

Das dies realistisch ist, demonstrierte der

ASB durch ein Funkgespräch mit der Deutschen Antarktis-Forschungsstation „Georg von Neumeyer“. In Minutenschnelle kam der Kontakt mit dem Südpol zustande, und Meteorologe Andreas Hecht stellte sich auf dem Bildschirm der Video-Standbildübertragung gleich selbst vor. Ein zweites Bild zeigte antarktische Pinguine bei ihrem Morgenspaziergang.

Verlässliche Kommunikationswege wichtig

„Man kann nur Hilfe leisten, wenn man genau weiß: welche Bedürfnisse sind da? Welche personellen und materiellen Kapazitäten werden gebraucht?“ meinte Martin Ehmer im Pressegespräch. Alle Auslandseinsätze hätten gezeigt, wie wichtig schnel-



Innerhalb einer Stunde ist die Funkstation aufgebaut. Schutz bietet ein kleines Zelt. Der Parabolspiegel wird auf den nächstgelegenen Satelliten ausgerichtet.



Mit modernster Kommunikationstechnik ist die Einsatzzentrale bei der ABS-Bundesgeschäftsstelle Köln ausgestattet. (Fotos: ASB)

le und sichere Funkkontakte zur Einsatzzentrale in Köln sind. So war es beispielsweise den ASB-Helfern nicht möglich, bei einem Einsatz nach dem Erdbeben 1985 in Mexiko über Kurzwelle unmittelbar Verbindung nach Deutschland aufzunehmen.

Auf der Suche nach einem verlässlichen Kommunikationssystem stieß man auf den Satellitenfunk, der weltweit schon seit einigen Jahren mit Erfolg in der Seeschifffahrt eingesetzt wird.

Die vom ASB beschaffte erste „transportable“ Satelliten-Bodenfunkstation ist in kurzer Zeit aufgebaut. Der zusammenklappbare Parabolspiegel, der Bildschirm und Fernschreiber sowie die Fernkopier- und Telefonanlage sind in zwei Koffern verstaub. Am Einsatzort ist die Funkstation in einem Zelt untergebracht. Sie wird durch ein kleines Notstromaggregat mit Elektrizität versorgt.

Drei unterschiedlich im Weltraum statio-



Die Satelliten-Bodenfunkstation mit Fernschreiber, dem Bedienteil für die gesamte Anlage mit integriertem Telefonhörer und Wähltastatur sowie dem Monitor für Video-Standbilder.

nierte Satelliten stehen für den Funkverkehr zur Verfügung. Sie ermöglichen einen Kontakt zu jedem Punkt der Erde. Je nach Einsatzgebiet wird der Parabolspiegel auf den nächsten Satelliten ausgerichtet. Der Funkkontakt geht nun über den Satelliten zu einer frei zu wählenden Erdefunkstelle und wird von hier aus in das internationale oder nationale Telex- und Telefonnetz eingespeist.

Jederzeit erreichbar

Vorgestellt wurde auch die neue Einsatzzentrale des ASB. Sie ist rund um die Uhr besetzt und mit modernster Kommunikationstechnik ausgestattet. Künftig übernimmt die Einsatzzentrale die Koordination und Nachrichtenübermittlung für sämtliche Auslandshilfesaufträge des Internationalen Arbeiterhilfswerks (IAH) und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWW). Über drei Fernschreibleitungen, Telefax, Teletext, Kurzwellenfunk, Flugfernschreibnetz (AFTN), Flugfunk im 2- und 4-m-Band sowie über vier getrennte Telefonleitungen ist die ASB-Einsatzzentrale für Hilfsersuchen aus der ganzen Welt erreichbar.

„2. hanse-Marathon“ in Hamburg

Bei km 40,2 beginnt der Ernstfall

Planung und Durchführung des Sportfestes übernehmen die Katastrophenschutzdienste

„Ein Marathon der Organisation“, mit diesen Worten beschreibt Harald Krüger vom DRK Hamburg-Harburg die Vorbereitungen zum „2. hanse-Marathon“. Der Hamburger Leichtathletikverband hatte die Katastrophenschutzdienste der Stadt mit Planung und Durchführung der technischen Betreuung des Sportereignisses betraut.

„Wir haben diese Gelegenheit zu einem Einsatz der Organisationen genutzt“, führt Krüger weiter aus und erläutert die Aufgaben, die Feuerwehren, THW und Sanitätsdienste übernommen haben.

Was verbindet aber ausgerechnet einen Marathonlauf mit einem Einsatz der Katastrophenschutzdienste?

Im Regelfall besitzt eine Katastrophenschutzübung eine „fiktive Katastrophenannahme“, die in einem sogenannten „Drehbuch“ festgehalten ist. Das heißt: Ein Stab von Experten entwirft einen angenommenen Schadensfall, bestimmt jedes Detail und hält den Zeitablauf fest, nach dem die „Katastrophe“ eintritt und die Katastro-

phenschutz-Einheiten alarmiert werden. Ebenfalls enthält das Drehbuch jedes „unvorhergesehene Ereignis“, das die am Ort befindlichen Einsatzkräfte vor immer neue Situationen und Anforderungen stellen soll. „Unvorhergesehene Ereignisse“ sind auch beim Marathonlauf nicht auszuschließen — allerdings ohne Drehbuch und ohne Katastrophenlage.

Ltd. Polizeidirektor Heinz Breuer, Leiter des Zentralen Katastrophenschutzstabes der Stadt Hamburg, begründet das Engagement des Katastrophenschutzes: „Natürlich ist der hanse-Marathon keine Übung im eigentlichen Sinne — aber wenn Sie daran denken, daß wir Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung übernommen haben, zu der wir an die 8 000 Sportler und 500 000 Zuschauer erwarten; daß wir zudem an einer 42,5 km langen Strecke in der Hamburger Innenstadt mit Sanitäts-, Verpflegungs- und Fernmeldediensten bereitstellen müssen — dann ist das durchaus eine ‚Lage‘ für einen sinnvollen Einsatz der Katastrophenschutzdienste.“

Somit gibt es auch kein „Drehbuch“, sondern einen Ablaufplan, nach dem die Organisationen ihre Aufgaben mit nahezu 2 000 Helfern wahrnehmen.

Welche Ziele verfolgt nun die Hamburger Innenbehörde mit dem Einsatz der Dienste? Breuer nennt drei Aspekte, die im Mittelpunkt der Überlegungen stehen: „Zum einen soll die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit der Organisationen überprüft werden; zum anderen stellt die Aufgabe hohe Anforderungen an Planung und Koordination bei den Einsatzleitungen.“ Breuer weiter: „Wichtig vor allem aber ist die Motivation der Helfer.“

Michael Evensen vom DRK kann das nur unterstreichen: „Diesmal müssen wir uns nicht mit ‚Verletztendarstellern‘ in erdachten Übungslagen befassen — diesmal haben wir eine echte Aufgabe!“

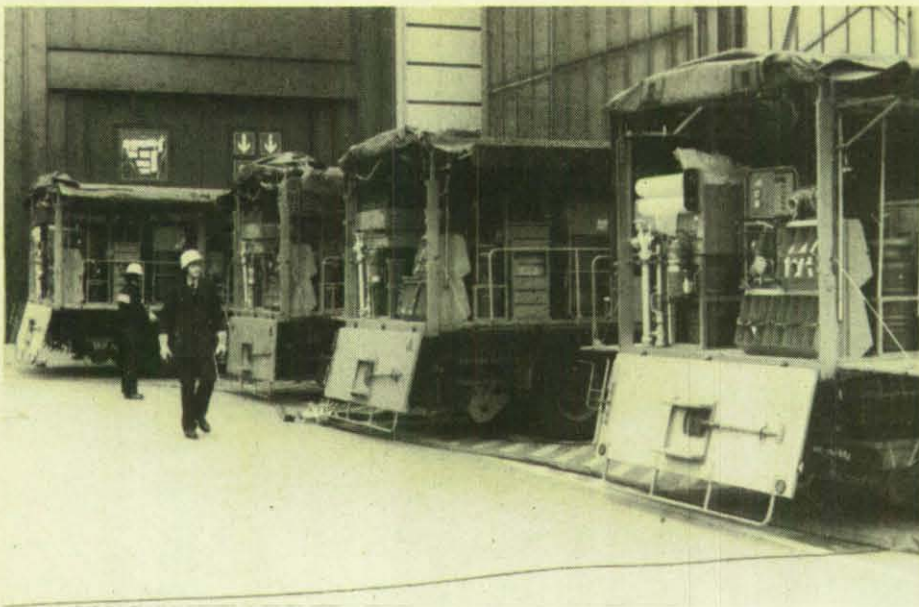
Kniffliges Problem: die Verkehrsführung

Schon ein Blick auf den Stadtplan zeigt, daß der Marathonlauf Probleme verursacht, die „ganz nebenher“ zu lösen sind: Drei Gebiete der Hamburger City werden z. B. durch den Streckenverlauf von den Außenbezirken „abgeschnitten“. Ärztliche Notdienste, Feuerwehren und Polizei stellen deshalb in diesen Regionen besondere Bereitschaften, um die Bevölkerung zu versorgen.

„Das wird kaum reibungslos klappen“, schränkt ein Sprecher der Berufsfeuerwehren ein, „die Fahrzeuge werden nicht überall durchkommen, dann muß es eben zu Fuß weitergehen.“ Aber damit muß auch bei einer „echten“ Katastrophenlage gerechnet werden. Der Ablaufplan hatte eine



Links: Die Notversorgungsstation ist in einer Messehalle aufgebaut.



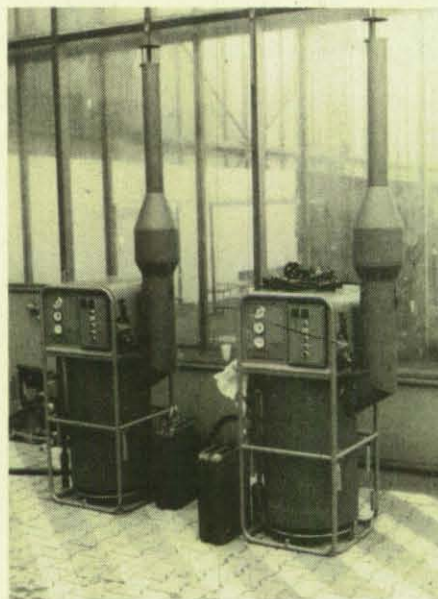
Oben: Bei der Vorbereitung: Die ABC-Züge bauen ihre Geräte auf.

Unten: Durchlauferhitzer sorgen für heißes Wasser in den Duschen.

Vielzahl dieser Fragen zu berücksichtigen — und so scheint das Wort vom „Marathon der Organisation“ gar nicht so unberechtigt. „Wir mußten von den Fachdiensten über die Behörden bis zum Leichtathletikverband alle Interessen unter einen Hut bekommen“, beschreibt Harald Krüger die langwierige Vorarbeit.

Es kann losgehen

Schließlich „stand“ die Organisation, und nun herrscht ein reges Treiben in den Hallen des Hamburger Messegeländes und auf den Straßen ringsum. Hier nämlich liegt der Start- und Zielpunkt des Marathonlaufes: 8 000 Läufer und einige tausend Zuschauer warten auf den Start. Punkt neun Uhr ist es endlich soweit — eine fast unübersehbare Menschenmenge macht sich auf die 42,8 km der Marathonstrecke.



550 Helfer und 30 Ärzte

Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser-Hilfsdienst (MHD) übernehmen den Sanitäts- und Rettungsdienst im gesamten Veranstaltungsbereich.

Die Organisationen stellen dabei 550 ehrenamtliche Helfer und 30 Ärzte. Die Dienste haben 128 Fahrzeuge eingesetzt; darunter 19 Rettungswagen, vier Notarztwagen und drei Notarzteinsetzfahrzeuge.

Entlang der Strecke sind 79 Unfallstellen postiert. Jeder dieser Stationen verfügt im Schnitt über vier Helfer sowie — je nach Auslegung als Ruhezone für erschöpfte Läufer — über einen Arzt und Rettungssanitäter. Aus dem Vorjahr wissen die Helfer bereits, daß die Hinweisschilder mit steigender Angabe der Kilometer immer auffälliger markiert werden müssen. „Nach 20 bis 30 Kilometern“, so Michael Evensen vom DRK, „nehmen die Läufer kaum noch Außenreize wahr. Die rennen dann glatt an den Stationen vorbei“.

Im Mittelpunkt steht GELTING

Die Unfallhilfsstellen sind in insgesamt sechs Abschnittsführungen zusammengefaßt, für die die einzelnen Hilfsdienste zuständig sind. So wird Abschnitt 1, Start und Ziel sowie das gesamte Hallengelände der Hamburger Messen, vom DRK Altona betreut. Weitere Abschnitte übernehmen ASB, DRK-Mitte, JUH, MHD und DRK-Elmsbüttel.

Während der Veranstaltung entscheiden die Abschnittsführer über den Einsatz und die Entlassung der Helfer, geben Einsatzaufträge weiter und fordern zusätzliches Material an. Zudem sorgen sie für die Verpflegung ihrer Männer.

Mittelpunkt dieses weitgespannten Netzes ist „Geltling“. In der Einsatzleitung der Sanitätsdienste laufen die Drähte aus den sechs Abschnitten zusammen. Sie ist Bestandteil der „Gesamteinsatzleitung“, zu der auch die Feuerwehr und die Polizei gehören. Zwischen Wandtafeln, Streckenübersichten und Fernmeldegeräten beraten die Vertreter der Sanitätsdienste hier mit dem leitenden Arzt, Dr. Andreas Borkamp, über die notwendigen Maßnahmen. Denn inzwischen häufen sich die Meldungen. Bereits nach einer Stunde betreuen die Unfallhilfsstellen mehrere Läufer, die der Belastung nicht gewachsen waren. Erschöpfte Sportler geben auf und werden von den Bussen des DRK aufgenommen. Aber es gibt auch Hilfeleistungen für die

Links: Die Duschen, zehn Rohrgestänge mit jeweils elf Duschköpfen, wurden eigens für die Veranstaltung angefertigt.

Zuschauer: Über eine halbe Million Menschen säumen die Straßen, um den Lauf zu verfolgen. Da kommt es schon einmal vor, daß der eine oder andere im vorsommerlichen warmen Wetter einen Schwächeanfall erleidet und der ärztlichen Hilfe bedarf.

Besonders wichtig ist die Arbeit in der Notversorgungsstation, die in einer Messehalle — also im Abschnitt 1 — aufgebaut ist.

Die Männer des DRK-Altona haben mit Stellwänden und Fahrzeugen das Areal der Station von der Umgebung abgetrennt. Im Innenraum wurden neben dem Sichtungsbereich drei separate Stationen eingerichtet. Bis zum späten Vormittag herrscht hier Ruhe; noch wirkt die Station wie eine Ausstellung medizinischer Gerätschaften: Sauber aufgebaut stehen da 135 Feldbetten, 150 Tragen und eine komplette OP-Ausrüstung. „Die Ruhe vor dem Sturm“, kommentiert Herr Theel vom DRK-Altona und verweist auf die Erfahrungen aus dem Vorjahr.

Der Sieger ist am Ziel. Mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von fast 20 km hat es Vorjahreschampion Karel Lismont aus Belgien in einer Zeit von 2.13:46 wieder geschafft. Kurz nach ihm treffen die Läufer der Spitzengruppe ein — in die Mannschaft der Notstation kommt nun Leben:

Am Eingang, der sogenannten „Sichtung“, untersucht ein Arzt hilfebedürftige Sportler; nach seinen Weisungen bringen die Helfer sie dann in die Spezialstationen.

Breitflächige Hautabschürfungen an den Innenseiten der Oberschenkel, handteller-große Blasen unter den Fußsohlen sind nur einige der Verletzungen, die von zwei Ärzten und zehn Helfern in der „Chirurgie“ betreut werden.

Dem „Intensivbereich“ wird die große Zahl von Patienten zugewiesen, die an Kreislaufschwäche und Erschöpfungszuständen leidet. Die drei Ärzte und ihre Helfer sind bald voll ausgelastet — alle Betten sind belegt. Viele Sportler benötigen eine Infusion. Zur Stärkung des Organismus verabreichen die Mediziner Injektionen.

In der „Ruhezone“ überwachen zwei Ärzte und zehn Helfer die Erholung der Läufer.

„Wir haben die drei Bereiche so angelegt“, erklärt Herr Theel, „daß sie untereinander frei zugänglich sind; die Ärzte können so z. B. einen schon behandelten Sportler noch einmal in den Intensivbereich zurückbringen.“

Immer wieder müssen Läufer mit der Trage am Ziel abgeholt werden. Es zeigt sich, daß der Marathonlauf kein Sport für Untrainierte ist, so trifft um 12.30 Uhr die Hiobsbotschaft ein: „Bei Kilometer 40,2 ein Toter“.

Trotz des sofortigen Einsatzes eines Notarztwagens sowie eines Mediziners der nächsten Unfallhilfsstelle kam jede Hilfe zu spät — eine halbe Stunde hatten die Helfer vergeblich versucht, den 36jährigen Mann zu retten.

Für alle Helfer ist aus der Übung jetzt der Ernstfall geworden. Am Abend wird GELTING 559 Hilfeleistungen zählen können, darunter 45 Einsätze des Rettungswagens (davon 20mal „Hilfe nicht geleistet“) — und drei Ausfahrten des Notarztwagens (davon einmal „Hilfe nicht geleistet“).

„Natürlich sind dies keine Verletzungen, wie sie in einer Katastrophe auftreten“, kommentiert Michael Evensen, „aber der Massenansturm von Verletzten ist ein realistischer Hintergrund einer Katastrophe.“

Spezielle Konstruktion

„Halle 8“ ist überfüllt. Hunderte Sportler drängen bereits zu den Duschen, um Staub und Schweiß abzuspuhlen. Diese Waschgelegenheiten haben die ABC-Einheiten installiert.

Schon am Vortag sind die drei Züge der Berufsfeuerwehr mit ihren Dekontaminationsfahrzeugen (DMF) auf das Messegelände gerollt, ebenso viele Züge stellen die Freiwilligen Feuerwehren. Die 35 Feuerwehrleute konnten dabei nicht ihre eigenen Dekontaminationszelte aufbauen, da der zu erwartende große Andrang der Sportler eine spezielle Konstruktion erforderte:

Lehrlinge des Sanitärhandwerks hatten zehn Rohrgestänge angefertigt, die mit jeweils elf Duschköpfen versehen wurden. Diese rund 2,10 m hohen und ca. 8 m langen Gestänge sind nun an die Wasserdurchlauferhitzer (WDE) angeschlossen. Brandoberinspektor Lau gibt einige techni-

sche Hinweise: Der WDE erzeugt einen Wasserdurchlauf von 600 bis 3 000 Litern pro Stunde und wird mit einem Hydrantendruck von 4,5 bar direkt eingespeist. Die Geräte müssen selbst am entferntesten Duschkopf noch eine Wassertemperatur von mindestens 38 °C gewährleisten.

Entlang der Marathonstrecke besetzen die Freiwilligen Feuerwehren außerdem 15 Wasser- und Verpflegungsstellen, an denen sich die vorbeilaufenden Sportler mit Wasser und Fruchstückchen erfrischen können. Ab „km 5“ haben die Feuerwehren alle 2 500 m diese Posten aufgestellt.

Gute Aussichten für die Zukunft

Mit besonderer Erwartung sieht man der Mittagszeit entgegen. Hier gibt es nämlich eine Premiere: Die Verpflegungszüge von THW und Freiwilliger Feuerwehr arbeiten erstmals zusammen. Walter Voß von der Feuerwehr und Jörg Hesse vom THW mußten sich mit ihren Männern für die insgesamt viertägige Phase von Vorbereitung und Veranstaltung auf neun Mahlzeiten mit zusammen 4 500 Portionen vorbereiten.

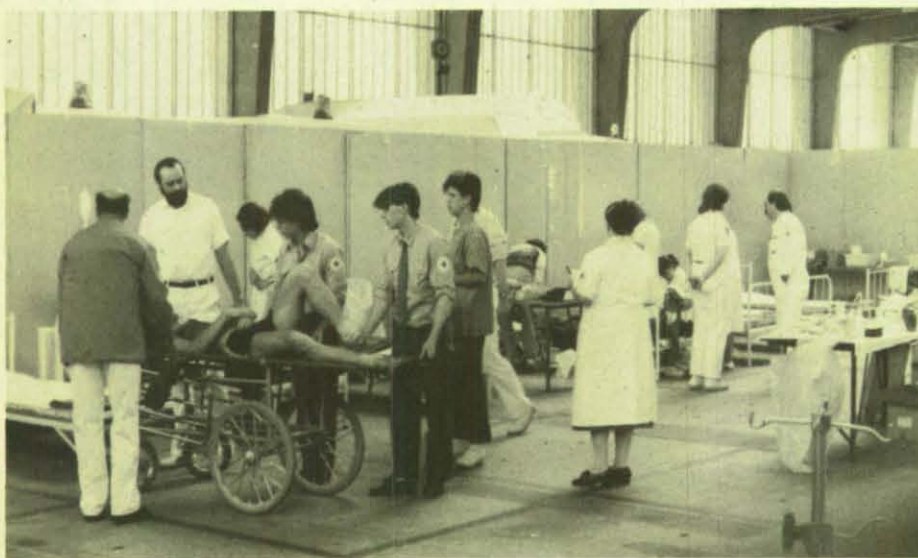
Aber mit dem Kochen allein ist es ja nicht getan: Das Essen muß am Veranstaltungstag — in zwei Küchen zubereitet — nicht nur auf dem Messegelände, sondern auch entlang der Strecke an die Männer von Feuerwehr, THW und Leichtathletikverband ausgegeben werden. Es steht „Chilli con carne“ auf dem Speisezettel. Die Küchenmannschaften haben sich wirklich Mühe gegeben — bis zuletzt wurde abgeschmeckt und nachgewürzt. „Wenn die Kooperation zwischen THW und Feuerwehr so gut gedeiht wie das Essen heute schmeckt, dann sind das für die Zukunft gute Aussichten“, meint ein Feuerwehrmann.



Rechts: Eine Wasser- und Verpflegungsstation an der Alster.



**Oben: Erschöpfte Läufer werden am Eingang der Notstation vom Arzt untersucht ...
Unten: ... und zur Behandlung weitergeleitet.**



Zur Not: Improvisieren

Direkt neben dem Küchenzelt bei den Messehallen hat das THW ein 40-kVA-Notstromaggregat aufgestellt. „Von hier erhalten die Notversorgungsstation sowie die Wasserpumpen und Durchlauferhitzer der ABC-Züge die nötige Energie“, erläutert ein Techniker des THW. Allerdings — am Vortag gab es noch Probleme: Einige elektrische Kupplungsstücke paßten nicht zueinander. „Da mußten wir kurzfristig improvisieren und geeignete Ersatzteile beschaffen,“ erklärt Herr Düll.

Bereits am Vortag war das Technische Hilfswerk in der Innenstadt unterwegs: Überall haben die THW-Helfer mit „Hamburger Gittern“ die Strecke abgesperrt. Keine sehr dankbare Aufgabe — und außerdem nicht ohne Risiko: Beim Abladen rutschte ein schweres Gitter auf das Dach eines parkenden Wagens. „Wenn es dabei bleibt“, so Herr Düll von der Feuerwehr, „verursacht das zwar eine Menge Papierkram — ist aber nicht weiter tragisch.“

Viel Arbeit für die Fernmelder

„Die Fernmeldezüge der Freiwilligen Feuerwehren erstellen ein Fernmeldenetz (Draht und Funk) für Feuerwehren, Polizei und Hilfsorganisationen, das auch vom Veranstalter (Leichtathletikverband) genutzt wird.“

Ein sehr umfangreicher Auftrag für den Fachdienst, der sozusagen die „Nervenbahnen“ für die gesamte Organisation spannen soll. Im einzelnen heißt das:

- Bau der notwendigen Verbindungen für die Einsatzleitung der Hilfsorganisationen (GELTING)
- Herstellen von Fernsprechan schlüssen bei Wasser- und Versorgungsstellen
- Besetzen aller eingerichteten Endstellen
- Besetzen des Spitzen- und Endfahrzeugs während des Laufs
- Absetzen von Lagemeldungen und
- Einrichtung einer Fernmeldezentrale und -vermittlung im Messegebäude.

„Einsatzleitung Messe“ — Alle an einem Tisch

Im Gebäude der Messe befindet sich auch die „Einsatzleitung Messe“, in der die Meldungen zusammenlaufen. Ähnlich dem Stab eines Hauptverwaltungsbeamten tagt jetzt unter Leitung von Brandamtmann Boethling und Brandoberinspektor Düll ein zentraler Arbeitsstab: Neben Herrn Krüger, als Vertreter des THW, gehören ihm Herr Buhlo von den Freiwilligen Feuerwehren und Herr Brose von der Polizei an. Außerdem hält Herr Krüger vom DRK die Verbindung zu GELTING.

Den ganzen Tag herrscht hier ein ständiges Kommen und Gehen — jede Nachricht wird notiert und mit Uhrzeit auf eine der vielen Wandkarten eingetragen. Die Melder notieren eifrig: Position der Spitzenläufer, Abstand zum Hauptfeld, Schlußläufer. Farbige Markierungen zeigen der „Einsatzleitung Messe“ die Lage des Feldes an. Hier ist vor allem wichtig, wann die Abschnitte wieder für den Verkehr freigegeben werden können. Die Absprache zwischen den einzelnen Diensten ist kurz und bündig, denn schließlich sitzen hier alle Fachvertreter an einem Tisch.

Es hat Spaß gemacht

Am Abend kann die Einsatzleitung zufrieden sein. „Die Organisationen sind einsatzwillig und leistungsfähig“, faßt LtD. Polizeidirektor Heinz Breuer seinen Eindruck zusammen. „Hier und da gibt es natürlich noch Schwachstellen“, fügt er hinzu, „aber schließlich soll uns eine Übung ja auf Mängel aufmerksam machen.“ So könnte die Koordination zwischen Einsatzleitung der Hilfsdienste und der „Einsatzleitung Messe“ noch effektiver werden. „Manchmal hat die Nachrichtenübermittlung noch zuviel Zeit in Anspruch genommen“, führt Herr Düll aus, „für das nächste Mal werden wir da Korrekturen vornehmen.“

Auch das Absetzen von Meldungen hat nicht immer einwandfrei funktioniert. „Oft erhielten wir unklare oder doppelte Meldungen“, erklärt Herr Boethling, „aber hier hilft nur ständiges Training. Man muß berücksichtigen, daß gerade die ehrenamtlichen Helfer sehr aufgeregt waren, wenn sie uns eine Nachricht übermittelten; da gelingt es nicht immer, eine Meldung kurz, klar und prägnant zu formulieren.“

Die Leiter der anderen Einheiten pflichten ihm bei: „Kleine Pannen hat es bestimmt gegeben. Hauptsache ist aber, daß unsere Helfer die Bedeutung ihrer Arbeit erkannt haben. Trotz aller Anstrengungen — es hat Spaß gemacht.“

Dr. Horst Schöttler*

Doppelte Null-Lösung — ein Rezept auch für den Zivilschutz?

Die Bedeutung der Abrüstungsvorschläge für die Sicherheit in Mitteleuropa
— Konsequenzen für den Schutz der Bevölkerung

2. Juli 1987. Die Rundfunksender in der Bundesrepublik Deutschland strahlen zwei aktuelle Meldungen aus:

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf zwischen den USA und der UdSSR sind ergebnislos unterbrochen worden. Wie der amerikanische Chef-Unterhändler berichtet, war die Sowjetunion nicht bereit, in die Abrüstungsverhandlungen 100 Mittelstreckenraketen miteinzubeziehen, die auf sowjetischem Gebiet in Asien stationiert sind. Der sowjetische Chef-Unterhändler bestätigt den Nachrichtenagenturen diesen Sachverhalt.

In einem Gymnasium einer westdeutschen Großstadt ist vorgesehen, die Kellerräume, die im Zweiten Weltkrieg der Zivilbevölkerung notdürftigen Schutz vor Bombenangriffen boten, als Mehrzweckschutzräume auszubauen. Die Schüler werden zu dieser Absicht befragt. Im Interview ist fast einhellige Ablehnung festzustellen. Bunkerbau sei Kriegsvorbereitung, Zivilschutz diene nicht dem Frieden. Und im Falle einer atomaren Auseinandersetzung seien Bunker ohnehin nutzlos. Sie hätten gelernt, daß fünf Kilometer um den Nullpunkt nach einer A-Explosion jegliches Leben erloschen sei. Offensichtlich sind die Schüler (von wem?) auf das Pressegespräch gut „vorbereitet“!

Schlaglichter eines Tages. Zwei Meldungen unter unzählbar vielen, die dem Bürger aus dem Lautsprecher entgegenschallen. Haben Abrüstungsverhandlungen und -konzeptionen im Bereich der Atomwaffen etwas mit Zivilverteidigung und Zivilschutz — etwas mit der Sicherheit für den Bürger zu tun?

Viele reden über die Null-Lösung, alle hören von der doppelten Null-Lösung. Was sie bedeutet, was sie bewirkt, welche objektive Sicherheit sie für Frieden und Freiheit in der Welt bringt, ist nur Experten bekannt. Daher zunächst ein Vergleich zwischen potentiellen Fähigkeiten und strategischen Überlegungen in der NATO und im Warschauer Pakt.

Die doppelte Null-Lösung

In Reykjavik hat die NATO beschlossen, die sog. „doppelte Null-Lösung“ zur Grundlage der Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt zu machen. Erster Teil dieser „doppelten Lösung“ ist die zunächst lange diskutierte „einfache Null-Lösung“. Bei dieser würden die Mittelstreckenraketen größerer Reichweite, also über 1 000 km, beseitigt werden. Es handelt sich in beiden Blöcken um insgesamt 871 (382+173+316) Mittelstreckenraketen.

Der Bestand:

(nach „Kräftebalance und Sicherheit“, IAP Nr. 9—10/87)

	Warschauer Pakt	NATO
Kurzstreckenraketen (bis 150 km)	770	100
Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (bis 500 km)	570	—
„Doppelte Null-Lösung“ Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (500 bis 1 000 km)	120	72
„Null-Lösung“ Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (über 1 000 km)	(173 in Asien) 382 in Europa	316
Gesamtzahl und Kräfteverhältnis nuklearer Raketen in Europa	1 842	488
Verhältnis	3,77 : 1	

*) Der Verfasser — Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern, u. a. zuständig für den Zivil- und Katastrophenschutz, und Oberstleutnant der Reserve der Bundeswehr — stellt mit diesem Beitrag seine persönlichen Überlegungen zur Diskussion.

Bei dieser Lösung ist aus der Bestandstabelle sichtbar, daß das zahlenmäßige Übergewicht des Warschauer Paktes bei den Kurzstrecken- und Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite im Vergleich zur NATO von 1 460 Raketen zu 172 Raketen zu einem Verhältnis von 8,48 : 1 sich zuungunsten des Westens verändert.

Bei der „doppelten Null-Lösung“ werden auch die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (500 km bis 1 000 km) in die „Beseitigungsverhandlungen“ einbezogen. Es sind dies 120 Raketen des Warschauer Paktes. Ausgenommen sollen auf seiten der NATO die 72 Pershing-1-A-Raketen der Bundeswehr werden, deren atomare Gefechtsköpfe unter Verschluß der USA liegen. Es verbliebe somit ein Kräfteverhältnis bei den Nuklearwaffen in Europa von

Warschauer Pakt: 570 Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (bis 500 km),

NATO: 72 Raketen (500 bis 1 000 km).

Die Kurzstreckenraketen bis 150 km sind im Bestand nicht angetastet. 770 Raketen des Warschauer Paktes stehen 100 der NATO gegenüber.

Dieser quantitative Vergleich bedarf natürlich auch einer qualitativen Bewertung. Mit Brigadegeneral a. D. Dr. Frhr. von Oer soll formuliert werden (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 1987):

„Große“ Nuklear-Waffen wirken schon allein wegen ihrer Reichweite und ihrer Sprengkraft abschreckend. Ihre Existenz wirkt auch als politische Waffe; die Wahrscheinlichkeit ihres militärischen Einsatzes ist deshalb relativ klein, weil Kriege mit ihnen rational unführbar, die Konsequenzen unkalkulierbar und die Frage nach „Sieger und Besiegten“ sich nicht mehr stellt. Die Befürworter der Abrüstung, die Gruppen, die jegliche Art von Verteidigung, auch Zivilverteidigung, als Kriegsvorbereitung ansehen, prägten den Begriff vom „atomaren Holocaust“ und wollten damit zum Ausdruck bringen, daß bei Einsatz von weitrei-

chenden, flächendeckenden und wirkungsstarken Nuklearwaffen jeder Krieg zur Vernichtung der Erde führt.

Der Einsatz „kleiner“ Nuklearwaffen ist wegen ihrer relativ „kleinen“ Wirkung nach Reichweite, Sprengkraft und Treffsicherheit, sozusagen wegen ihrer begrenzten Auswirkung, rational nicht undenkbar. Die nukleare Schwelle ist relativ niedrig, die Wirkung vorherseh- und berechenbar. Eine mögliche Auseinandersetzung läßt sich regionalisieren. Die Bundesrepublik Deutschland wird wegen ihrer geo-strategischen Lage an der Nahtstelle zweier Blöcke und im Zentrum Europas Schauplatz einer Auseinandersetzung sein und die verbleibenden Kurzstreckensysteme (Verhältnis Warschauer Pakt zur NATO = 7,7 : 1) sind erheblich risikoträchtiger als die „großen“ Systeme. Diese Zusammenhänge sind der Bevölkerung weitgehend unbekannt.

Was bringt die „doppelte Null-Lösung“ für den Frieden in Freiheit in Mitteleuropa und vor allem in unserem Land? Die Zahl atomarer Trägeraketen und die Einsatzmöglichkeit atomarer Sprengköpfe wird tatsächlich entscheidend verringert. Es gibt weniger Atomwaffen, die die Völker in einem Krieg bedrohen können. Leider werden aber nicht alle Atomwaffen beseitigt. Vielmehr verbleiben die Kurzstreckenraketen, die alle Ziele der Bundesrepublik Deutschland erreichen können. Die punktuelle Bedrohung addiert sich schnell zu einer für unser Land flächendeckenden, regionalen und tödlichen Gefahr für jedes ungeschützte Lebewesen. Zugleich muß noch einmal unterstrichen werden, daß das Risiko des Einsatzes wegen der Kalkulierbarkeit der Auswirkungen spürbar vermindert wird. Die nukleare Abschreckung als Mittel der Friedenssicherung — zugegebenermaßen als Potential und Argument makaber — wird aufgrund der Kräfteverhältnisse ungleichgewichtig und verschafft dem Warschauer Pakt zusätzliche Vorteile.

Die Veränderung bei den atomaren Waffen hat aber auch zu der Diskussion um die konventionelle Verteidigung geführt. Hierunter versteht man die Ausrüstung mit Kampfflugzeugen, Kampfhubschraubern, Artilleriegeschützen, gepanzerten Fahrzeugen und vor allem mit Kampfpanzern. Das Verhältnis zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO ist — grob skizziert — mit 3 : 1 und bei den Flugzeugen mit 2 : 1 anzusiedeln. Auch hier besteht also eine Überlegenheit, deren Beseitigung außergewöhnliche Investitionen in den Haushalten der NATO-Staaten erforderlich machen. Bei der bekannten wirtschaftlichen Grundsituation der NATO-Staaten, der hohen Zahl der Arbeitslosen und vor allem den zunehmenden Verpflichtungen unserer Haushalte für soziale Aufgaben wird eine Stärkung der konventionellen Nachrü-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern) sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Lehrkraft an der BVS-Schule Geretsried (Bayern)**
(Verg.-Gr. IV b BAT) — ab sofort —
2. **Lehrkraft an der BVS-Schule Körtlinghausen (Nordrhein-Westfalen)**
(Verg.-Gr. IV b BAT) — ab sofort —
3. **Fachbearbeiter/-in der BVS-Dienststelle Recklinghausen**
(Verg.-Gr. V b BAT) — ab sofort —
4. **Fachbearbeiter/-in für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Hessen in Wiesbaden**
(Verg.-Gr. V b BAT) — ab sofort —

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bei den Bewerbern für die Stellen als Lehrkraft wird eine besondere Eignung für die Lehrtätigkeit vorausgesetzt.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **15. 9. 1987** zu richten an den:

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41
(Tel. 02 21/49 88-1)

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

stung, auch in unserem Lande, nicht leistbar sein.

Die Quintessenz aus dieser nüchternen Kräfteanalyse zwischen Ost und West muß erneut die Frage sein: *Wie sicher sind wir vor Kriegen?* Im Zusammenhang mit diesem Begriff ist eine neue Terminologie festzustellen. Es war bislang ganz selbstverständlich, daß die Sicherheit unseres Landes von der Fähigkeit zur Gesamtverteidigung abhing und damit die Funktionsfähigkeit der militärischen Verteidigung durch die Leistungsfähigkeit der zivilen Verteidigung ergänzt wurde.

Somit entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Säulen schon alleine dadurch, daß die zivile Verteidigung, als staatliche Pflichtaufgabe kaum noch genannt, aus dem Bewußtsein der Bürger zunehmend verschwindet. Katastrophenschutz heißt das neue Zauberwort. So erklärte der

Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger, vor Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz: Schutzbunker seien nicht nur für den Fall eines Krieges unentbehrlich, sondern auch für im Frieden denkbare Schadensereignisse. Das jüngste Beispiel sei die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die den Bau von Schutzräumen erforderlich mache.

Wenn man die Katastrophe als eine Gefahr größeren Ausmaßes ansieht, die unerwartet und lebensbedrohend auf den Menschen einwirkt, so gilt dies sicher nicht nur für Gefahrensituationen durch natürliche Einflüsse und industrielle Unglücke, sondern auch für den Krieg. Unzweifelhaft wäre der Krieg die größte Katastrophe, die über die Menschen kommen könnte.

Zwar heiligt bekanntlich der Zweck die Mittel, und welches Argument (auch immer) in

der Meinungsbildung der Bevölkerung, in den Entscheidungen der Parlamente und im Handeln der Verwaltung zum besseren Erfolg führt, das alleinige Ziel muß sein: Der Schutz des Menschen und die Vorsorge hierfür!

Die Bundesrepublik Deutschland ist in einem echten Dilemma. Einmal ist trotz der Verhandlungen über die doppelte Null-Lösung die nukleare Bedrohung und die Abschreckung mit der Vielzahl taktischer und Kurzstreckenwaffen auf Deutschland (beiderseits der Grenzen) unübersehbar. Zum zweiten ist diese gemeinschaftliche Grenze die Nahtstelle der militärischen Pakte und damit kein Schutzvorhang gegen die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes. Die vorhandenen Gefechtsfeldwaffen und Kurzstreckenraketen bedrohen im Falle einer militärischen Auseinandersetzung unser Land in seiner Existenz. Für die Bürger ist dies unzweifelhaft eine Lebensfrage. Die Verhinderung eines Krieges in Mitteleuropa und die Vermeidung einer Auseinandersetzung auf unserem Territorium bedarf daher weitergehender Abrüstungsverhandlungen, die die Überlegenheit einer Seite gänzlich abbauen. Eine andere Lösung ist die bereits erörterte Stärkung der konventionellen Verteidigung, die zu einer drastischen Erhöhung der Verteidigungsaufgaben führen muß.

Ist eine solche Zielvorgabe weder politisch noch militärisch, geschweige denn finanziell in kurzer Zeit leistbar, so muß der Staat für seine Bevölkerung den *Zivilschutz vorrangig und drastisch verstärken*. Die Bevölkerung muß gleichzeitig — und nur dies ist logisch und konsequent — vom Staat die notwendigen Schutzmaßnahmen für den zivilen Bevölkerungsschutz fordern, wobei ein Schwerpunkt der Schutzraumbau ist. *Sie tut dies ohnehin* kontinuierlich und eindeutig, aber leider von allen politischen Parteien wenig beachtet, *seit Jahren in den repräsentativen Meinungsumfragen zu diesem Themenkreis*. Der Direktor des Schweizer Bundesamtes für Zivilschutz, Mumenthaler, hat im September 1985 in Bonn den folgenden Satz geprägt: „Ziviler Bevölkerungsschutz, Sie in der Bundesrepublik Deutschland nennen das zivile Verteidigung, ohne Schutzräume ist wie eine Tür mit einem Türrahmen, aber ohne Schamie.“ *Dies erfordert gesetzliche und finanzielle Konsequenzen.*

Die seit dem Zweiten Weltkrieg in Fachkreisen weltweit als notwendig angesehene Faustformel — 1 Prozent des Haushaltes für die zivile Verteidigung — bedeutet in der Bundesrepublik eine Steigerung von derzeit 880 Mio. DM auf etwa 2,5 Mrd. DM. Ob die Haushaltsposition künftig Zivilverteidigung, Ziviler Bevölkerungsschutz, Zivilschutz oder neuerdings Katastrophenschutz heißt, ist letztlich eine nachrangige Frage.

Andererseits sagte der verstorbene Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Eichstädt, bereits im Jahre 1982, „daß politisch-militärische Kriegslagen und der Verteidigungsfall eine Vielzahl anderer lebens- und verteidigungswichtiger Aufgaben zur Krisenbeherrschung und zur Herstellung oder Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft wahrnehmen müssen, während sich die Maßnahmen bei akuten Katastrophen in normalen Friedenszeiten voll auf die Schadensbekämpfung konzentrieren können. Es ist daher eine gefährliche Selbsttäuschung, den Katastrophenschutz mit Zivilverteidigung gleichzusetzen, stellt er doch in Wahrheit nur ein Teilgebiet dieses erheblich größeren Aufgabenbereiches dar“.

Zusammenfassung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat das Spannungsfeld von Frieden, Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft, nicht nur im militärischen sondern auch im gesellschaftlichen Sinne, so beschrieben: „Wer aber für das Gemeinwesen im ganzen politisch verantwortlich ist, darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich Frieden in Unterwerfung. Er muß sich die Fähigkeit zur Verteidigung erhalten.“

Ich füge an, daß diese Verteidigung aus der

militärischen und aus der zivilen Komponente bestehen muß. Die Sowjetunion und ihr Generalsekretär Michail Gorbatschow sind deshalb so populär, weil die ständigen Abrüstungsvorschläge den Weg zur Entspannung zu ebnen scheinen und zugleich den Frieden sichern sollen. Dennoch war erst im Januar 1987 in „Sovetskiy Patriot“ zu lesen:

„Ein wichtiger Faktor bei der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes ist neben der Vervollkommnung der Streitkräfte auch die allseitige und vorzeitige Vorbereitung der ganzen Bevölkerung auf den Zivilschutz. Wie bekannt, ist der Zivilschutz ein Teil im System der staatlichen Verteidigungsmaßnahmen, die in Friedens- und Kriegszeiten durchgeführt werden, zum Schutz der Bevölkerung und der Volkswirtschaft des Landes vor Massenvernichtungswaffen und anderen modernen Angriffsmitteln des Gegners . . .“

Dies läßt nur den Schluß zu: Die „doppelte Null-Lösung“ hat Auswirkung auf den Zivilschutz. Sie kann jedoch nicht *weniger* Zivilschutz bewirken, sondern sie muß genau das *Gegenteil* in Gang setzen. In einer Zeit der Abrüstungsgespräche darf, solange Abrüstung nicht zu Null-Potentialen auf beiden Seiten führt, humanitärer Schutz nicht vergessen werden, und den vermittelt nur der Zivil- und Katastrophenschutz als wesentlicher Teil der zivilen Verteidigung.

36. Jahrestagung der Schutzkommission

„Zivil- und Katastrophenschutz sind ein einheitliches Hilfeleistungssystem“

Die „Schutzkommission“ hielt jetzt ihre 36. Jahrestagung in Essen ab. Die Kommission berät den Bundesminister des Innern in wissenschaftlichen Fragen des Katastrophen- und Zivilschutzes. Ihre Mitglieder sind qualifizierte Wissenschaftler, die überwiegend in Lehre und Forschung an deutschen Universitäten tätig sind. Die Schutzkommission hat acht Fachausschüsse, die interdisziplinär zusammenar-

beiten. Die Fragestellungen reichen von der Schutzwirkung von Bauten über Ursachen und Wirkung radioaktiver Strahlung, Katastrophenmedizin, Toxikologie und Seuchenschutz bis hin zur Psychologie im Katastrophenfall.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, begrüßte die Wissenschaftler. Er

wies darauf hin, daß sich bei den Randbedingungen für den Katastrophen- und Zivilschutz ein Wandel vollzogen habe: „Dieser Wandel hängt damit zusammen, daß in unserer heutigen Sicht der Zivil- und Katastrophenschutz als eine Einheit — als ein einheitliches Hilfeleistungssystem — gesehen wird.“

Die frühere Betrachtungsweise, die auf einer formalen und strikt beachteten Unterscheidung zwischen den Schutzmaßnahmen für friedensmäßige Katastrophen und kriegsmäßige Ereignisse beruhte, ist aufgegeben worden. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, bei Katastrophen im Rahmen des Menschenmöglichen geschützt zu werden.

Dabei kann es keine Rolle spielen, aus welchem Anlaß die Katastrophe entstanden ist. Bund und Länder haben deshalb ein gemeinsames integriertes Hilfeleistungssystem aufgebaut, bei dem alle Beteiligten — und hier möchte ich als Beispiel die großen Bürgerinitiativen der Hilfsorganisationen erwähnen — eine verantwortungsvolle Rolle übernommen haben und das auf dem Prinzip des „Doppelnutzens“ basiert.

Damit ist gemeint, daß die Einheiten und Einrichtungen ihren Auftrag sowohl bei friedensmäßigen Katastrophen als auch im Verteidigungsfall zu erfüllen haben. Letzteren wünscht sich niemand herbei, trotzdem müssen diejenigen, die für unser Land Verantwortung tragen, auch ihn bedenken.

Mit der Strategie des Doppelnutzens befinden wir uns in vollem Einklang mit unseren NATO-Partnern, da die NATO dieses Prinzip als maßgebliche Beurteilungsgrundlage für Maßnahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes empfohlen hat. Dies ist eigentlich, wie ich meine, ein gutes Beispiel für unsere friedlichen Absichten, daß nämlich Maßnahmen, die im Interesse der notwendigen Gesamtverteidigung unerlässlich sind, vor allem auch im Hinblick auf ihren friedensmäßigen Nutzen beurteilt werden.

Um auch ein äußeres Zeichen für diese unsere Absichten zu setzen, haben wir die zuständige Abteilung im BMI, Ihnen als „ZV“ d. h. „Zivile Verteidigung“ bekannt, in „KN“, d. h. „Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung“ umbenannt.

Die Arbeit der Schutzkommission dient ebenfalls dem Doppelnutzen. Nach ihrer Geschäftsordnung berät die Kommission wissenschaftliche Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung bei Großkatastrophen und im Verteidigungsfall. Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, Ihre Arbeit im Bereich des friedensmäßigen Katastrophenschutzes verstärkt fortzusetzen und freue mich, daß Sie diesen Bereich zu einem der Schwerpunkte Ihrer Tagung gewählt haben.

Das Thema „Chemieunfälle und Katastro-

phenschutz“, das Sie anschließend behandeln werden, hat durch die Ereignisse des vergangenen Jahres — Stichwort: Sandoz — eine besondere Aktualität erlangt. Die Ereignisse, die sich glücklicherweise nicht zu einer Katastrophe ausgewachsen haben, haben gezeigt, daß der Katastrophenschutz sich verstärkt darauf vorbereiten muß. Die Planung und Vorbereitung von Katastrophenabwehrmaßnahmen muß überdacht und zum Teil ergänzt werden. Auf eine echte schwere Katastrophe wären wir nur ungenügend vorbereitet gewesen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es liegt mir fern, irgendeine Form der Industrieangelegenheiten zu schüren. Die Bundesrepublik Deutschland als hochindustrialisierter Staat ist auf die Leistungsfähigkeit der Industrie angewiesen. Dies ist unser Lebensnerv. Der Einsatz moderner Technik muß jedoch verantwortbar sein. Dazu gehört auch, daß Vorsorge gegen Schadensfälle und Katastrophenabwehrmaßnahmen getroffen werden. Dabei kommt dem vorbeugenden Katastrophenschutz eine besondere Bedeutung zu. Der beste Katastrophenschutz ist die Verhinderung des Eintritts einer Katastrophe.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein deutliches Wort an die Verantwortlichen in der Industrie und Wirtschaft richten: Schadensvorsorge und Schadensabwehr kann nicht allein — was sicher bequem ist — dem Staat und dem einzelnen Bürger überlassen werden. Hier müssen sich auch die Industrie und Wirtschaft selbst stärker engagieren. Die Industrie muß ihren Eigenanteil im vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutz hinsichtlich der Information der Öffentlichkeit über potentielle Schadensfälle und hinsichtlich der für die Schadensvorsorge zu treffenden Maßnahmen noch steigern. Nur dann können wir zu einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen der primären Verantwortlichkeit des Betreibers für die Sicherheit seiner Anlagen, die auch die Schadensvorsorge einschließt, und der ergänzenden staatlichen Katastrophenabwehr kommen.

Ihre Arbeit für den Katastrophenschutz dient letztlich auch dazu, die Technik sicherer zu machen. Denn wenn ich mich mit potentiellen Schadensereignissen und deren Auswirkungen beschäftige, decke ich eventuelle Schwachstellen in der Anwendung der Technik auf, und dies führt wiederum dazu, daß die Anwendung verbessert, d. h. sicherer gemacht wird.

Der Katastrophenschutz kann also auch sehr wohl einen Beitrag dazu leisten, um Technik sicherer zu machen. Auch dies ist eine Art von Doppelnutzen des Katastrophenschutzes: Ich treffe Vorsorge gegen Schadensereignisse und verringere damit gleichzeitig die Eintrittswahrscheinlichkeit solcher Ereignisse.

Da wir in der Politik am Beginn einer neuen Legislaturperiode stehen, und die Politik natürlich auch ihre Auswirkungen auf das Verhältnis der Bundesregierung zu ihren Beratungsgremien hat, möchte ich abschließend kurz auf die Schwerpunkte für den Zivil- und Katastrophenschutz in der 11. Legislaturperiode eingehen. Minister Zimmermann hat über die innenpolitischen Vorhaben des Bundesministeriums des Innern berichtet. Für den Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes sind folgende vier Schwerpunkte zu nennen:

1. Ausbau des Bund-Länder-Krisen-Managements zur Bewältigung großflächiger/länderübergreifender Schadensereignisse mit einer ständigen Koordinierungsstelle beim Bundesminister des Innern.

2. Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen zum Katastrophen- und Zivilschutz unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Wirksamkeit.

3. Einen dritten Schwerpunkt bildet der verstärkte Ausbau des erweiterten Katastrophenschutzes im Rahmen des bis 1990 reichenden Konsolidierungsprogramms. In diesem Zusammenhang ist auch die Erweiterung des Warndienst-Meßstellennetzes zur Messung von Radioaktivität zu nennen. Parallel dazu wird untersucht, wie das Warnsystem bedarfsgerecht, zukunftsorientiert und auch kostengünstiger gestaltet werden kann.

4. Einen vierten Komplex bildet die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr. Nachdem die gegenwärtigen Hilfeleistungsabkommen mit der Schweiz, Frankreich, Belgien und Luxemburg unter Dach und Fach sind, befindet sich jetzt das deutsch-dänische Abkommen in der parlamentarischen Beratung. Ein deutsch-niederländisches und ein deutsch-österreichisches Abkommen sind auf Fachebene abgestimmt, ein deutsch-tschechoslowakisches Hilfeleistungsabkommen wird vorbereitet. Es fehlt dann nur noch ein entsprechendes Abkommen mit der DDR.

Dieser Liste möchte ich noch einen weiteren Punkt hinzufügen: Es ist dies das Arbeitsprogramm der Schutzkommission. Gegenwärtig bereitet die Kommission ja zusammen mit den Mitarbeitern des Bundesinnenministeriums ein Programm vor, das die aktuellen Fragestellungen zusammenfaßt, bei denen die wissenschaftliche Beratung der verantwortlichen Stellen in Bund und Ländern durch ein kompetentes Gremium wie die Schutzkommission notwendig ist. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Arbeitsprogramm in Kürze verabschieden können, denn dies wäre ein weiterer Beweis für die Lebendigkeit der Schutzkommission und ihrer Fähigkeit, sich auf die sich weiter entwickelnden Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes einzustellen.“

„Ich kann mich noch erinnern, wie das vor 25 Jahren in Hamburg war“

2 600 „Flutopfer“ wurden evakuiert

Bislang größte Einsatzübung der DRK-Hilfszugabteilungen in der Bundesrepublik

Hamburg vor 25 Jahren: Unvorstellbare Wassermengen dringen in die niedrig gelegenen Stadtteile ein, überfluten Häuser, Fabriken, Betriebe. Die Deiche können dem Wasserdruck nicht standhalten, sie bersten an vielen Stellen entzwei. Ungehindert kann sich das Wasser mit ungeheurer Kraft seinen Weg bahnen. Zahlreiche Menschenleben fordert diese Flutkatastrophe, Tiere verenden elend.

Schon 1962 mahnte der damalige Innensenator Hamburgs, Helmut Schmidt, die Betreuung und Unterbringung großer Zahlen von Flut- und Katastrophenopfern intensiv zu üben. In seiner bundesweit bisher größten Katastrophenschutzübung mit dem Namen „Springende Flut“ griff das Deutsche Rote Kreuz (DRK) die Mahnung auf, um den Einsatz in einem Ernstfall zu üben. Vier Hilfszugabteilungen führten unter der Bezeichnung „Springende Flut“ in Hamburg erstmalig eine Einsatzübung solcher Größenordnung durch. Der Übung zugrunde lagen von der Annahme der Katastrophensituation bis zum geographischen Katastrophengebiet die Geschehnisse und

Verhältnisse der Flutkatastrophe vor 25 Jahren in Hamburg.

2 600 „Flutopfer“

Rund 2 600 „Flutopfer“ haben sich freiwillig gemeldet, um vom DRK übungsmäßig evakuiert, betreut und versorgt zu werden. Die „Opfer“ kommen nicht nur aus der Hansestadt, sondern auch z. B. aus Kiel, Eutin oder aus der näheren Umgebung. Auch ich habe mich zu den Mimen gesellt, will ich doch am eigenen Leib erfahren, was die Hilfszugabteilungen des DRK im Ernstfall mit den in Not geratenen Menschen tun.

Bevor ich den Weg zur Registrierung der „Flutopfer“ einschlage, findet im Gebäude des DRK-Landesverbandes Hamburg eine Pressekonferenz statt, in der folgende Vertreter dem großen Aufgebot Journalisten Rede und Antwort stehen: Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes; Senator a. D. Rudolf Büch, Präsident des DRK-LV Hamburg; Dr. Schlegelberger, Vizepräsident auf Bun-

desebene und Präsident des LV-Schleswig-Holstein; Hanjo Gaab, Leiter der Katastrophenschutz-Abteilung im LV Hamburg; Bernd Hoffmann, Katastrophenschutz-Leiter im DRK-Generalsekretariat und Dr. Schmitz-Wenzel, Generalsekretär des DRK.

Hilfszug ist Einsatzreserve

In seiner Ansprache geht Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein ein auf den Hilfszug, den das DRK im Vertragsverhältnis mit dem Bund seit 1980 unterhält. Der Hilfszug besteht aus neun Hilfszugabteilungen mit je 367 Helferinnen bzw. Helfern und der Zentralabteilung mit 499 Helfern. Als ein überregionales Einsatzinstrument verstärkt, ergänzt oder löst der Hilfszug die regional tätigen Fachdienste Betreuungs- und Sanitätsdienste ab. „Die Länder können sich einer, mehrerer oder aller Hilfszugabteilungen auf Anforderung bedienen, wenn die eigenen Möglichkeiten erschöpft sind.“

Vier Hilfszugabteilungen nahmen an der Übung „Springende Flut“ in Hamburg teil. Sie kamen aus den DRK-Landesverbänden Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Westfalen-Lippe. Im Stabsrahmen wirkten nahezu bundesweit unterstützend die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein, Oldenburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Südbaden mit.

„Ständige Überprüfung“ ist vonnöten

Die Übung, so Prinz Sayn-Wittgenstein, wird in jeder Phase ausgewertet, „um für die Zukunft die notwendigen Folgerungen in organisatorischer, ausbildungsmäßiger und einsatztaktischer Hinsicht, aber auch in bezug auf die Fragen der Ausstattung



Während der Pressekonferenz gab der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (zweiter von rechts) die Einweisung in die Übung.

und der personellen Besetzung zu ziehen. Wie jede andere Organisation bedarf auch der Hilfszug der ständigen Überprüfung von Aktualität, Einsatzfähigkeit und Effizienz."

Überlegungen seien anzustellen, so erläuterte der Präsident, inwieweit die innere Organisation und die personelle Ausstattung neben dem zu modernisierenden Material neuen Erfordernissen wie z. B. der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl anzupassen sind.

Sammelstelle auf dem Parkplatz

Nun mache ich mich auf den Weg. Während im Stab insgesamt 28 Personen und der Fernmeldebetrieb unter Gesamtleitung von Hanjo Gaab in drei Schichten rund um die Uhr arbeiten, geht es zum Parkplatz Wiesendamm. Dort ist eine der Sammelstellen für die Betreuungsstellen für evakuierte Personen. Insgesamt sind drei Betreuungsstellen eingerichtet worden: in Hamburg-Nord, Harburg und Bergedorf.

Auf dem Parkplatz Wiesendamm wartet schon ein großer Bus, in den ich hineingehere. „Ich bin ein Flutopfer“, erkläre ich dem freundlichen Herrn, der sofort zu Formular und Kugelschreiber greift. Ich bekomme eine Begleitkarte, die mich, wie der Name schon sagt, mittels einer Schlaufe im Knopfloch auf meinen folgenden Wegen begleitet. Nach Namen, Geburtsdatum und -ort werde ich gefragt, meinen Wohnort will man wissen. Die Daten, so versichert der Mann, werden sofort nach Ende der Übung vernichtet.

Aus der Begleitkarte, die ich mir umhänge, kann nicht nur ich, sondern jeder erkennen, wohin mich der Weg führen wird: „Weiter-



Thomas Vormittag aus Seevetal meldete sich spontan zur Teilnahme an der DRK-Übung.

Auf dem Parkplatz Wiesendamm wartete schon ein großer Bus auf die „Flutopfer“.



Begleitkarten werden ausgestellt.



leitung nach Hamburg, Uferstraße" steht dort. In den drei dicht nebeneinander liegenden Schulen an der Uferstraße sollen, so habe ich gehört, rund tausend „Evakuierte“ untergebracht werden. Mir kommt die Idee, dort doch einmal eine Suchmeldung aufzugeben, um zu beobachten, was dann passiert. Insgesamt sind es rund 2 600 „Opfer“, die an den drei Stellen untergebracht, versorgt und betreut werden sollen – von rund 1 200 Helfern.

Als „Flutopfer“ registriert

Auf dem Parkplatz Wiesendamm treffe ich Thomas Vormittag. Der 30jährige Polizist aus Seevetal gehört zur Kradmeldegruppe. Er hat sich freiwillig zur Teilnahme an der DRK-Großübung gemeldet, weil „ein Bekannter darauf zu sprechen kam“. Mit seiner schweren Maschine pendelt er zwischen dem Parkplatz und dem Gebäude des DRK-Landesverbandes; wohin er Kopien der ausgefüllten Begleitkarten bringt. Beim Landesverband nämlich befindet sich die Koordinierungsstelle des Suchdienstes. Es ist 18 Uhr, bis jetzt hat Thomas Vormittag schon rund 130 Karten gezählt.

Mit dem Bus werde ich gemeinsam mit anderen „Flutopfern“ in die Schule Uferstraße gebracht, wo eine der Betreuungsstel-

len eingerichtet ist. Im umgebauten Foyer der Schule stehen lange Tische, „Registrierung“ lese ich auf dem Hinweisschild. Ich stelle mich an.

Die freundliche Dame des DRK fragt nach meiner Begleitkarte und stellt mir dann einen „Ausweis“ aus: Nun bin ich „ordentliches Flutopfer“ und erhalte meine Essenkarte sowie meine zukünftige Unterkunft genannt: A 6. Dahinter verbirgt sich einer der umgebauten Klassenräume mit je 20 Betten.

Nun will ich es wissen: Ich frage nach dem Verbleib einer Person, deren Namen ich mir vorher habe geben lassen. Flugs wird ein weiteres Formular gezückt und ausgefüllt: Suchmeldung. Ich stelle mich darauf ein, daß ich bei insgesamt rund 2 600 „Evakuierten“ wohl ziemlich lange auf eine Auskunft zu warten habe. Doch weit gefehlt: Innerhalb von zehn Minuten ist meine gesuchte Person namentlich in der Kartei gefunden; ich weiß nun, daß sie auch an der Uferstraße untergebracht ist. Die „Zusammenführung“ kann stattfinden.

Veranstaltungskalender: für jeden etwas

Womit beschäftige ich mich als „Flutopfer“, wenn die Zeit der Evakuierung lange dau-

ert? Man kann im Ernstfall ja nicht davon ausgehen, daß die „Opfer“ sich mit Büchern oder Spielen eindecken, um die Zeit in einer Betreuungsstelle zu verbringen. Aber auch dieses Problem wird während der Großübung in der Hansestadt bestens gelöst. Francis Meier vom Deutschen Roten Kreuz hat einen Veranstaltungskalender zusammengestellt, der vielen Interessen entspricht. Ein Kinderfest mit Spielen und Sport, eine Cafeteria für Eltern und Erwachsene, Lese- und Fernsehräume, ein kostenloser Lehrgang „Sofortmaßnahmen am Unfallort“, Preisskat, Vorträge, Turniere für Fußball-, Hockey- oder Volleyballfreunde — die Palette der Freizeitangebote ist breit gefächert.

Frühstück, Mittag- und Abendessen werden ausgegeben, die Helfer an den Feldküchen haben gute Arbeit geleistet. Das Sauerkraut mit den Mettwürsten und Kartoffeln schmeckt vorzüglich.

Sarah ist der „Star“ der Betreuungsstelle

Das Deutsche Rote Kreuz hatte schon lange Zeit vor der Übung Freiwillige aufgerufen, sich als „Flutopfer“ zur Verfügung zu stellen. Eine von ihnen ist Marion Zöllner (38), gelernte Erzieherin und derzeitige Altenpflegerin aus Hamburg. „Ich will wissen, was tatsächlich mit uns passiert, wenn das Wasser mal kommen sollte“, meint sie. Über Radio hat sie den Aufruf des DRK gehört und sich spontan gemeldet.

Ihre Tochter Sarah ist mit ihren 17 Monaten der „Star“ in der Betreuungsstelle an der Uferstraße. Sie kann sich über mangelnde Spielgelegenheiten nicht beklagen. Mit Marion Zöllner sind nicht nur Sarah, sondern auch ihre Schwester Bianca (13) und Nichte Astrid Rohlf (14) gekommen. „Toll“ finden die beiden Mädchen die Übung, „es sind nette Leute hier und wir wollten mal was neues erleben.“

Wie es in einem Ernstfall wirklich aussieht in Hamburg, davon können sich die beiden



Die Helfer an den Feldküchen hatten viel zu tun.

noch keine Vorstellung machen. Aber Marion Zöllner hat noch Erinnerungen: „Als damals die Flutkatastrophe war, waren wir zwar nicht direkt betroffen, aber meine Verwandten wohnten im Überflutungsgebiet. Ich habe also schon ein Gefühl dafür, wie das ist, wenn das Wasser kommt.“

Rolf Hermsen (33) hat von seinem Stiefvater viel erzählt bekommen über jene Flutkatastrophe, die vor 25 Jahren in Hamburg wütete. Dies war Anlaß, daß Rolf Hermsen Interesse hatte zu erfahren, was die Organisation des Roten Kreuzes im Katastrophenfall unternehmen würde. „Ich schaue mich überall um“, meint der Hamburger.

„Es kommt auf jeden Menschen an“

Bei meinem Rundgang durch die groß angelegte Betreuungsstelle treffe ich unter den „Evakuierten“ auch Gudrun Chatel (43) und Ingrid Borsch (48). Beide sind Krankenschwestern und haben sich hier zum

ersten Mal getroffen. „Klar, daß man sich in solchen Situationen sehr schnell kennenlernt“, meinen die beiden, die auf dem Weg sind, den Erste-Hilfe-Kursus des DRK zu besuchen.

„Ich kann mich noch erinnern, wie das vor 25 Jahren in Hamburg war“, schildert Gudrun Chatel. „Alle Telefone standen bei uns still, die Straßenbahn fuhr nicht — nichts ging mehr. Und da habe ich mir gedacht, daß es heute auf jeden Menschen ankommt bei der Übung. Das DRK muß sich doch einspielen, um im Ernstfall wirklich helfen zu können.“ Ingrid Borsch: „Mich interessiert die Organisation: Haben die an alles gedacht? An Kindernahrung? An die Betreuung alter Leute? Wie gehen die damit um?“ — Den ersten Eindruck, den sich Ingrid Borsch von der Übung verschaffen konnte, empfand sie als „durchaus positiv“.

Warten in der Sanitätsbereitschaft

In der Sanitätsbereitschaft, zu der der Sanitätszug und der Pflegezug gehören, wartet Dr. Andreas Kühle (34) auf „Verletzte“. 30 Betten stehen bereit und keiner der Helferinnen und Helfer weiß, wann mit den Mimen zu rechnen ist. Dr. Kühle ist seit zehn Jahren beim Deutschen Roten Kreuz. Er findet solche Großübungen „zweckmäßig“.

Eine Dame befindet sich auch schon in Obhut der Sanitätsbereitschaft: Es ist Helga Schmidt (61), die sofort einverstanden war, als sie nach einer Teilnahme an der Übung gefragt wurde. Die Rollstuhlfahrerin muß gefüttert werden, weil sie selbst dazu nicht in der Lage ist. „Alle Menschen hier sind sehr nett“, erzählt sie mir. Schon einige Stunden verbringt sie hier und sie beobachtet das Geschehen um sie herum sehr genau: „Ich kann ja die Erfahrungen weitergeben. Ich weiß ja nun, wie das in einer Notunterkunft ist, wenn mal was passiert.“

Sie selbst erinnert sich, wie sie 1962 auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstätte vom Wasser überrascht wurde: „Wir selbst wohnten in einem höher gelegenen Stadtteil. Aber an meiner Arbeitsstätte stand das Wasser 60 cm hoch, die Heizung fiel aus und wir arbeiteten im Kalten.“ Damals war Helga Schmidt in der Textilbranche tätig: „Die Sommerkollektion fiel im wahrsten Sinne des Wortes in's Wasser.“

Die „heiligen Hallen“ des Übungsgeschehens

Immer neue „Evakuierte“ bevölkern das Schulgelände an der Uferstraße. Ganze Vereine, Klubs oder Jugendorganisationen marschieren auf. Die Helfer an den insge-

Marion Zöllner mit Bianca, Astrid und der kleinen Sarah, dem jüngsten „Flutopfer“ in der Hamburger Übung.



Die „Verletzten“ werden aus den Fahrzeugen...



... in die Krankenzimmer gebracht.



samt fünf Feldküchen arbeiten pausenlos. Viele Kinder strahlen, haben sie doch eben Eis und Spielzeug erhalten. An alles ist gedacht.

Ich werde als „Flutopfer“ bevorzugt, denn zu dem Button, der mich als Evakuierte ausweist, bin ich im Besitz eines gelbfarbigen Buttons, mit dem ich als Pressevertreterin erkennbar bin. Also darf ich in die „heiligen Hallen“ des Übungsgeschehens eindringen, in die Leitstelle für den Bereich Uferstraße. Deren Leiter Ernst-Ulrich Böttcher, seit 20 Jahren beim DRK aktiv, hat alle Hände voll zu tun: „Ich brauche dringend Babynahrung“, ruft er ins Telefon, „bei uns ist die Hölle los. Mach' doch mal was für drei bis vier Kleinkinder!“ — Sarah Zöllner hat sicher Hunger bekommen,...

700 „Flutopfer“ sind mittlerweile in der Betreuungsstelle. Bei der Betreuung und Versorgung müssen die Hilfszugabteilungen sich anstrengen. Das weiß auch Ernst-Ulrich Böttcher, der die kleineren Pannen bereits erkannt hat: „Manche Helfer sahen sich gestern zu Beginn der Übung zum ersten Mal. Unterschiedliche Menschen müssen sich aneinander gewöhnen. Alle sind gutwillig, aber natürlich gibt es eine Reibungsphase. Die ist überwunden.“ Ist er zufrieden mit dem bisherigen Verlauf? „Dafür, daß es die größte Übung ist, und wir keine

Erfahrungswerte haben, sind wir zufrieden.“

Jede Hilfszugabteilung ist für die Betreuung und Versorgung von 3 000 Menschen eingerichtet — bei zehn Abteilungen in einem Hilfszug des DRK kann also kurzfristig 30 000 in Not geratenen Menschen geholfen werden.



Der Arzt führt die Triage durch. (Fotos: Dorothee Boeken)

Die Übungsziele

Geübt wurden von den Rotkreuz Helfern die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von rund 2 600 Menschen, die infolge einer angenommenen Flutkatastrophe evakuiert werden mußten. Die Übung, deren Größenordnung im Bundesgebiet bislang noch nicht erreicht wurde, kostete 260 000 Mark, wovon der Hamburger Senat 25 000 Mark und der Bund die verbleibenden Kosten übernahmen.

Insgesamt dauerte die Vorbereitungszeit 18 Monate. Der Auswertungsbericht wird schriftlich erstellt und noch einige Zeit bis zur Fertigstellung brauchen. Dann wird sich herausstellen, ob die Übungsziele, die wie folgt festgelegt waren, erreicht wurden:

- Zusammenarbeit von vier Hilfszugabteilungen in führungstechnischer und fachdienstlicher Hinsicht,
- Betreuung einer großen Zahl Obdachloser über mehrere Tage,

im Stabsrahmenteil:

- Erprobung der Verfahrensabläufe bei Anforderung des Einsatzes von Hilfszugabteilungen und Unterstützung Landesverband-übergreifender Einsätze unter Einbeziehung des Amtlichen Auskunftsbüros der Bundesrepublik Deutschland nach dem Genfer Rotkreuz-Abkommen,
- Erprobung der Verfahrensabläufe bei Anforderung zusätzlich benötigter Hilfszugabteilungen,
- Erprobung der Verfahrensabläufe bei Anforderung zusätzlicher personeller und materieller Hilfeleistungen aus Landesverbänden, die nicht unmittelbar vom Katastropheneinsatz betroffen sind.

Die Übungsteilnehmer

Insgesamt teilgenommen haben an der Übung „Springende Flut“ die Leitungsgruppe Landesverband Hamburg, die Einsatzführung Hilfszug, die Hilfszugabteilungen (HZAbt.) IV, VII, IX (LV Westfalen-Lippe, Nothelm; LV Schleswig-Holstein, Bellin; LV Hamburg, Hamburg), die Fernmeldezentrale/Hilfszugabteilung VIII (LV Niedersachsen, Hannover), die Kraftwagen-Trupps HZAbt. I (Bayerisches Rotes Kreuz, Baar-Ebenhausen), VII (LV Schleswig-Holstein, Bellin) und LV Berlin, das Technische Hilfswerk LV Hamburg (Bau von Ponton-Fähren zur Be- und Entladung mit Fahrzeugen des DRK). Im Stabsrahmenteil wirkten mit das DRK-Generalsekretariat sowie die DRK-Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-Oldenburg, Rheinland-Pfalz und Südbaden. Gesamtleitender war Bernd Hoffmann, Katastrophenschutzbeauftragter des Deutschen Roten Kreuzes. boe

Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger:

„Schutz der Bürger vor Gefahren gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates“

Verleihung der Ehrennadel des Bundesverbandes für den Selbstschutz an den Präsidenten des Deutschen Bundestages

„Der Zivilschutz ist ein Teil des umfassenden Vorsorge- und Hilfeleistungssystems gegen Risiken, Gefahren und Katastrophen. Aber: Zivilschutz ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, hier ist vielmehr jeder von uns gefordert! Zivilschutz ist nicht etwas, was man anonymen Organisationen überlassen kann, er beginnt im eigenen Haus, vor der eigenen Tür.“ Mit diesen Worten appellierte der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger (CDU), an die zahlreichen Gäste, die am 5. Juni 1987 zu einem kleinen Festakt im Landratsamt Schwäbisch Hall zusammengekommen waren.

Der Anlaß: Dr. Jenninger nahm die ihm vom Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), Oberbürgermeister Gerhard Widder, verliehene Ehrennadel des Verbandes entgegen. Mit dieser Auszeichnung wollte der BVS dem Bundestagspräsidenten für sein Engagement zur Förderung des humanitären Gedankens des Schutzes und der Hilfe für den Bürger danken.

Der Landrat des Landkreises Schwäbisch Hall, Dr. Roland Biser, begrüßte als Hausherr die Gäste, darunter Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, Kreis- und Stadträte sowie Repräsentanten der Wirtschaft und der Behörden. Dr. Biser hob die Bedeutung vorbeugender Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung hervor und dankte dem Bundestagspräsidenten dafür, daß er sich als Wahlkreisabgeordneter persönlich wiederholt dafür eingesetzt hat, den Katastrophenschutz in dieser Region auszubauen.

Hilfe für den Bürger

Der Direktor des BVS, Helmut Schuch, unterstrich in seiner Laudatio für Dr. Jenninger die Bedeutung der staatlichen Vorsorge und der ergänzenden Eigenhilfe des Bürgers: „Das Gemeinwesen kann und muß für die Risiken vorsorgen, gegen die sich der einzelne selbst nicht schützen

Bundestagspräsident Dr. Philipp Jenninger (rechts) nahm die Ehrennadel des Bundesverbandes für den Selbstschutz entgegen, BVS-Direktor Helmut Schuch (links) überreichte die Auszeichnung. Im Hintergrund Wolfgang Raach, Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg.



kann. Dies geschieht im Rahmen der äußeren Sicherheit durch die Fähigkeit, den Frieden in Freiheit zu bewahren, dies geschieht im Innern angesichts der Katastrophe und technischen Großunglücke der letzten Jahre — ich nenne nur beispielhaft Seveso, Bhopal, Tschernobyl und Sandoz — durch einen gut ausgestatteten und ausgebildeten Katastrophen- und Zivilschutz. Schon hier ist der Gesetzgeber auf das freiwillige, ehrenamtliche Mitwirken der vielen tausend Helfer angewiesen, ohne die ein solches System nicht funktionieren kann.

Bei den Notfällen des Alltags sind wir gewohnt, daß Rettungsdienst und Feuerwehren rund um die Uhr, an jedem Ort, schnelle und qualifizierte Hilfe bringen. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben — der Bürger kann nicht abseits stehen und hoffen, daß alles für seine persönliche Sicherheit bereits getan ist. Selbst- und Nachbarschaftshilfe sind die Grundlagen, die das System der öffentlichen Hilfe durch individuelle Vorsorgemaßnahmen abrunden bzw. noch effizienter gestalten.

Was heißt das konkret? In den ersten Minuten nach Eintritt eines Schadens sind die Betroffenen und Helfer zunächst auf sich allein gestellt, ehe die weiteren Glieder der Rettungskette eingreifen können. Um diese

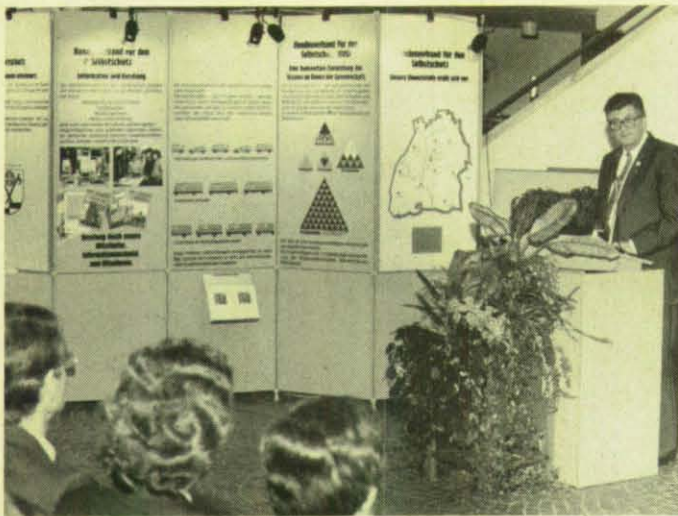
Zeit zu überbrücken und durch vielleicht lebensrettende Maßnahmen zu nutzen, ist jeder Bürger aufgefordert, Hilfe zu leisten. Hilfe aber kann nur der leisten, der Helfen gelernt hat.

Der Staat und die zur Hilfe Berufenen müssen also einen Partner finden — den Bürger. Und hier setzt die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz ein; wir bemühen uns — nicht nur, weil es nun einmal unser gesetzlicher Auftrag ist, sondern weil wir von der Notwendigkeit der Selbsthilfe überzeugt sind — den Bürger zur Vorsorge und Hilfe zu befähigen.“

Dank für die Unterstützung

An den Präsidenten des Deutschen Bundestages gewandt, erklärte Schuch: „Die dargestellte Aufgabe des BVS ist kein Bereich, der unbedingt im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht. Dieser Umstand hat vielerlei Gründe, der wichtigste ist wohl, daß niemand sich gern an mögliche Gefahren, Not und Leid gemahnen läßt. So ist auch der BVS darauf angewiesen, daß seine Arbeit öffentlich unterstützt wird ...“

Wir sind Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Jenninger, deshalb besonders dankbar, daß Sie sich in Ihrem hohen Amt mit Nachdruck



Dr. Jenninger stellte in seiner Ansprache fest: „Wir sind aufgefordert, uns mehr und verstärkt für den Zivil- und Selbstschutz einzusetzen.“



Im Gespräch (von links): Bundestagspräsident Dr. Jenninger, der Landrat des Kreises Schwäbisch Hall, Dr. Biser; BVS-Direktor Schuch und Landesstellenleiter Raach.

der Förderung des humanitären Gedankens des Schutzes und der Hilfe für den Bürger angenommen und als Gebot der Menschlichkeit herausgestellt haben. Sie haben unser Anliegen mit großem Verständnis gefördert in dem Bewußtsein, daß das einheitliche System der Hilfe in Notsituationen den demokratischen Forderungen entspricht und unabdingbar notwendig ist. Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis für die Verbesserung der Arbeit des BVS haben wir alle dankbar zur Kenntnis genommen . . .“

Eigenverantwortung und Eigeninitiative

Bundestagspräsident Dr. Jenninger ging in seiner Ansprache vor allem auf die Eigeninitiative des Bürgers ein: „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung: nicht nur, weil auch ich ein Anhänger des Gedankens des Selbstschutzes bin, sondern vor allem, weil ich den Selbstschutz — wie die Selbsthilfe allgemein — als elementares Gestaltungsprinzip unseres Staates betrachte . . .“



Die Feierstunde im Landratsamt Schwäbisch Hall, zu der sich zahlreiche prominente Gäste eingefunden hatten, wurde u. a. musikalisch umrahmt vom „Kleinen Siedershof“, einer Jugendgruppe in historischen Uniformen. (Fotos: Larsen)

Der Staat kann nicht alle Aufgaben übernehmen. Das ist weder gut für den Staat, noch für den Bürger. Zum einen wäre der Staat selbst hoffnungslos überfordert, wollte er alle anfallenden Aufgaben alleine erfüllen. Zum anderen wäre ein solcher Staat nichts anderes als ein anonymer Betreuungsstaat. Ein solcher Staat, der die Bürger allzuständig zu bevormunden sucht, verführt die Menschen u. a. dazu, ihn im Gegenzug als Selbstbedienungsladen zu mißbrauchen. Ein allzuständiger Staat wäre im Endergebnis eine Bedrohung für die Freiheit der Bürger, weil er deren Eigeninitiative und Eigenverantwortung ersticken würde.

Es kann daher also insgesamt nur von Vorteil sein, wenn der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichtet, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften ebenso gut oder besser erfüllen können. Was der Bürger alleine, in der Familie und in freiwilligem Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.“

Mehr für den Schutz und die Sicherheit tun

Abschließend erklärte Dr. Jenninger: „Jede Investition in den Zivilschutz unterstreicht die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigungsbereitschaft ebenso wie die Mittel, die wir für die Bundeswehr aufwenden. Es geht um Vorsorge für den Ernstfall, für Katastrophen in Friedenszeiten und für den Schutz der Bürger im Verteidigungsfall.“

Jede Mark für den Zivilschutz ist eine Mark für die Verteidigung unserer Demokratie und ein Beweis dafür, daß wir den Staat und die Ordnung, in der wir leben, für schutzwürdig und verteidigungswert erachten.

Frieden, Freiheit und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Wir alle sind daher zu unserem eigenen Schutz, zu unserer eigenen Sicherheit, wie auch zum Schutz und zur Sicherheit des Staates, aufgefordert, uns mehr und verstärkt für den Zivil- und den Selbstschutz einzusetzen.“

Information durch den BVS

Die Feierstunde wurde musikalisch umrahmt von einem Gitarrenensemble der Städtischen Jugendmusikschule Schwäbisch Hall sowie dem „Kleinen Siedershof“, einer Jugendgruppe, die in historischen Kostümen an die alte Tradition der Stadt als Salzsieder-Zentrum erinnert. Die BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall mit Dienststellenleiter Grab an der Spitze hatten wie die Mitarbeiter der Zivilschutz-Ausstellung des Verbandes dafür gesorgt, daß die Gäste zugleich Gelegenheit hatten, sich über die Thematik des Verbandes in Wort und Schrift zu informieren.

Staatssekretär Dr. Clausen:

Der Staat muß den Zivilschutz bejahen

Arbeitstagung der Helfervertretung des BVS auf Bundes- und Landesebene

„Die Glaubwürdigkeit einer jeden Aufgabe beruht nicht allein auf der Überzeugungskraft ihrer theoretischen Begründung. Sie steht und fällt vielmehr auch mit dem Engagement derjenigen, die sie tragen.“ Diese Feststellung traf der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Oberbürgermeister Gerhard Widder, in einem Grußwort an die Helfervertretung des BVS auf Bundes- und Landesebene, die in Harrislee bei Flensburg zusammengetreten war.

Zu dieser Arbeitstagung konnte Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke als hohen Gast Staatssekretär Dr. Wolfgang Clausen aus dem schleswig-holsteinischen Kultusministerium begrüßen, der



Staatssekretär Dr. Clausen betonte, daß die Aufgabe des Zivilschutzes ohne den Einsatz der ehrenamtlichen Helfer nicht zu erfüllen sei.



Sektionschef Thomsen gab den Besuchern einen Überblick über die Ausbildungsstätte des dänischen Zivilschutzes. (Fotos: Finken)

diese Veranstaltung zum Anlaß nahm, das Interesse der Landesregierung an einem funktionsfähigen Selbstschutz zu unterstreichen. Dr. Clausen gab zu bedenken, daß kein Politiker es verantworten kann zu sagen, wir können vor einem militärischen Konflikt ganz sicher sein. „Der Staat muß daher den Zivilschutz bejahen“, so Dr. Clausen.

In diesem Zusammenhang hob er den Mut der ehrenamtlichen Helfer hervor, die sich uneigennützig für den Dienst am Nächsten zur Verfügung stellen. „Unser System der Rettung in Unglücks-, Not- und Katastrophenfällen ist ohne das ehrenamtliche und freiwillige Engagement von Tausenden von Helfern nicht vorstellbar.“

BVS-Direktor Schuch betonte bei seinen Begrüßungsworten die Notwendigkeit

derartiger Zusammenkünfte der Helfervertretung und bezog Stellung zu aktuellen Fragen der Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit und zu Fragen der Entschädigung der ehrenamtlichen Helfer, die anschließend lebhaft diskutiert wurden.

Im Rahmen der Tagung folgten die Teilnehmer auch einer Einladung der dänischen Zivilschutzschule in Tingleff, ausgesprochen vom Sektionschef Ib Thomsen, Leiter dieser beachtenswerten Einrichtung des dänischen Zivilschutzes. Nach der Begrüßung durch Schulleiter Thomsen sahen die deutschen Besucher eine Ausbildungsstätte, die in ihrer Großzügigkeit, vorbildlich ist. Allein das Areal erlaubte den Nachbau zweier kompletter Dörfer mit überzeugend echten Straßenzügen, die realistische Übungen zulassen.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Münster. Hohe Auszeichnung für den langjährigen ehren- und hauptamtlichen BVS-Mitarbeiter Wilhelm Lübke. Der 72jährige, der trotz seines Alters noch einen Selbstschutz-Wohnbereich mit rund 10 000 Bürgern in Münster betreut, erhielt das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Auszeichnung wurde ihm im traditionsreichen Friedenssaal des Rathauses der Stadt Münster durch Bürgermeister Heinz Lichtenfeld überreicht. Lübke, so würdigte Lichtenfeld den Geehrten, habe sich durch seinen Einsatz für die Belange des Zivil- und Katastrophenschutzes große Verdienste erworben.

Zunächst ehrenamtlicher Mitarbeiter im damaligen Bundesluftschutzverband wurde Lübke 1965 hauptamtlicher Mitarbeiter des BVS. Dem folgte von 1979 bis 1986 die Tätigkeit als ehrenamtlicher Helfer des Verbandes. Seit 1981 ist Lübke Selbstschutzberater der Stadt Münster und damit Ansprechpartner für Verwaltung und Bürger in allen Fragen des Zivilschutzes.

Lübke hat sich schließlich auch als Kommunalpolitiker in Haltern (1952 bis 1961) und als Mitglied mehrerer Fachausschüsse sowie als Vorsitzender des Vertriebenenbeirates einen Namen gemacht. Engagement bewies er auch als Leiter der Gemeinde Münster der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft.

Welcher Wertschätzung Lübke sich im öffentlichen Leben erfreut, zeigte sich auch an der großen Zahl der Gäste, die aus Anlaß der Ehrung in den Friedenssaal gekommen waren.



Hohe Ehrung für Wilhelm Lübke.

Die Bürger zeigten großes Interesse an den Ausstellungen.
(Foto: Micheel)



Borken. Information — Beratung — Unterrichtung in allen Selbstschutzfragen waren das Ziel von Selbstschutztagen in der Kreisstadt Borken. Eingeladene hatte die Stadt Borken in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Coesfeld.

Schwerpunkte der Aktion „Selbstschutz — Ihre Sicherheit“ waren die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ sowie weitere Ausstellungen im Rathaus, in der Kreissparkasse und in der Volksbank.

Im Laufe der Veranstaltungstage besuchten zahlreiche Bürger die Ausstellungen. Sie zeigten großes Interesse an Selbstschutz- und Zivilschutzfragen sowie am Schutzraumbau. Besonders junge Menschen waren beeindruckt von der Thematik. Einige Schulklassen, die mit ihren Lehrern gekommen waren, wollen demnächst an Selbstschutz-Grundlehrgängen teilnehmen.

Dortmund. BVS-Mitarbeiter informierten als Ergänzung zu einer BVS-Ausstellung die Kunden von Lebensmittelabteilungen in Kaufhäusern und Verbrauchermärkten über einen Lebensmittel-Notvorrat. Die Resonanz war groß. In vielen Gesprächen konnten dabei auch Vorurteile über den Selbstschutz abgebaut und Hinweise für das Zusammen-

wirken von Bürger und Staat im Zivilschutz gegeben werden.

Zahlreiche Bürger zeigten sich von der Arbeit des BVS und seinen Zielen beeindruckt. So konnte die Dienststelle inzwischen ein gesteigertes Interesse an Informationsveranstaltungen des BVS in Dortmund beobachten.

Hessenspiegel

Wiesbaden. In einer kleinen Feierstunde verabschiedete BVS-Landesstellenleiter Straube die langjährige Mitarbeiterin Hannelore Donecker in den Ruhestand und überreichte ihr die Dankurkunde.

1965 begann Frau Donecker ihre hauptamtliche Tätigkeit bei der Landesstelle Hessen des damaligen BLSV. Zunächst nahm sie die Aufgaben einer Hilfssachbearbeiterin im Fachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“ wahr. Später übernahm sie auf eigenen Wunsch die Stelle einer Bürohilfskraft.

Bereits 1982 feierte Frau Donecker ihr 25jähriges Dienstjubiläum.

Hannelore Donecker hat die ihr übertragenen Aufgaben stets engagiert, in aufgeschlossener und freundlicher Weise erledigt.

Auch die Kolleginnen und Kollegen sowie der Personalrat bedankten sich für



Landesstellenleiter Straube dankte Hannelore Donecker für ihren jahrelangen Einsatz.

die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit und wünschten der Scheidenden noch schöne Jahre im Ruhestand.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Koblenz. Die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ wurde im Rhein-Lahn-Kreis gezeigt. Die Schirmherrschaft hatte Landrat Gerd Danco übernommen. In Vertretung des Landrates eröffnete 1. Kreisdeputierter Wilhelm Schmidt die Ausstellung.



Dienststellenleiter Neuland bei der Eröffnung der Ausstellung „Zivilschutz“.

Im Rahmen der Veranstaltung stellte BVS-Dienststellenleiter Neuland die neue BVS-Beauftragte des Rhein-Lahn-Kreises, Lydia Promies, der Öffentlichkeit vor.

Während der Ausstellung wurde eine Informationsveranstaltung für Behörden-selbstschutzleiter und die Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden durchgeführt.

Koblenz. Der Leiter der FAAS I der BVS-Dienststelle Koblenz, Peter Echterbroch, konnte auf eine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicken.

Echterbroch begann 1962 bei der Berufsfeuerwehr der Bundeswehr. Im Mai 1973 wechselte er zur BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz über. Seine Aufgabe als Mitarbeiter der Fahrbaren Schule und der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung führte ihn durch ganz Rheinland-Pfalz. Zahlreiche Kontakte zu Behörden entstanden in dieser Zeit.

Seit 1979 ist Echterbroch in Koblenz Leiter der FAAS.

Saarland-Rundschau

Neunkirchen. BVS-Mitarbeiter Peter Weirich hielt anlässlich eines „Verteidigungs-

politischen Seminars“ des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, Kreisgruppe Saarland-Ost, in Neunkirchen-Furpach vor rund 50 Teilnehmern ein Referat zum Thema „Zivilschutz — eine humanitäre Aufgabe“.

Zu den Seminarteilnehmern zählten u. a. Regierungsdirektor Dillenburg vom saarländischen Innenministerium, Verteidigungskreiskommandeur Oberstleutnant Schneider, der stv. Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos, Oberstleutnant Schaeper, der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes St. Wendel,

Dr. Lothar Schreiber, und der stv. Landesvorsitzende des Reservistenverbandes, Major d. R. Horst Feld.

Im Verlauf des Seminars sprach Bundestagsabgeordneter Johannes Ganz (CDU), Mitglied des Verteidigungsausschusses, zum Thema „Verteidigungspolitik der Bundesregierung in den 90er Jahren“. Joachim Heintz, Mitglied im sicherheitspolitischen Ausschuß der SPD, referierte über die „Sicherheitspolitische Diskussion in der SPD“.



Minister Lang trägt sich am BVS-Stand in das Gästebuch ein. (Foto: Fröhlich)

Bayern heute

Ansbach. Die Fachberater für Sicherheitserziehung im Stadt- und Landkreis Ansbach, Hans-Ludwig Rottermann und Gerhard Beyer, sorgten dafür, daß die Sicherheitsbeauftragten und Verkehrslehrer an den Volksschulen und Schulen für Behinderte sich durch den BVS in zwei Themenbereichen informieren und ausbilden ließen.

Ein Referat „Selbstschutz — Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers als wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“ gab den 64 Teilnehmern Einblick in die Notwendigkeit des Zivilschutzes.

Mit einem Fortbildungslehrgang „Brandschutz“ konnten die Erfahrungen aus den vorangegangenen Lehrgängen gefestigt und erweitert werden. Dabei kam insbesondere die Aufgabe des Brand-schutzes in den Schulen zur Sprache.

Bayreuth. Die Oberfrankenausstellung „OFRA '87“ in Bayreuth ist eine der größten bayerischen Messen dieser Art. In diesem Jahr besuchten an zehn Veranstaltungstagen über 80 000 Interessenten die Ausstellung.

Zur Eröffnung hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden, die beim Rundgang durch die Hallen auch den BVS-Stand besuchten. Prominentester Besucher beim BVS war der Bayerische Staatsminister des Innern, Gustl Lang, der sich bei den BVS-Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedankte und dies im Gästebuch zu Papier brachte. Weitere Gäste am BVS-Stand waren Staatssekretär Simon Nüssel, Regierungspräsident Wolfgang Winkler, Bundestagsabgeordneter Ortwin Lowack, Oberbürgermeister Hans Walter Wild, Bayreuth, und der Landrat des Kreises Bayreuth, Dr. Klaus Günter Dietel.



Brückenbau für äthiopische Flüchtlinge

Das THW im humanitären Einsatz

Einsatzleiter Richard von Hazebrouck berichtet

Im Oktober 1986 bat der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) die Bundesregierung im Rahmen der Humanitären Hilfe um Unterstützung bei der freiwilligen Rückführung äthiopischer Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern bei Lugh im äußersten Südwesten Somalias in die äthiopische Provinz Sidamo. Damit sollte zehn Jahre nach Beginn des somalisch/äthiopischen Krieges 1977/78 einer größeren Anzahl von äthiopischen Flüchtlingen die Heimkehr in ihre Heimat ermöglicht werden.

Auf Bitten des UNHCR beauftragte das Auswärtige Amt die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zunächst mit der fachlichen Beurteilung, inwieweit eine zerstörte Brücke wieder aufgebaut bzw. unter welchen Voraussetzungen eine neue Brücke errichtet werden könne.

Erste Beurteilung

Am 24. 10. 1986 flogen Dipl.-Ing. Wolfgang Ertel, Orts- und Kreisbeauftragter aus Müllheim/Baden, der Brückenbauerleiter des OV Müllheim, (Stadtbaumeister) Wetzels und der Einsatzleiter von Frankfurt nach Addis Abeba. In Begleitung des Beauftragten der äthiopischen Regierung, Jaret Mulatu, und des UNHCR-Vertreters Saikou Saidi fuhr das Team mit Geländewagen 1 500 km durch z. T. unwegsames Gelände nach Dolo Odo im Süden Äthiopiens und passierte dabei ein etwa 400 km breites militärisches Sperrgebiet.

Von Dolo Odo aus marschierte das Team — deutlich sichtbar die deutsche sowie die UN-Fahne schwenkend — 2,5 km bis zum Grenzfluß Dawa; dabei wurde eine von den Äthiopiern zur Ver-

fügung gestellte Planierraupe zur Räumung des Geländes eingesetzt. Am Grenzfluß kam es zu freundschaftlichem Sicht- und Rufkontakt mit somalischen Soldaten — bemerkenswert insofern, als dieses äthiopische Grenzgebiet letztmalig vor zehn Jahren von Ausländern betreten wurde.

Nach Abschluß der erforderlichen Vermessungsarbeiten für den beabsichtigten Brückenschlag begab sich das Erkundungsteam in das 37 km entfernte kenianische Mandera — wobei der Grenzübertritt über den Dawas mittels eines Faßfloßes erfolgte.

Von Mandera aus fuhr das Team in den somalischen Grenzort Dolo Gedo, um die entsprechenden Erkundungsmaßnahmen auf somalischer Seite durchzuführen. Dabei wurde das THW-Team vom Beauftragten des UNHCR, Derek Davies, und von Vertretern der somalischen Regierung begleitet.

Hervorragende Voraussetzungen

Nach Ankunft in Mogadishu (500 km Geländefahrt) berichteten die THW-Spezialisten dem Deutschen Botschafter, Steffen Rudolph, sowie dem UNHCR-Chef, Matsomoto:

- Aus der vorgefundenen zerstörten Ponton-Brücke ist ein behelfsmäßiger Übergang — bei Zulieferung von Material aus der Bundesrepublik — kurzfristig zu erstellen.
- Die Voraussetzungen für den Bau einer neuen Brücke (Bailey-Brücke) sind als hervorragend zu bezeichnen, da die erforderlichen Fundamente auf beiden Flußseiten bereits vorhanden und in gutem Zustand

sind (Baujahr 1975) und auf äthiopischer Seite ein Vorbauschnabel und Hilfsgeräte wie Winden, Hebegerät und Rollen existieren.

Als primäre Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf machte das THW-Team die Schaffung einer entmilitarisierten Zone von ca. 100 m Umkreis um beide Brückenwiderlager unter Aufsicht der Vereinten Nationen zur Bedingung.

Als möglicher Standort für das Hauptlager des THW-Einsatzteams wurde aufgrund logistischer Gegebenheiten Dolo Odo auf äthiopischer Seite bestimmt.

Am 3. November 1986 kehrte das THW-Erkundungsteam nach Deutschland zurück und unterrichtete die THW-Leitung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern über das Erkundungsergebnis.

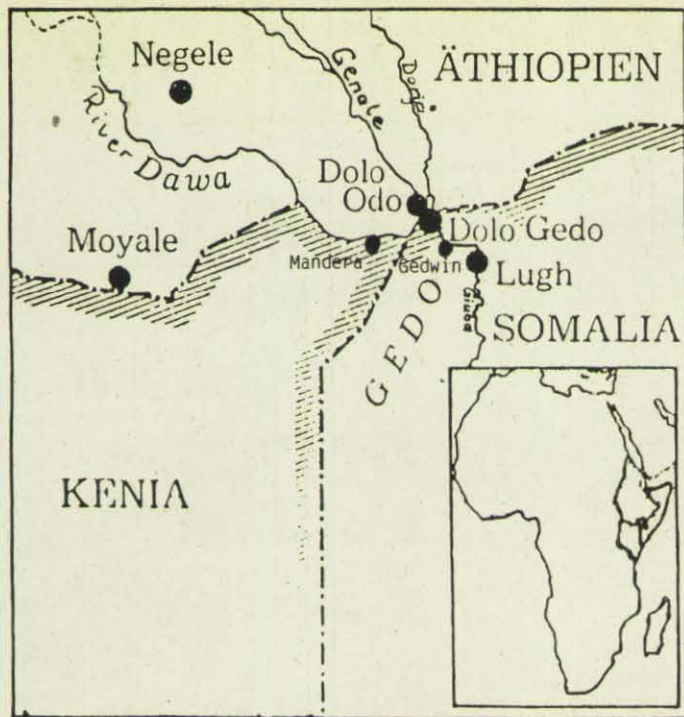
Damit die von den Vereinten Nationen mit Somalia und Äthiopien vereinbarten und terminierten Repatriierungsbewegungen ohne Verzögerungen anlaufen konnten, entschiedenes Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Innern, als Interimslösung zunächst eine Fußgänger-Pontonbrücke über den Grenzfluß Dawa durch das THW bauen zu lassen.

Kurzfristiger Einsatz

Bereits zwei Wochen später, am Freitag, dem 14. 11. 1986, flog eine neunköpfige Einsatzmannschaft des THW nach Mogadishu. Diesem kurzfristigen Einsatz gingen detaillierte Vorbereitungen, die ergänzenden Beschaffungsmaßnahmen zum Bau der Pontonbrücke, Verpackung und Transport der umfangreichen Einsatzausstattung zum Rhein-Main-Flughafen durch die Bediensteten des THW-GFB Mannheim voraus.

Am Samstag, dem 15. 11. 1986, traf die Frachtmaschine mit dem Einsatzmaterial in Mogadishu ein. Da die zugesagten Transport-LKW nebst Fahrern nicht verfügbar waren, setzten sich die THW-Helfer selbst ans Steuer von kleinen, geländefähigen Lieferwagen (Pick-Up's), die vom UNHCR bereitgestellt wurden, um — in Begleitung des UNHCR-Vertreter Davies — das Material zum 500 km entfernten Einsatzort Dolo zu transportieren.

Am 20. 11. 1986 traf die THW-Mannschaft schließlich am Einsatzort Dolo Gredo auf somalischer Seite des Grenzflusses Dawa ein. Zunächst wurde das Camp-Material in einem mitgeführten



Der Einsatzort des THW lag im äußersten Südwesten Somalias an der Grenze zur äthiopischen Provinz Sidamo.

Boot auf äthiopisches Ufer übergesetzt und das THW-Basislager im 2,5 km entfernten Dolo Odo eingerichtet. Am Abend erfolgte eine freundliche Begrüßung durch äthiopische Offizielle.

Am nächsten Tag wurde vom THW-Einsatzteam eine entmilitarisierte Zone um die Baustellen auf beiden Seiten des Flusses herum abgesteckt und mit deutschen, UN- und THW-Fahnen deutlich sichtbar markiert. Mit je zehn somalischen und äthiopischen Hilfskräften wurden auf beiden Uferseiten zunächst Stacheldrahtverhaue, Dornenhecken und Teile der Stellungen beseitigt.

Unerwartete Störung

Am Nachmittag wurde von einer somalischen Militärdelegation — bis zum Eintreffen weiterer Weisungen aus Mogadishu — der Grenzübertritt in das Basislager auf äthiopischer Seite untersagt.

Mittels dreier vorsorglich mitgebrachter Zelte wurde ein Notquartier aufgebaut, der im Basislager verbliebene Koch versuchte die Mannschaft per Boot mit dem Notwendigsten zu versorgen. Es war allerdings kein Trinkwasser vorhanden — bei bis zu 55 ° Hitze; das Notlager war nicht geschützt gegen Insekten und Schlangen, die Helfer schliefen auf Luftmatratzen auf dem Boden. Schwere Regenfälle verschärften die Situation. Erst nach vier Tagen ermöglichte eine per Kurierflug aus Mogadishu überbrachte Sondergenehmigung die Rückkehr ins THW-Basislager auf äthiopischer Seite.

Unabhängig davon wurden am 22. 11. 1986 die Arbeiten an der Pontonbrücke

auf somalischer Seite aufgenommen. Da bei einem Ponton (Gewicht 3,5 t) die Bodenbleche aufgrund unsachgemäßer Lagerung so durchgerostet waren, daß es sofort sank, mußte die Brücke neu durchkonstruiert und entsprechend geändert werden. Geeignetes Material, wie z. B. Stahlträger wurden aus somalischen und äthiopischen Stellungen ausgebaut. Bei allen Pontons mußten durch Geschosseinwirkungen entstandene Löcher und Risse geschweißt werden.

Fünf Tage Bauzeit

Nach nur fünf Tagen wurde die Brücke fertiggestellt: 50 m lang, 2 m breit, bestehend aus fünf vorhandenen Pontons und einem Oberbau aus vorgefundenen Trägern und Holz aus dem UNHCR-Schulbauprogramm, verankert ober- und unterstrom durch Stahl- und Halteseile, mit aufgeschütteten Zu- und Abgängen.

Die Übergabe an den UNHCR sowie somalische und äthiopische Regierungsvertreter erfolgte am Mittwoch, dem 26. 11. 1986. Ein erster Flüchtlingskonvoi von 50 äthiopischen Familien konnte am 4. Dezember 1986 die Brücke in Richtung Heimat passieren. Insgesamt haben ca. 2 500 Flüchtlinge die Pontonbrücke passiert; weitere 40 000 Flüchtlinge aus den südwestlichen Lagern Somalias haben dem Vernehmen nach ihren Wunsch nach Rückkehr in ihre Heimat bekundet.

In den folgenden Wochen gestalteten sich die Verhandlungen der Vereinten Nationen mit der somalischen und äthiopischen Regierung, den provisori-

schen Grenzübergang durch eine Brücke zu ersetzen, als zunehmend schwierig.

Auf Bitten des UNHCR wurde das THW nunmehr vom Auswärtigen Amt mit der Planung eines dauerhafteren, hochwassersicheren Übergangs als Ersatz für die einfache Pontonbrücke beauftragt.

Das Planungsteam des THW unter Leitung von Dipl.-Ing. Ertel entschied sich für den Bau einer Fußgänger-Hängebrücke mit einer durchschnittlichen Breite von 1,50 m, mit sechs Meter hohen Portalen aus bis zu 40 cm starken Rundhölzern und einer Gesamtlänge von 56 m incl. der Auf- und Abgänge der Brücke, mit einer Spezialimprägnierung mit 4facher Sicherheit berechnet, mit Spezial-Tragseilen von 100 m Länge.

Nach umfangreichen Beschaffungsmaßnahmen und Sonderanfertigungen wurde die komplette Brücke zunächst beim OV Müllheim probeweise aufgebaut, um die einzelnen Teile zu kennzeichnen und sie dann fachmännisch zerlegt und transportfähig verpackt auf die Reise zu schicken.

Neuer Auftrag

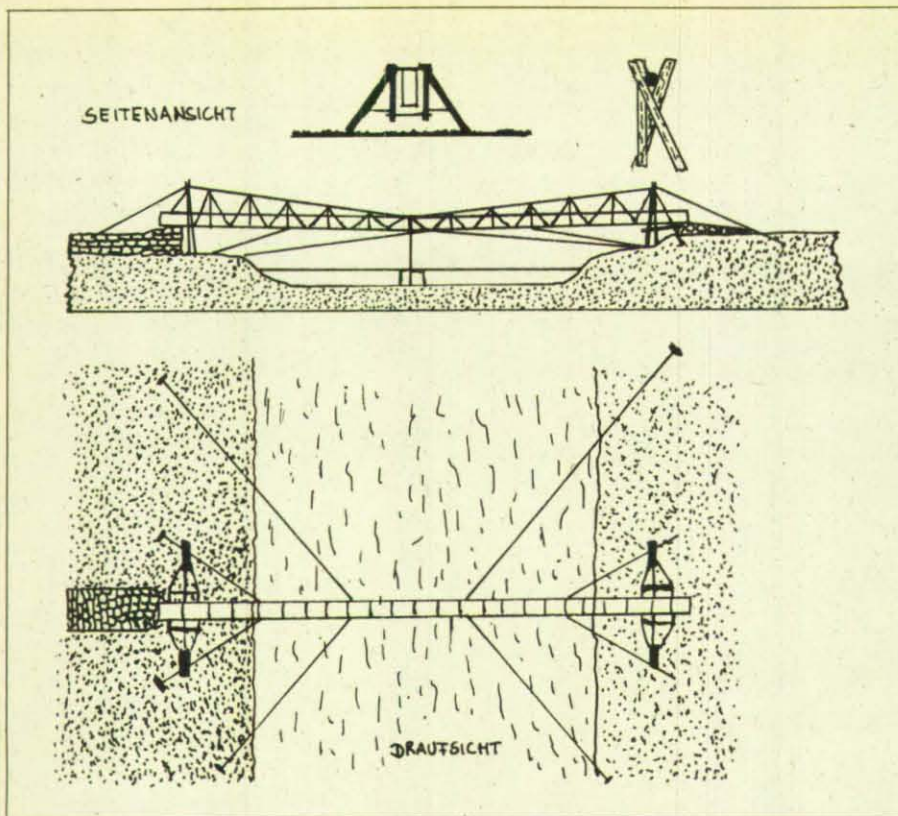
Am 18. 4. 1987 (Ostersamstag) wurde Material im Gesamtgewicht von 15 t, in einer Frachtmaschine von drei Einsatzkräften begleitet, nach Mogadishu geflogen.

Der Flug führte über Kano (Nigeria) und — unplanmäßig — über Entebbe (Uganda), wo das THW-Vorauskommando einen Tag lang helfen mußte, die Gesamtfracht von 42 t aus- und umzuladen, um einen halbwegs termingerechten Weiterflug nach Mogadishu zu ermöglichen.

Am Ostermontag folgte das Einsatzteam, bestehend aus acht Brückenbauexperten des OV Müllheim. Die komplette Brücke sowie das Einsatzmaterial wurden auf LKW verlastet; in Begleitung von UNHCR-Vertretern begab sich der Konvoi über z. T. verheerende Pisten in Richtung Dolo.

Am 24. 4. 1987, konnten die eigentlichen Bauarbeiten aufgenommen werden; das THW-Basislager wurde wiederum auf äthiopischer Seite errichtet.

Das eingespielte THW-Team — tatkräftig unterstützt von 24 somalischen und 15 äthiopischen Helfern — konnte die Hängebrücke in nur fünf Tagen — rechtzeitig vor Beginn der bevorstehenden Regenzeit — errichten. Parallel dazu wurde die bisherige Pontonbrücke demontiert, die Pontons auf einer eigens dafür gebauten Rampe aus dem



Die Konstruktion der neuerbauten Brücke über den Dawa.

Fluß gezogen, die Stahlträger wieder ordnungsgemäß gelagert und die Holzteile entragt dem UNHCR-Schulbauprogramm zurückgegeben.

Tropische Temperaturen

Bei den Arbeiten hatten die Einsatzkräfte bei hartem körperlichem Einsatz die für sie ungewohnten klimatischen Bedingungen mit Temperaturen von bis zu 55 °C zu bewältigen.

Noch während der Bauzeit wurde der Grenzübergang von hochrangigen Vertretern beider Länder sowie von Vertretern des UNHCR Mogadishu und Addis Abeba und dem Deutschen Botschafter in Mogadishu besichtigt.

Freundschaftliche Beziehungen ergaben sich auch zur Zivilbevölkerung beider Länder; so wurde z. B. aus dem 400 km entfernten äthiopischen Negele ein Theater nach Dolo Odo gebracht, um einen vom Gouverneur der Provinz organisierten äthiopischen Abend für das deutsche Team mitzugestalten. Die THW-Helfer revanchierten sich mit aus Deutschland mitgebrachten Gastgeschenken vor allem für die Kinder beider Grenzorte.

Am Donnerstag, dem 30. 4. 1987, wurde die Brücke im Beisein des Deutschen Botschafters Rudolph, des somalischen Flüchtlingsministers Tara sowie der Gouverneure der benachbarten Provinzen beider Länder an den Chef

des UNHCR Mogadishu, Matsomoto, übergeben.

Bereits am 5. 5. 1987 konnte ein erster Flüchtlingskonvoi mit über 200 Äthiopiern die Brücke passieren.

Nach getaner Arbeit zurück

Nach Abschluß der Arbeiten kehrte das Team über Lugh und Mogadishu nach Deutschland zurück und wurde am 4. 5. 1987 am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen vom THW-Landesbeauftragten für Baden-Württemberg, Göbel, in Empfang genommen.

Die offizielle Begrüßung erfolgte am Donnerstag, dem 7. 5. 1987, in Mühlheim durch die Vertreter des Bundesministeriums des Innern, Dr. Ammermüller und Tietmann, sowie durch den Direktor der Bundesanstalt THW, Henkel, der den Helfern das Abzeichen für Humanitäre Hilfe im Ausland als Dank und Anerkennung verlieh.

Nach Abschluß des Gesamtprojekts gebührt der Dank der Einsatzmannschaft des THW für die beispielhafte Kooperation den einheimischen Helfern beider afrikanischer Länder, den örtlichen Behörden Äthiopiens und Somalias, dem Botschafter und seinen Mitarbeitern, den Angehörigen des UNHCR Mogadishu und Addis Abeba, dem NRC (National Refugee Commission Somalia), dem RRC (Relief and Rehabilitation Commission Ethiopia) und dem FAI (Fondo Aiuti Italiani).

„Für diesen wertvollen Beitrag zutiefst dankbar“

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, J. P. Hocké, hat in einer persönlichen Nachricht an den Bundesminister des Auswärtigen für die Errichtung einer Pontonbrücke und einer Fußgängerhängebrücke in Somalia durch das THW gedankt. Er führt u. a. aus:

„Ich möchte Ihrer Regierung meinen tiefempfundenen Dank für die hervorragende Arbeit aussprechen, die das Technische Hilfswerk kürzlich im somali-äthiopischen Grenzgebiet abgeschlossen hat. Durch die erfolgreiche Errichtung einer Fußgängerhängebrücke über den Dawa-Fluß hat das THW tausenden von Flüchtlingen die freiwillige Rückkehr ermöglicht und damit der besten aller Lösungen des Flüchtlingsproblems den Weg gebahnt.

Nachdem diese Flüchtlinge während vieler Jahre unter der Obhut der internationalen Gemeinschaft in Somalia gelebt haben, können sie nunmehr in ihre Heimatdörfer in Äthiopien zurückkehren. Meine Mitarbeiter vor Ort haben die fachliche Kompetenz und das Engagement des THWs sowie die Bereitschaft unter schwierigsten Bedingungen zu arbeiten, äußerst geschätzt. Für diesen wertvollen Beitrag zu unserer humanitären Aufgabe bin ich zutiefst dankbar.“



THW-Informations- veranstaltung in Kiel

Kiel. Am 7. April 1987 wurde nach sechs Jahren in der Dienststelle des THW-Landesverbandes Schleswig-Holstein wieder eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Eingeladen waren Beamte des Bundesgrenzschutzes, BGS-Kommando Küste, an der Spitze der Kommandeur mit seinen Abteilungs-kommandeuren, der ZMZ-Offizier beim Territorialkommando Schleswig-Holstein sowie alle Kommandeure der Verteidigungskreiskommandos (VKK), der Leiter des Amtes „Zivilverteidigung und Katastrophenschutz“ des Landesinnenministeriums und ein Vertreter des Leiters des Schutzpolizeiamtes des Landes.

Nach Begrüßung der Gäste und einleitenden Worten durch THW-Landesbeauftragten Meier gaben der THW-Landes-sprecher, der Hauptsachgebietsleiter für Einsatz und Organisation und ein Mitarbeiter der Verwaltung jeweils aus ihrem Tätigkeitsbereich einen Überblick über die verschiedenen Aufgaben des THW.

Die Gäste wurden über Organisation, Stärke, Ausstattung und Gliederung sowie Ausbildung und Verwaltung des THW-Landesverbandes und Einbindung des THW in den erweiterten Katastrophenschutz informiert.

Wie groß das Interesse der inzwischen zumeist neuen Amtsträger bei BGS und Bundeswehr an den vorgetragenen Themen war, zeigten die interessierten Fragen. In der sich anschließenden Diskussion trugen zunächst die beteiligten Organisationen und Dienststellen ihre Aufgaben und Hilfsmöglichkeiten im Falle einer Katastrophe vor. So kann der Bundesgrenzschutz z. B. nur im Rahmen der Amtshilfe auf Anforderung der Länder tätig werden. Die Polizei hat

selbst keine Einsatzkräfte zur Katastrophenbekämpfung und muß sich auf Maßnahmen für die Sicherheit und Ordnung beschränken.

Die Bundeswehr wird von Hauptverwaltungsbeamten auch zur Mithilfe bei der Katastrophenabwehr herangezogen wie z. B. beim Eissprengen auf der Elbe in Hamburg im Januar 1987. Dies führte aber gelegentlich zu Überschneidungen mit dem Katastrophenschutz.

Vom Vertreter des Innenministeriums wurde die Lage nach der Atomkraftwerksexplosion von Tschernobyl im April 1986 und die Entwicklung danach vorgetragen.

Die Veranstaltung wurde von allen als sinnvolle Ergänzung ihres Wissensstandes gewertet, und man bedankte sich für die vom THW-Landesverband ergriffene Initiative. W. B.

Hamburg



Bezirksbeauftragter Siebert verabschiedet

Hamburg. Einer der ältesten noch aktiven Bezirksbeauftragten im THW legte kürzlich die Verantwortung in jüngere Hände. Erwin Siebert, ein Mann der ersten Stunde, war noch im Alter von 75 Jahren mit der Führung des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte beauftragt. Bis zum Schluß war er aktiv und unermüdlich für alle Belange seines Bezirksverbandes im Einsatz. Für die jungen Helfer war er stets ein Vorbild.

Zahlreiche Auszeichnungen wie das THW-Ehrenzeichen in Gold und das Bundesverdienstkreuz waren die äußere Anerkennung für die gezeigten Leistungen. Bevor Siebert ehrenamtlicher Bezirksbeauftragter wurde, hatte er als Hauptsachgebietsleiter Ausbildung im Landesverband gewirkt. Nicht zuletzt die dort erworbene langjährige Erfah-



Symbolisch in Form eines Schlüssels übergibt Erwin Siebert die Führung des Bezirksverbandes an seinen Nachfolger Günter Tiemann. (Foto: Krüger)

rung ließ ihn auch die ehrenamtliche Aufgabe wirkungsvoll bewältigen.

Der Referatsleiter THW 6 im BZS, Oberregierungsrat Junga, dankte Siebert für die geleistete Arbeit. Zahlreiche Vertreter von Verwaltung, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Feuerwehr und den Hilfsorganisationen waren zu der Feierstunde erschienen. Auch der Landesbeauftragte von Nordrhein-Westfalen, Drogies, und der Schulleiter der KSB-Außenstelle Hoya, Dr. Kassner, weilten unter den Gästen.

Siebert bedankte sich für die vielen guten Wünsche und bat alle, mit seinem Nachfolger Günter Tiemann genauso zum Wohle der Stadt und des THW zusammenzuarbeiten. A. K.

Winfried Plate 30 Jahre im THW

Hamburg. Am 23. Januar 1987 konnte THW-Bezirksbeauftragter Winfried Plate auf eine dreißigjährige ehrenamtliche Mitarbeit im THW zurückblicken. Anlässlich eines Jubiläumsempfangs zeichnete THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel den Jubilar mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.



Winfried Plate kann auf dreißig Jahre Mitarbeit im THW zurückblicken.

THW-Landesbeauftragter Meier bei der Begrüßung der Gäste. (Foto: Voß)



Viele Gäste waren zu der Ehrung erschienen, unter ihnen BZS-Präsident Hans-Georg Dusch, Ltd. Branddirektor Maximilian Puchner, der Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehren, Stahlbuhk, THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter sowie zahlreiche Wehrführer, Vertreter der Behörde für Inneres, dem Bezirksamt Nord, vieler befreundeter Hilfsorganisationen und den Patenschafts-THW-Ortsverbänden Büsum und Meldorf sowie alle THW-Bezirksbeauftragten und viele THW-Helfer.

Bremen



Auch das Fahren mit Einsatzfahrzeugen muß erlernt werden

Bremen. Am 16. Mai 1987 war es mal wieder soweit. Unter Leitung des Geschäftsführers Bremen-West und seinen Helfern, den hauptamtlichen Gerätewarten Peter Finke und Dieter Weber, fand für die Kraftfahrer und Reservekraftfahrer des Ortsverbandes Bremen-Schwachhausen die Kraftfahrer-Weiterbildung und Belehrung statt. Als erste Übung stand ein Kolonnenfahren bis Schwanewede auf dem Programm.

Auf dem Übungsgelände erwartete die Kraftfahrer dann erst der richtige Übungs-Parcours. Hier konnten sie dann beweisen, daß sie das Fahren mit den Einsatzfahrzeugen beherrschten.

H. S.

Nordrhein-Westfalen



Wasserwerk Lohmar unterstützt THW bei der Ausbildung

Siegburg. Seit ungefähr einem Jahr führt die Gas/Wasser-Gruppe des Technischen Hilfswerks des Rhein-Sieg-Kreises am Rohrnetz des Gemeindewasserwerkes Lohmar Ausbildung durch. Der Instandsetzungszug des THW Siegburg, der aus den drei Gruppen Elektro, Gas/Wasser und Abwasser/Ölschadensbekämpfung besteht, hat im Katastrophen- und Verteidigungsfall die Aufgabe, öffentliche Ver- und Entsorgungsleitungen instandzusetzen.

„Um diese Aufgabe wirkungsvoll zu bewältigen,“ so Markus Müske, der Zugführer des 1. Instandsetzungszuges Rhein-Sieg, „bedarf es unbedingt der praxisnahen Ausbildung und der Übung an genutzten Anlagen. Es besteht ein sehr großer Unterschied, ob eine Tätig-



Hau ruck — Die Ausbildung verlangt auch oftmals harten körperlichen Einsatz. (Foto: Müske)

keit an der Tafel besprochen wird oder ob sie real unter extremen Situationen ausgeführt werden muß.“ Hierzu gehören z. B. Arbeiten unter schwerem Atemschutz bei Gasaustritt oder das Abdichten einer Wasserversorgungsleitung.

„Probleme bei der Ausbildung bestehen darin, daß die öffentlichen Versorgungsunternehmen und deren Mitarbeiter bereit sein müssen, nach Feierabend und ohne Bezahlung die Helfer des THW auszubilden.“ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Helfer des THW ehrenamtlich im Katastrophenschutz tätig sind, aus verschiedenen Berufen kommen und tagsüber ihrer normalen Beschäftigung nachgehen.

Die Partnerschaft zwischen dem Gemeindewasserwerk Lohmar und dem THW-Ortsverband Siegburg bei der Ausbildung kam im November 1985 zustande, als das THW seine Leistungsfähigkeit bei einem Einsatz bewies. Damals wurde bei Bauarbeiten die Hauptwasserleitung von Lohmar-Donrath nach Altenrath und zu den Kasernen der belgischen Streitkräfte beschädigt.

Die Gefahr war gebannt, als das THW die über vier Meter tiefe Baugrube mit mehreren Schlamm-Tauchpumpen, von denen jede über 3 500 Liter pro Minute fördert, leergepumpt und die Rohrleitung repariert hatte. Nach diesem Einsatz des THW erklärte sich das Gemeindewasserwerk Lohmar bereit, das THW zukünftig bei der Ausbildung zu unterstützen.

So wurde zunächst einmal der Aufbau des über 260 km langen Rohrleitungsnetzes der Wasserversorgung in der Gemeinde Lohmar erläutert. Ebenso wurde der Umgang mit verschiedenem Rohrleitungsmaterial, Rohrschellen, Muf-

fen und Hydranten geübt. Nachdem die Helfer theoretisch unterwiesen worden waren, wurden unter Anweisung der Fachmonteure des Wasserwerkes mehrere Rohrbrüche behoben und Hausanschlüsse hergestellt. Einen Höhepunkt bildete hierbei das Anbohren der unter Druck stehenden Hauptleitung.

Nicht minder interessant war für die THW-Helfer die Reparatur von zwei Brunnen der Trinkwasserversorgung. Diese Brunnen sind normalerweise nicht in Betrieb, sondern dienen der Notversorgung mit Trinkwasser, wenn z. B. das Oberflächenwasser nicht mehr zur Trinkwassergewinnung verfügbar wäre. Die Ausbildung soll auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

THW half beim Jugendtreffen des Bundespräsidenten

Bonn-Beuel. Für das alljährliche Jugendtreffen im Garten des Bundespräsidialamtes wurde zusätzlich Strom benötigt. Anschlußwerte von 60 kW sollten über eine Leitungslänge von 150 m transportiert werden. Gebraucht wurde ein Querschnitt von rund 50 mm², der in dieser Länge nicht vorhanden war. Die Lösung des Problems ergab sich aus der Aufstellung von je einem Stromerzeuger 50 kVA und 28 kVA (OV Siegburg). Vorsorglich wurde beim THW-Landesverband NRW noch ein Stromerzeuger 50 kVA angefordert.

Einige Tage vorher wurden der Stromerzeuger 50 kVA zum Bundespräsidialamt transportiert und neben den Großzelten aufgestellt, die Leitungen von 63 A bis 16 A verlegt und eine Kabelbrücke mit einer Durchfahrtsbreite von 5 m aus Rohrbaugerüst errichtet. Danach kam dann der Stromerzeuger 28 kVA hinzu.

Ein Tag vor dem Jugendtreffen wurden alle Verbraucher angeschlossen. Am nächsten Morgen — einem Freitag — begann das Jugendtreffen bei naßkaltem Wetter. Vorsorglich hatten die Helfer, um den Ableitströmen der Heizgeräte aus dem Wege zu gehen, die Schutzmaßnahme „Schutztrennung“ gewählt. Sie war auch aufgrund der kurzen Leitungslängen ohne weiteres gegeben.

Die Schutzmaßnahme Nullung schied von vornherein aus. Eine Schutzterde für den Baustromverteiler 100 A mit FI-Schutzschalter konnte man nicht anbringen. Zwischen den Bundesbauten liegen soviel Leitungen in der Erde, daß dann beim Einschlagen der Erde vielleicht ein „rotes Telefon“ getroffen worden wäre.

Die Belastung am Vormittag war vollständig. Beide Aggregate liefen auf vol-

len Touren. Nach dem Anfahren der einzelnen Verbraucher pendelte sich die Belastung zwischen 40% und 100% ein. Die Helfer mußten feststellen, daß auf diesem Gebiet noch einige Erfahrungen fehlen. Als Beispiel mag die Kaffeemaschine gelten mit ihrem Fassungsvermögen von 70 Liter Kaffee und einer Stundenleistung von 2 500 Tassen Kaffee. Bei einem Anschlußwert von 36 kW und einer Stromaufnahme von über 50 Ampère wurde ein Nachregeln von Spannung und Frequenz erforderlich.

Das Jugendtreffen stand unter dem Motto: „Das soziale Engagement der Jugend“. Die Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Freisen aus dem Saarland baute eine Wackelbrücke mit gutem handwerklichen Geschick zusammen.

So trug das THW mit ein paar Kabeln, mit 78 kVA und 110 Ampère zum Gelingen des Jugendtreffens bei. Zur Stromentnahme braucht man ja nur ein paar Steckdosen. Und bei einem Geräuschpegel von 65 Dezibel hat man die Stromerzeuger noch nicht einmal bemerkt.

G. Sch.

Unten: Die Berlinbesucher stellten sich dem Fotografen zum Erinnerungsfoto.

(Foto: Schumm)



THW Siegburg besuchte Berlin

Siegburg. Zu einer Berlinfahrt vom 15. bis 18. Mai starteten die Helferinnen und Helfer des THW-Ortsverbandes Siegburg. Dabei nahmen die Helfer die 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin zum Anlaß, an einem vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen geförderten Ost-West-Seminar Berlin teilzunehmen.

Neben einer Stadtrundfahrt standen zwei Referate zu gesamtdeutschen Themen und ein Besuch des Reichstagsgebäudes auf dem Programm. Einen weiteren Tag widmeten die Siegburger einem Besuch des Ostteils der Stadt. Nicht zuletzt dank des schönen Wetters und der guten Stimmung in der Gruppe bot sich reichlich Gelegenheit, Berlin kennen und lieben zu lernen.

Einen weiteren Höhepunkt bildete ein Treffen mit Berliner THW-Kameraden vom Bezirksverband Schöneberg/Tempelhof, die die Siegburger Helfer in ihre Unterkunft an der General-von-Pape-Straße eingeladen hatten. In geselliger Runde wurde gefachsimpelt und Erfahrungen ausgetauscht; persönliche Eindrücke über die Lage Berlins und das Verhältnis zur DDR aus der Sicht der Berliner Kameraden interessierten die Siegburger dabei besonders.

Die überaus herzliche und gastfreundliche Aufnahme durch die Berliner THW-Kameraden wird wohl niemand der Teilnehmer vergessen. So wurde der THW-Bezirksverband Schöneberg/Tempelhof zu einem Gegenbesuch ins Rheinland eingeladen. Ein Besuch, der vielleicht der Grundstein sein wird für eine dauerhafte Partnerschaft zwischen den beiden Verbänden.

Baden-Württemberg



Nachruf

Am 14. Mai 1987 verstarb im Alter von 57 Jahren völlig unerwartet

Adolf Moser

Der Verstorbene wurde 1971 als Geschäftsführer für den Geschäftsbereich Waldshut eingestellt und blieb den zu befreundeten Ortsverbänden bis zu seinem Ableben treu.

Über die Grenzen seines Betreuungsgebietes hinaus hat Adolf Moser die Verlastung von Ausstattung konzipiert, war Mitglied im Stab des Hauptverwaltungsbeamten und langjähriger Beisitzer der Musterungskammer.

Für seine Verdienste um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde er 1977 mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.

Wegen seiner immer freundlichen und hilfsbereiten Art war der Verstorbene bei Helfern, Kollegen und Vorgesetzten gleichermaßen beliebt.

Wir werden seiner ehrend gedenken.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg

Warndienst



Warndienst-Dienstvorschrift 1000 (WD-DV 1000)

Fortsetzung aus der vorigen Ausgabe

7800 Durchführung von Übungen

7801 Leiten der Übung

Der Leitende ist für die Durchführung der Übung verantwortlich und weisungsbefugt gegenüber allen Übungsteilnehmern. Zugleich ist er oberster Schiedsrichter. Er hat folgende Aufgaben:

- Überwachen und Steuern des Übungsablaufs
- Einspielen von Einlagen
- Darstellen nicht beteiligter Stellen
- Simulieren von Entscheidungen

Ist wegen der Art und des Umfangs der Übung ein Leitungsdienst eingesetzt, ist dieser so zu organisieren, daß der Leitende sich jederzeit über die Entwicklung der Übung informieren und

Einfluß auf ihren Verlauf nehmen kann. Im Bedarfsfall können Angehörige des Leitungsdienstes auch mit Schiedsrichteraufgaben betraut werden (Anlage C/II/5).

7802 Üben

Das Handeln der übenden Kräfte wird bestimmt durch

- Dienstvorschriften,
- Weisungen,
- Lageentwicklungen.

Die Übenden haben die Sicher-

heits- und Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.

7803 *Übungsbeobachter*

Die Teilnahme von Beobachtern/Besuchern an Übungen ist abzustimmen. Ihre Betreuung ist zu regeln.

7804 *Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Das BZS gibt vor größeren Übungen (z. B.: INTEX und NATEX) eine mit dem BML-abgestimmte Presseerklärung heraus. Die Presseerklärung ist für Anfragen bereitzuhalten.

7900 *Auswertung von Übungen*

7901 *Erfassen von Erkenntnissen*

Übungen sind auszuwerten. Jede mitübende Stelle hat die Übungserfahrungen für sich selbst auszuwerten. Dazu werden die nur für die eigene Stelle bedeutsamen Übungserfahrungen in einem internen Erfahrungsbericht zusammengefaßt.

Der Leitende fordert von den Übenden und ggf. vom Leitungsdienst Erfahrungsberichte an. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für Übungsbesprechungen und die weitere Planung der Ausbildung.

7902 *Erfahrungsberichte*

Erfahrungsberichte sind nach einem Muster anzufertigen und sollten mindestens Aussagen enthalten über

- Anlage und Vorbereitung der Übung,
- Durchführung und Ablauf der Übung,
- festgestellte Mängel,
- Schlußfolgerungen.

7903 *Übungsbesprechungen*

Nach Auswertung der Übung ist mit den Übenden eine Übungsbesprechung durchzuführen. Je nach Übungsart wird die Übungsbesprechung vom Leitenden selbst oder von einem von ihm Beauftragten durchgeführt.

Die Schlußbesprechung soll enthalten:

- Wiederholung der Bekanntgabe des Übungszwecks,
- Schilderung wesentlicher Übungsphasen bzw. Lageentwicklungen,
- Bewertung des Übungsablaufs,
- Zusammenfassung wichtiger Erkenntnisse und Folgerungen,
- Gesamturteil.

Erfassungsbogen für Schiedsrichter

Anlage C/IV/5

Warnamt: _____

WD-Verbindungsstelle: _____

WD-Leitmeßstelle: _____

Eingetroffen am _____ um _____ Uhr

Anwesend Hauptamtliche Kräfte MibF Helfer

IST Hauptamtliche Kräfte MibF Helfer

SOLL Hauptamtliche Kräfte MibF Helfer

Leitungsdienst

Leitender _____

Einlage _____ von _____ bis _____ Uhr

Beobachtung:

Bemerkungen:

Nachruf

Im 60. Lebensjahr verstarb

Dipl.-Ing. Claus Spitta

Entscheidend geprägt durch die schrecklichen Erlebnisse des 2. Weltkrieges war es Dipl.-Ing. Spitta ein besonderes Anliegen, sich für die Sache des Zivilschutzes einzusetzen.

Dem Bundesamt für Zivilschutz gehörte Claus Spitta seit April 1972 an. Nach Verwendung u. a. als Lehrkraft in Referaten der Abteilung Zivilschutz war er seit Juni 1977 im Ausbildungsreferat der Abteilung Warndienst tätig.

In den letzten Jahren hat er die Reform

der Ausbildung der Helfer des Warndienstes maßgeblich mitgestaltet und war zuletzt schwerpunktmäßig mit der Planung und Durchführung eines Feldversuches befaßt, der den Einsatz des Alarm-Gerätes für Nervenkampfstoffe in den Warnämtern zum Gegenstand hatte. Diese Arbeit hat er leider nicht mehr zu Ende führen können. Zu den Aufgaben von Claus Spitta gehörte es auch, sich Veröffentlichungen des Warndienstes im ZS-Magazin zu widmen.

Die Mitarbeiter des Bundesamtes werden Dipl.-Ing. Spitta als guten Kollegen stets in Erinnerung behalten.



14. DRK- Bundeswettbewerb im Rettungsschwimmen

Eindrucksvolle Veranstaltung in Saarbrücken

Er war ein voller Erfolg — der 14. DRK-Bundeswettbewerb im Rettungsschwimmen in Saarbrücken. Nicht nur, was die „Bombenstimmung“ während der Siegerehrung anbelangte, sondern auch hinsichtlich der Zahl der teilgenommenen Mannschaften.

17 Damen- und Herrenmannschaften — die höchste Zahl seit der erstmaligen Durchführung dieses Wettbewerbes im Jahre 1973 — waren der Einladung des DRK-Landesverbandes Saarland gefolgt, der zusammen mit dem DRK-Kreisverband Saarbrücken-Stadt die Wettkämpfe abhielt. Austragungsorte dieser Veranstaltung waren das Stadtbad Saarbrücken, die Jugendherberge Saarbrücken und die Sportschule der Universität des Saarlandes.

Gedacht war der Wettbewerb als Auftaktveranstaltung für die Einführung des Fachdienstes „Wasserwacht“ des Roten Kreuzes im Saarland. In zwölf Landesverbänden des Roten Kreuzes und einer Vielzahl von Kreisverbänden gibt es bereits Wasserwachtgruppen, die sich den vielfältigen Aufgaben des Fachdienstes widmen. Jetzt will auch im Saarland das Rote Kreuz auf dem Gebiet der Wasserrettung aktiv werden.

Der Präsident des Roten Kreuzes des Saarlandes stellte in einem Interview mit

dem Saarländischen Rundfunk fest, daß die Wasserwacht des Roten Kreuzes nicht als Konkurrenz zur DLRG zu sehen ist, da das Rote Kreuz im Gegensatz zur DLRG den Rettungsgedanken in den Vordergrund stelle.

Der Schwerpunkt des Wettbewerbes lag somit auf dem Rettungsaspekt. Noch vor dem eigentlichen Schwimmwettbewerb wurde zuerst ein Erste-Hilfe-Wettbewerb durchgeführt, in dem die Teilnehmer theoretische Kenntnisse im allgemeinen Bereich der Ersten Hilfe zeigen mußten, um Punkte für die Schlußbewertung zu erhalten.

Dann mußten die Teilnehmer im Schwimmwettbewerb körperliche Fitneß und Reaktionsvermögen beweisen. Die Herrenmannschaften — sie bestanden aus je sechs Hauptschwimmern und einem Ersatzschwimmer — hatten ein Mammutprogramm zu bewältigen.

Je 4 x 50 m schwammen sie die Flossen-, Taucher- und Rettungsschwimmstaffel (3 x 50 m) und komplizierte Disziplinen wie die Kleider-Schwimmstaffel, bei der sie sich im Wasser entkleiden mußten oder die Tauchringstaffel und die Rettungsleinenstaffel, bei der die Schwimmer eine zu rettende Person mit Hilfe einer Leine aus dem Wasser ziehen mußten. Am Ende des Schwimm-

wettbewerbes mußte eine kombinierte Staffel geschwommen werden, die sich aus diesen sechs Disziplinen zusammensetzte.

Für die Damenmannschaften — sie bestanden aus je vier Hauptschwimmerinnen und einer Ersatzschwimmerin — war der sportliche Wettkampfteil nicht ganz so umfangreich. Die Taucher-, Rettungsleinen- und Kombistaffel mußte von ihnen nicht absolviert werden.

Nach Beendigung des Staffelwettbewerbes mußten die Teilnehmer dann noch die Gruppenaufgaben in Erster Hilfe im Schwimmbad absolvieren: Ein Kind liegt bewußtlos unten im Schwimmbecken, ein Hilferufender kann sich gerade noch über Wasser halten, ein Dritter liegt bewußtlos am Beckenrand.

Erste Hilfe muß geleistet, Rettungsdienst und Notarzt müssen alarmiert werden. Die Damen der Wasserwacht des Bayerischen Roten Kreuzes springen ohne Zögern in das Wasser, um die „Ertrinkenden“ zu retten. In weniger als zehn Minuten sind die Gruppenaufgaben gelöst. Zusammen mit den Männern ihres Landesverbandes haben sie dann auch den 14. DRK-Bundeswettbewerb im Rettungsschwimmen in Saarbrücken gewonnen.

Der Oberschiedsrichter der Wasserwacht wies darauf hin, daß bei diesem Wettbewerb nur sehr wenige Fehlerquellen festzustellen waren. Von den sieben Damenmannschaften hatten zwei Mannschaften den Wettbewerb ohne Fehler bestanden, von zehn Herrenmannschaften hatten vier den Wettbewerb ohne Fehler bestanden. „Dies hat es noch nie gegeben“, sagte der Oberschiedsrichter.

Den Wanderpokal, gestiftet vom Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, überreichte der Generalsekretär an die beiden Mannschaften aus Bayern. Den 2. Platz belegte bei den Herren der Landesverband Nordrhein wie auch die Damenmannschaft dieses Landesverbandes.

Der Generalsekretär brachte in seiner Ansprache die Hoffnung zum Ausdruck, daß mit der Einführung des Fachdienstes „Wasserwacht“ das Rote Kreuz an der Saar viele junge Leute gewinnen würde, um damit auch andere Aufgabenfelder bewältigen zu können. Abschließend dankte er allen Helferinnen und Helfern, die sich in vorbildlicher Weise um das Wohl der Gäste bemüht hatten.

Martin Erbelding



Die strahlenden Sieger
(Foto: Zimmermann)

„Wenn wir alles perfekt beherrschten, bräuchten wir nicht zu üben“

Schon 1962 empfahl der damalige Innenminister Hamburgs, Helmut Schmidt, die Betreuung und Unterbringung großer Zahlen von Flut- und Katastrophopfer intensiv zu üben. Dies ist bislang kaum geschehen. Aus den Erfahrungen einer kleiner angelegten Übung 1985 im Raum Neumünster entwickelte das Rote Kreuz 25 Jahre nach der Hamburger Flutkatastrophe die Idee zu der Übung „Springende Flut“, der größten Hilfszugübung, die es je gegeben hat.

Unter der Federführung des DRK-Generalsekretariats übten vom 28. bis 31. Mai 1987 die Hilfszugabteilungen Hamburgs, Schleswig-Holsteins, Westfalen-Lippes und Teile der HZA Niedersachsens die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung freiwilliger „Flutopfer“.

Bei der Chefvisite machte sich der DRK-Präsident für die Frage stark: „Von grünen Äpfeln und Benzin werden Sie aber nicht satt.“ Doch genau das war als verspätetes Mittagessen beim Trinkwasser-Aufbereitungs-Zug angekommen. Die Filter-Fans um Konrad Metz zeigten sich von den Verpflegungsgängen kaum beeindruckt — sie hatten wenige Minuten vor Eintreffen des Prinzen samt Gefolge einen fahrbaren Tante-Emma-Laden gestürmt und sich eingedeckt. Schon Stunden zuvor ging in der Hilfszugabteilung IX (Hamburg) die von Abteilungsführer Ernst-Ulrich Böttcher ausgegebene Parole um: „Ohne Mampf kein Kampf.“ Doch so ernst war das nicht gemeint, wie Böttchers Stellvertreter, Klaus Kruse, bestätigte: „Wenn wir alles perfekt beherrschten, bräuchten wir nicht zu üben.“

Und zu üben gab es genug bei der Hilfszugübung „Springende Flut“, wenn gleich „ohne Bums und Krach und Peng“, wie es der Pressesprecher des DRK-Landesverbandes Hamburg, Bernd Edelhoff, formulierte. Bei den gastgebenden Hamburgern, deren Hilfszugabteilung im Stadtteil Barmbek stationiert war, konnten am Vätertag die ersten Eindrücke gesammelt werden, die über die Verpflegung hinausgingen. „Was uns fehlt“, sagt Klaus Kruse, „sind Handwerker und Leute um die Vierzig.“ Das

Durchschnittsalter der Abteilung liegt bei 25 Jahren, und damit sind nicht etwa nur die Helferinnen und Helfer gemeint, sondern auch die Fahrzeuge der „Neuner“. Und noch ein Problem spricht der stellvertretende Abteilungsführer an: „Wenn der Kreisbereitschaftsführer nicht dafür ist, läuft im Hilfszug gar nichts.“ Ein altes Lied, das auch in den anderen beiden übenden Abteilungen (IV und VII) in Variationen vertont wurde. Kruses Kreisverband wartet zur Problemlösung mit „Hamburger Verhältnissen“ auf: Der Kreisgeschäftsführer betätigt sich im Hilfszug als Fernmeldeführer, und Klaus Kruse selbst bekleidet das Amt des Kreisbereitschaftsführers.



DRK-Präsident Prinz Wittgenstein im Gespräch mit einem „Flutopfer“. (Foto: Bauer)

Szenenwechsel. 24 Stunden später. Christoph Brodesser, Abteilungsführer der HZA IV (Westfalen-Lippe), gibt den zahlreich angereisten Übungsgästen in der Schule Mümmelmannsberg im Hamburger Stadtteil Bergedorf einen Überblick über die Lage. Zuvor aber versichert er „seinem“ Präsidenten Dr. Egbert Möcklinghoff: „Die Skatkarten verschwinden immer, wenn der Präsident auftaucht.“ Denn noch drehen die Helfer Däumchen, der Ansturm auf die Luftmatratzen beginnt erst gegen Abend. So hat der Instandsetzungszug Muße, auf dem Anmarsch lädierte Fahrzeuge „feldmäßig“ zu reparieren. Bei der späteren Chefvisite durch Prinz Wittgenstein wird Brodesser auf die „Verbesserungswürdigkeit“ der Logistik hinweisen, den Fernkopierer als „das einzig durchgängige Nachrichtenmittel“ preisen, die

neue Fernmeldezentrale als „ganz wichtig“ einstufen und betonen: „Die Ausstattung im Hilfszug hat sich bewährt.“ Das hört dann nicht nur der DRK-Präsident gerne, sondern auch Günter Esser, im Generalsekretariat für die logistischen Dienste zuständig und schon Monate vor der „Springenden Flut“ als „Herr Hilfszug“ hausintern bekannt.

Während der Prinz gen Hamburg-Harburg zur HZA VII (Schleswig-Holstein) eilt an jenem 29. Mai und sich in allen Auffanglagern das nachmittägliche Rinnsal der freiwilligen Betreuungsoffer erst in Bäche, dann in kleine Ströme verwandelt, schlagen die Trinkwasseraufbereiter ihr nächtliches Zeltlager auf, stellen den Becher sicher, aus dem zuvor Prinz und Generalsekretär gefiltertes Elbwasser der Güteklasse II gekostet hatten, produzieren die Teilnehmer der Stabsrahmenübung weitere Einlagen, melden sich die Nachtschichten zum Dienst und legen sich die Abgelösten aufs Ohr.

Bei der Hilfszugabteilung VII rühmt derweil stellvertretender Abteilungsführer Hilmar Marohn die „hochmotivierten Helfer“, was auch kein Wunder war, hatten sich doch die Schleswig-Holsteiner sechs Jahre auf eine Übung wie diese vorbereitet. Folglich klappten auch die Funktionsabläufe bestens und erwiesen sich die Kradmelder als „Stütze der Abteilung“.

Positives weiß auch anderntags Heinz Ziemei, Führer der Leitungsgruppe des Generalsekretariats, zu vermelden. Alle an der Stabsrahmenübung beteiligten Landesverbände hätten bestens mitgewirkt, was der Chef des Leitungsdienstes (und spätere Gästebetreuer), Winfried Glass, nur bestätigen konnte.

Friede, Freude, Eierkuchen? Wohl nicht ganz. Aber das war ja auch nicht der Sinn der Übung gewesen. Bernd Hoffmann, Katastrophenschutzbeauftragter des DRK und Gesamtleiter, hob zunächst die ganz außer Frage stehende „hervorragende Einsatzbereitschaft“ der Helferinnen und Helfer hervor, aber auch die „außerordentlich engagierte Mitwirkung der Betroffenen“. Die Übung habe wertvolle Erkenntnisse „hinsichtlich der Führung, der fachübergreifenden Dienste und des Fernmeldewesens“ gebracht. Die „Springende Flut“ kann somit als Sprungbein für viele kleinere Übungen gesehen werden, als große Welle, die in alle Bereiche des DRK-Hilfszuges hineinwirkt, um dort noch an Ecken und Kanten zu feilen.

Die in einigen Wochen vorliegende „Mänöverkritik“ wird im Zusammenhang mit einer generellen Darstellung des Hilfszuges in einem „Themenjournal“ Ende des Jahres sicher noch genügend Diskussionsstoff bieten. Carl-Walter Bauer

Mitarbeit im Katastrophenschutz ist freiwillig

Der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Seine Grundlage ist die Hilfsbereitschaft der Menschen, die bereits in beträchtlichem Maße in dem Idealismus der Helfer, die in den verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes Dienst tun, so auch im ASB, ihren Ausdruck findet.

Da die Mitwirkung im Katastrophenschutz eine satzungsgemäße Aufgabe des ASB ist, ist es selbstverständlich, daß alle Helfer des ASB auf die Mitarbeit auch im erweiterten Katastrophenschutz ausgerichtet werden. Helfer sind nach der KatS-Organisation-VwV Männer und Frauen, die freiwillig und ehrenamtlich in Einheiten des Katastrophenschutzes tätig sind. Sie verpflichten sich gegenüber ihrer Organisation, in diesem Falle gegenüber dem ASB, für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit zum Dienst im Katastrophenschutz. Die Verpflichtung auf unbestimmte Zeit geht das aktive Mitglied durch Unterschrift der Beitrittserklärung des ASB ein.

Der überwiegende Teil der Helfer leistet etwa 200 Stunden im Jahr und damit rund 2 000 Stunden bei der erforderlichen 10jährigen Verpflichtung. Wehrpflichtige leisten in 15 Monaten bei einer 40-Stunden-Woche rund 2 400 Stunden; die Bundesregierung betont, daß die Differenz von 400 Stunden in Anbetracht der langen Verpflichtungszeit und der Tatsache, daß die Ausbildung im Katastrophenschutz grundsätzlich an Wochenenden stattfindet, angemessen ist.

Der Gesetzgeber hat verhindert, daß

den Helfern im Katastrophenschutz über ihre Mitwirkung hinaus noch ein materieller Schaden entsteht. Das KatSG schreibt daher vor, daß den Helfern im Katastrophenschutz keine Nachteile im Arbeitsverhältnis und im Sozial- und Arbeitslosenversicherungsverhältnis erwachsen dürfen. Im übrigen sind die Rechtsverhältnisse der Helfer und ihre Pflichten in folgenden Gesetzen und Verwaltungsvorschriften umfassend erläutert:

- Gesetz über den Zivilschutz
- Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Organisation des Katastrophenschutzes

Des weiteren richten sich die Rechtsverhältnisse und Pflichten der Helfer auch nach den Satzungen, Ordnungen und Richtlinien der Organisation, in der sie mitarbeiten und Mitglieder sind. So haben alle Helfer, die im erweiterten Katastrophenschutz auf bestimmte oder unbestimmte Zeit mitarbeiten, die Rechte und Pflichten eines aktiven ASB-Mitgliedes, d. h. sie unterliegen der ASB-Dienstordnung und der daraus resultierenden Dienstleistungspflicht für alle ASB-Aufgabengebiete, so wie sie in den ASB-Ortsverbänden entsprechend den örtlichen Gegebenheiten mehr oder weniger stark wahrgenommen werden.

Für die Mitarbeit in den Zügen und Einheiten des ASB-Katastrophenschutzes stehen neben den ehrenamtlichen Helfern 4 268 vom Wehrdienst oder vom Zivildienst freigestellte Helfer zur Verfügung.

Hilfe für polnisches Baby

Vor einigen Monaten wurde der Landestechniker des ASB-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Lothar Anzilutti, von deutschen Angehörigen des sechs Monate alten Michal Magiera aus Gleiwitz angesprochen: Michal leide an einer Mißbildung der Harnwege, die in der Bundesrepublik operiert werden sollen. In Polen habe man dem Kind bislang nicht helfen können.

In den folgenden Tagen wurden eine Behandlungsklinik (Urologische Klinik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz) gesucht, Aus- und Einreisebewilligungen eingeholt und der Transport auf dem Landwege geplant.

Plötzlich jedoch erreichte uns über die Angehörigen und die polnische Botschaft in Bonn die Nachricht, der Gesundheitszustand des kleinen Michal hätte sich abrupt verschlechtert. Um dem Jungen unverzüglich zu helfen, entschloß sich der ASB-Landesverband, die Rettung auf dem Luftweg einzuleiten. Zentrales Problem war nun die Ausreise-Erlaubnis: Die deutschen (und von der polnischen Botschaft bestätigten) Papiere hatten wir in Mainz, die Erlaubnis konnte bei deren Vorlage nur vom Paßamt Gleiwitz erteilt werden; der nächste Flughafen aber lag im 150 km entfernten Krakau. Die gesamte Aktion hing nun an der Frage: Hat das Paßamt samstags geöffnet, schaffen es die Angehörigen, in den Bürostunden die von uns mitgebrachten Papiere vom Flughafen Krakau nach Gleiwitz zu bringen?

Nach einer langen Nacht mit unzähligen Telefonaten wußten wir, daß das Paßamt bis ca. 13.00 Uhr geöffnet haben

würde, die Angehörigen erwarteten unsere Landung ab 9.00 Uhr. Am 31. Januar 1987 begann um 3.00 Uhr endlich die erwartete Aktion, die Abfahrt von der Landesgeschäftsstelle in Mainz. Ein LKW-Bremssklotz auf der Autobahn zerschlug zwar die Ölwanne unseres PKW — unsere Rettungsaktion konnte er allerdings nicht aufhalten. Pünktlich um 7.00 Uhr startete die Cessna des ASB-Rückholdienstes mit den Ärzten Frau Dr. Daubländer, Herrn Dr. Dr. Lipp und Rettungssanitäter Zapfl an Bord in Düsseldorf.

Die medizinische Ausstattung des Flugzeuges entspricht der eines Notarztwagens und kann für Notwendigkeiten des jeweiligen Einsatzes leicht verändert werden. Für unseren kleinen Patienten hatten wir neben dem obligatorischen Kindernotarztkoffer eine große Kiste mit Windeln, Babywäsche, Schnuller, Fläschchen usw. eingeladen.

Nach dreistündigem Flug landeten wir gegen 10.00 Uhr in Polen bei arktischen Temperaturen. Die Mutter unseres Patienten erwartete wie abgesprochen die Unterlagen und fuhr sofort über vereiste und verschneite Landstraßen Richtung Gleiwitz.

Die polnischen Behörden ließen uns trotz fehlendem Visum vom Flugfeld in die Wartehalle — und da saßen wir nun und hofften, daß die Mutter das Paßamt erreicht, die Ausreise-Erlaubnis erteilt wird und Michal zum Flugzeug gebracht werden kann.

Endlich — um 17.00 Uhr — kam ein schweißgebadeter Taxifahrer mit Michal und Mutter vorgefahren!

Mit einem druckfrischen, für alle Länder gültigem Paß, konnte der Junge seine erste Auslands- und Flugreise antreten . . .

Nach erster notärztlicher Versorgung flog unser Turbo-Prop in reduzierter Höhe (um dem Baby den Ohrenschmerz bei Start und Landung zu ersparen) über Wien, Passau und Nürnberg problemlos zurück nach Frankfurt. Von hier transportierte ein Rettungswagen des ASB-Ortsverbandes Mainz Michal weiter nach Mainz in die Urologische Uniklinik, in der die operative Zerebronomie erfolgreich eingeleitet wurde.

Zuletzt sei für den glücklichen Ausgang allen Beteiligten herzlich gedankt, aber auch den vielen großzügigen Spendern, die nach unserer Rückkehr für die entstandenen Kosten einsprangen.

Dr. Markus Lipp

Rechts: Bei der Übergabe des Löschfahrzeuges in Köln (v. links nach rechts): Helmut Krauß (Auswärtiges Amt), die Portugiesen José Martin Fonseca und Antonio Diaz da Cruz sowie Ulrich Scheidweiler vom Technischen Referat des ASB. (Foto: Wirtz)

Hilfe für den kleinen Michal. (Foto: Sämmner)



ASB stiftete dritten Löschwagen

Helfen kennt für den ASB keine Grenzen. Insbesondere bei Katastrophen im Ausland hilft der ASB mit Medikamenten, ärztlicher Hilfe, Nahrungsmitteln, gegebenenfalls auch mit Fahrzeugen, Notunterkünften etc.

Waldbrände haben im vergangenen Jahr in Agueda (Portugal) zu verheerenden Zerstörungen geführt, etlichen Feuerwehrleuten den Tod gebracht und nahezu die gesamte Feuerwehrausrüstung

vernichtet. Grund für das Auswärtige Amt und den ASB, zwei Feuerwehr-Löschfahrzeuge an die Gemeindeverwaltung von Agueda zu übergeben. Ein weiteres Tank-Löschfahrzeug ist nun hinzugekommen. Ende Mai kamen zwei portugiesische Feuerwehrleute nach Köln, um den generalüberholten UNIMOG TLF 8 abzuholen. Der ASB spendete das Fahrzeug der Feuerwehr von Agueda, um vorbeugend zu helfen.



Gefahr beim Spielen

Erste Hilfe am Kind

Geboren im Jahr des Kindes — so einfach könnte man den Start zu einem beispielhaften und besonders erfolgreichen Ausbildungsprogramm der JUH beschreiben. 1979 nämlich wurde im Ortsverband Ottobrunn vom damaligen stellvertretenden Landesausbildungsleiter, dem Medizinstudenten Andreas

Stein, der Kursinhalt entwickelt — als Beitrag der JUH zum Jahr des Kindes. Die ersten sechs Kurse wurden dann in Zusammenarbeit mit der örtlichen Filiale der Barmer Ersatzkasse erfolgreich durchgeführt. Die JUH war mit dem Kurs „Erste Hilfe am Kind“ bundesweit der erste Anbieter und ist heute noch

„marktführend“. Das Interesse der Medien ist bemerkenswert, der Zulauf immens.

Die Geschichte

Doch der Reihe nach: 1984, als der Entwurf zu einem Leitfaden bereits zügig vorankam, schuf die Zusammenkunft der Ausbildungsleiter in LV Bayern die Basis für eine breitere Streuung und landesweite Erprobung dieser Kursart. 1985, als man das Konzept auf der gemeinsamen Landesärzte- und -ausbildungsleitertagung vorgestellt hatte, wurde das Interesse auch anderer Landesverbände spürbar. 1986 wurde — nach vielen Korrekturen — ein Begleitheft für die Teilnehmer entwickelt.

Im März 1987 endlich war die Phase „Pilotprojekt“ abgeschlossen, Bundesarzt und -ausbildungsleiter nahmen den Kurs ins offizielle Ausbildungsprogramm auf, legten im Verwaltungsleitfaden alle Konsequenzen (Ausbilder-Voraussetzungen, Einweisung, Veranstaltungen usw.) fest.

„Die Welt ist groß, bunt und interessant. Ich will alles entdecken, erfühlen, erobern. Was kann mir denn passieren, ich hab doch keine Feinde, es ist doch alles so friedlich. Dort ist ein weißer Kasten mit einem Fenster vorne und vier Scheiben obendrauf, wie fühlen sich diese runden Scheiben an? In der Küche stehen so viele Flaschen, blaue, grüne, gelbe, was ist das, wie schmeckt es? Im Badezimmer ist ein Schrank, da sind so viele bunte ‚Bonbons‘ drin. Schade, daß er so hoch hängt und abgeschlossen ist. In der Wand ist eine Dose mit zwei Löchern, was ist dahinter?“

Die Welt der Kinder ist vielfältig und interessant, aber leider auch voller Gefahren. Was uns automatisch reagieren läßt, wovor wir zurückschrecken, all dies müssen Kinder im wahrsten Sinne des Wortes begreifen. Sie erforschen ihre Welt spielerisch. Wir wissen z. B., wann eine Herdplatte angestellt und heiß ist, und wir wissen, was es bedeutet, daß sie heiß ist. Kinder aber wissen dies nicht. Tausendmal im Jahr verbrennen sich Kinder bei dieser „Erkundungstour“. Viele Gefahrenquellen sind mittlerweile erkannt und Lösungen da-

für gefunden worden. Kindersichere Verschlusskappen, abschließbare Küchenschränke, Abdeckungen für Steckdosen und vieles mehr. Aber nicht jede Gefahr läßt sich kontrollieren und hundertprozentig beseitigen.

Was also tun, wenn sich das Kind verbrüht, es eine gefährliche Flüssigkeit getrunken oder wenn es einen Gegenstand verschluckt hat? Über drei Millionen Kinderunfälle passieren jährlich in bundesdeutschen Haushalten. Viele bleibende Schäden könnten vermieden werden, wenn die Eltern oder Betreuer nicht in Panik gerieten und über Kenntnisse der Ersten Hilfe verfügen würden. Aber Erste Hilfe bei Kleinkindern ist etwas anderes als bei Erwachsenen. Wußten Sie, daß ein bewußtloser Erwachsener 16- bis 18mal pro Minute beatmet werden muß, ein Kleinkind bis zu vier Jahren dagegen 30- bis 40mal. Oder denken Sie an die Lagerung eines Verletzten. Natürlich sagen Sie ‚stabile Seitenlage‘. Das ist normalerweise richtig, ein Kleinkind bis zu vier Jahren wird aber auf den Bauch gelegt. Die Anatomie eines Kleinkindes ist ganz anders als die eines Erwachsenen. Der Kurs „Erste Hilfe am Kind“ will nicht dem Arzt

Konkurrenz machen, sondern er soll Verhaltensmaßnahmen vermitteln, die bis zum Eintreffen des Arztes ergriffen werden müssen und für das Kind oft lebensrettend sind.

Denken Sie an Ihre eigene Kindheit, wie oft haben Sie sich verbrannt, wie viele Male kamen Sie weinend mit einer Platzwunde angerannt. Erwachsene vergessen schnell, daß sie selbst auf solche Erkundungstouren gegangen sind, wie sie am Anfang beschrieben wurden. Ist es nicht viel beruhigender, wenn man sagen kann: „Ich weiß, was zu tun ist, wenn etwas passiert.“

Der Kurs „Erste Hilfe am Kind“ vermittelt Kenntnisse für die unterschiedlichsten Notfallsituationen. Alle diese Notfälle und die erforderlichen Gegenmaßnahmen werden besprochen, erklärt und praktisch erprobt. Denn nur wer z. B. die Atemspende an der Puppe geübt hat, kann sie im Ernstfall auch anwenden.

Wie gesagt, die Welt der Kinder ist vielfältig und interessant, aber auch voller Gefahren, darum ist es sehr wichtig, nicht in Panik zu geraten und über die nötigen Kenntnisse für einzuleitende Gegenmaßnahmen zu verfügen. (msk)



Die Atemspende beim Kleinkind erfordert genaue Kenntnisse und Behutsamkeit.

Seit 1986 bieten die bayerischen Organisatoren allen Orts- und Kreisverbänden in der Bundesrepublik die Möglichkeit einer Einweisung der Ausbilder vor Ort, so daß binnen kürzester Frist die Gesamt-JUH in das Programm einsteigen kann.

Unser Partner

Wichtig für manchen Ortsverband ist dabei sicher die Unterstützung, die der Kurs von Anfang an durch die Barmer Ersatzkasse erfährt. Mit der BEK-Hauptverwaltung in Wuppertal ist eine Vereinbarung darüber getroffen worden, daß alle ihre deutschen Filialen auf diesem Gebiet mit den Orts- und Kreisverbänden der JUH zusammenarbeiten. So druckt die Barmer beispielsweise die Begleithefte für unseren Kurs auf ihre Kosten, stellt im Bedarfsfall Ausbildungsräume zur Verfügung und sagt Unterstützung im Werbungsbereich zu.

Der Kurs

Der Kurs umfaßt fünf Doppelstunden à 90 Minuten und will Leuten, die beruflich oder privat mit Kindern im Vorschulalter zu tun haben, Verhaltensmaßnahmen für akute Notfälle vermitteln, mit denen die Frist bis zum Eintreffen des Arztes überbrückt werden kann. Natürlich gibt es dabei eine Fülle bewährter Tipps zur Vermeidung von Gefährdungen im Haus- und Spielbereich, vor allem aber wird deutlich gemacht, wie sich die Erste Hilfe am Kind von der am Erwachsenen unterscheidet.

Die Schwerpunkte liegen bei den Maßnahmen am verletzten oder erkrankten Kind: Erkennen von und Verhalten bei Atemstörungen (Pseudo-Krupp, Kehledeckelentzündung, Verschlucken von Fremdkörpern, Atemstillstand etc.), Verbrennungen, Vergiftungen, Verätzungen, also Notfällen, die typisch sind für Kleinkinder.

Die zweitägigen Einweisungen für Ausbilder werden — im Auftrag des Bundesarztes und -ausbildungsleiters — ausschließlich vom LV Bayern organi-



Nur durch intensives Üben an der Puppe ist man für den Ernstfall gerüstet.

siert. Ausbildungsdezernent Roland Frey, gemeinsam mit dem Ausbildungsleiter des KV München, Detlef Hacker, und cand. med. Toni Hoos, bereisen nach Terminabsprache die Bundesländer, um entsprechend qualifizierte Ausbilder zu schulen.

Schwerpunkte im fachlichen Teil sind Hinweise auf die spezifischen Unterschiede in der Ersten Hilfe am Säugling, am Kleinkind, am Jugendlichen, dazu die Herz-Lungen-Wiederbelebung am Kind. Schwerpunkte im organisatorischen Teil sind Hinweise auf Besonderheiten, die es im Gegensatz zur Ausrichtung anderer Kurse zu berücksichtigen gilt: Planung am jeweiligen Standort, Finanzierungsmöglichkeiten, Werbung, Medienarbeit, Zusammenarbeit mit der BEK.

An Material, ausschließlich vom Landesverband Bayern entwickelt, finanziert und produziert, gibt es: Leitfaden für Ausbilder, kostenloses Begleitheft für Kursteilnehmer, Teilnahmebescheinigungen, Werbeplakate und Postkarten, fachliches und organisatorisches Arbeitskonzept, eine Tonbandkassette „Lautdiagnose am Kind“. In Arbeit sind außerdem ein Foliensatz für Ausbilder und eine Informationsbroschüre für Kursinteressenten.

Der Erfolg

3 352 Teilnehmer konnten während der Pilotprojektphase, also von Ende '85 bis März '87 geschult werden, davon allein in Bayern 2 187. Weitere Schulungen erfolgten in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen/Bremen und Schleswig-Holstein.

Geringe Kosten

Kursgebühren von 25 Mark für Einzelpersonen und 40 Mark für Paare decken zwar gerade die Kosten; wichtig aber ist vor allem die Akzeptanz.

In München beispielsweise hat sich, bedingt durch die Exklusivität des Angebots, das Stadtjugendamt entschlossen, alle Betreuer von Kindergärten und -krippen für die Kurse anzumelden.

Einer Teilnehmerin aus diesem Kreis verdanken die Ausbilder denn auch eines der nettesten Erlebnisse. Nach der Atemspende verliebte sich eine Kindergärtnerin so sehr in dieses „ansprechende Kindchen“, daß sie es unbedingt als Wickelpuppe mitnehmen wollte. Nur der Hinweis auf den Preis unseres Babys — einer speziellen Puppe für Atemübungen — dämpfte die Begeisterung.

Rosel Termolen

Fairer Wettstreit mit ernstem Hintergrund

Zufällig vorbeikommenden, unvorbereiteten Gästen wurde es am 23. Mai zeitweise angst und bange: In der Stadiosphalle Hannover und auf dem Gelände ringsum gab es „Notfälle“ am laufenden Band.

Da hatte ein junger Mann beim leichtsinnigen Umgang mit dem Grill schwere Verbrennungen erlitten, an anderer Stelle hielt sich jemand kreidebleich den Bauch — eine innere Erkrankung. Die Schminkekrupps der Johanniter-Unfall-Hilfe hatten ganze Arbeit geleistet. Denn sie und die vielen freiwilligen „Patienten“

waren die äußere Voraussetzung zum Bundeswettkampf der Johanniter, zu dem Mannschaften aus dem ganzen Bundesgebiet und Berlin angereist waren.

Alle zwei Jahre messen die besten Johanniter-Teams ihre theoretischen und praktischen Erste-Hilfe-Kenntnisse. Je nach Alter und Ausbildungsstand in drei unterschiedlichen Leistungsgruppen (A, B und S) müssen sie in einem schriftlichen Test ihr Wissen nachweisen und anschließend die unterschiedlichsten Verletzungen und Erkrankungen am Patienten erkennen können. Ein wenig

Sport und Hauch von „Spiel ohne Grenzen“ ist freilich auch dabei — ein Tragetest auf Hindernisparcours.

„Auch wenn es um Punkte und Plazierungen geht, ist der Bundeswettkampf, der zum 13. Mal stattfindet, zugleich ein großes Gemeinschaftserlebnis“, hatte der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin, zu Beginn der Veranstaltung betont und zugleich auf das 35jährige Bestehen der in der niedersächsischen Landeshauptstadt gegründeten Organisation hingewiesen. Niedersachsens Innenminister Wilfried Hasselmann, Schirmherr des Wettkampfes, hatte zur Eröffnung das Engagement und die Bereitschaft ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer zu uneigennütziger Hilfe hervorgehoben, „auf deren fachkundige lebensrettende Sofortmaßnahmen wir jederzeit angewiesen sein könnten“.



Bei den verschiedenen Aufgaben hieß es, schnell und sicher zu reagieren.



Der Schminkekrupp und die „Verletzten“ erhielten ein dickes Lob. Die Unfalldarstellungen waren realistisch und perfekt.



Auch die Jugendlichen erfüllten die gestellten Aufgaben mit Bravour.

Die Wettkampfergebnisse

A-Mannschaften	B-Mannschaften	S-Mannschaften
1. OV Velbert	1. OV Schwabach	1. KV Mannheim
2. KV Hannover-Stadt	2. OV Göppingen	2. OV Kempten
3. KV München	3. KV Kiel	3. OV Eutin
u. OV Speyer		

A=Helfer im Sanitätsdienst; B=Jugend; S=Retungssanitäter

Zum Schluß hatten die Schiedsrichter die Qual der Wahl, um unter den 25 teilnehmenden Teams die jeweils besten herauszufinden. Im Rahmen einer großen Festveranstaltung in den Wülfeler Brauerei-Gaststätten wurden am Abend die Sieger geehrt. Der Bundesarzt Dr. Wolfgang Krawietz konnte mit Freude feststellen, daß das Leistungsniveau insgesamt seit dem Bundeswettkampf 1985 gestiegen ist. Besonderen Beifall gab es für weitgereiste Gäste. Eine Mannschaft der Johanniter aus Italien war kurzfristig angereist, außer Konkurrenz gestartet und hatte ebenfalls alle Aufgaben vorbildlich erledigt.

Und auch für die vielen hundert Helfer hinter den Kulissen gab es Lob vom Johanniter-Präsidenten: Sie hatten vor allem mit der Quartierbeschaffung für die insgesamt über 200 Johanniter aus den neun Landesverbänden und mit der Verpflegung alle Hände voll zu tun.

Neugliederung

Es war ein Tag wie aus dem Bilderbuch, dieser 25. April 1987: Die Sonne strahlte vom Himmel, und die Menschen waren nach dem langen Winter froh über diesen schönen Frühlingstag mit sommerlichen Temperaturen. In der Mainzer Innenstadt herrschte das hektische Treiben wie an den meisten Sonntagen. Nur die auffallend vielen Kraftfahrzeuge der Johanniter-Unfall-Hilfe hoben sich vom gewohnten Bild ab. Schon äußerlich wurde so in Mainz deutlich, daß es etwas Wichtiges zu feiern gab.

35 Jahre gab es den Landesverband Hessen-Rheinland-Pfalz-Saarland der JUH. 35 Jahre wurde in diesen drei Bundesländern unter gemeinsamer Leitung Hilfe für kranke, behinderte, in Not geratene und alte Mitbürger geleistet. Damit gehörte der Landesverband zu denen, die seit Bestehen der JUH dabei waren. Er hat sich seitdem zum zweitgrößten in der Bundesrepublik entwickelt. Am 31. 12. 1986 repräsentierte er 36 Orts- und Kreisverbände mit über 51 000 Mitgliedern.

Nun war die Stunde der Neugliederung gekommen. Der Landesverband war in diesen 35 Jahren so gewachsen, daß diese zur kontinuierlichen Fortführung und zum Leistungsausbau notwendig wurde. In Mainz wurden somit die beiden neuen Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz-Saarland aus der Taufe gehoben.

Der Tag begann mit einem feierlichen Gottesdienst in der Mainzer Christuskir-

che, den der Bundespfarrer der JUH, der Mainzer Gemeindepfarrer Dr. Christian-Erdmann Schott, hielt. In seiner Predigt setzte er sich mit der Bedeutung und Funktion des Johanniterkreuzes auseinander und bat um Gottes Segen für die beiden neuen Landesverbände, denen es nie an einsatzwilligen Mitarbeitern mangeln möge. An der Gottesdienstgestaltung beteiligten sich die Johanniter-Jugendgruppen aus Wiesbaden und Höhr-Grenzhausen mit einer Darstellung der acht Seligpreisungen der Bergpredigt und dem Lied vom barmherzigen Samariter.

Im Rahmen dieses Gottesdienstes führte der Präsident der JUH, Wilhelm Graf von Schwerin, den neuen Landesbeauftragten Rheinland-Pfalz-Saarland, Werner Jahnz, sowie Landesschatzmeister Thilo von Czarnowski und Landesarzt Dr. Hans-Jürgen Hennes in ihre Ämter ein.

Zu der anschließenden Feierstunde im Kurfürstlichen Schloß hatte sich viel Prominenz aus Politik, Kirche, Diakonie, Orden und JUH eingefunden. Für den musikalischen Rahmen sorgte der Musikzug des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der JUH.

Nach der Begrüßung durch den Landesbeauftragten Hessen, Dr. Justus Alenfeld, hob JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin die Bedeutung und Leistung der ehrenamtlichen Helferschaft für die JUH und für Staat und Gesellschaft hervor, eine Tatsache, die auch von Hans Schweitzer, Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz, und

Franz Peter Basten, Staatssekretär des Inneren desselben Bundeslandes, besonders gewürdigt wurde. Schwerin betonte weiter, daß die Bildung zweier Landesverbände „ein großer Augenblick für die JUH“ und deren weitere Entwicklung sei.

Dank, Anerkennung und die besten Wünsche für die Zukunft der JUH brachten auch je ein Vertreter des saarländischen Landtags, der hessischen Landesregierung und der Stadt Mainz zum Ausdruck.

Pfarrer Heinz-Günther Gasche, Hauptgeschäftsführer des Diakonischen Werkes Hessen und Nassau, ging in seiner Festrede besonders auf die engen Beziehungen und die gute Zusammenarbeit zwischen JUH und Diakonie ein. Zwar hätten sich die Formen der Hilfe im Laufe der Jahre und Jahrhunderte gewandelt, entscheidend seien aber nach wie vor die innere Gestaltung und Orientierung der JUH als christlicher Hilfsorganisation. JUH wie Diakonie brauchten christlich motivierte und handelnde Mitarbeiter, die aber zugleich in ihren Aufgabenfeldern fachkompetent seien. Gasche unterstrich die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für JUH und Diakonie und forderte, daß deren Vertreter in keinem Fall als Lückenbüßer oder Geldeinsparer angesehen werden dürften.

Während des ganzen Vormittags war bereits auf dem Rathausplatz eine große Fahrzeugausstellung der JUH zu besichtigen. Hier gab es für die Mainzer Bevölkerung die Möglichkeit zur Information über die Leistungen der JUH und deren technische Ausstattung. Nach dem Ende der offiziellen Feierstunde erschienen auch die meisten Johanniter und ihre Gäste. Bei Erbsensuppe, Bier und nichtalkoholischen Getränken wurde weiter gefachsimpelt, neue Fahrzeuge wurden begutachtet, Erfahrungen ausgetauscht und Pläne für die Zukunft geschmiedet. Auch hier sorgte der Landesmusikzug NRW für die nötige Stimmung. Zum Abschluß wurden dann in gemeinsamer Aktion der beiden Landesbeauftragten Alenfeld und Jahnz langjährige Mitarbeiter ausgezeichnet.

Als Erinnerung an diesen für die JUH bedeutsamen Tag erhielten alle Teilnehmer der Festveranstaltung eine Gedenkplakette und die JUH-Standorte einen Zinnteller. Gegen 17 Uhr machten sie sich dann auf den Heimweg, der für viele ins verdiente Wochenende, für manchen aber auch zum weiteren Einsatz in seinem Heimatort führte. Denn auch über diesem ereignisreichen und wichtigen Tag wurde nirgends die eigentliche Aufgabe der JUH, kranken, behinderten, in Not geratenen und alten Menschen zu helfen, vergessen.

Werner Dierker



Die große Fahrzeugausstellung der JUH auf dem Rathausplatz. Die Mainzer Bevölkerung nutzte die Gelegenheit, sich über die Arbeit der Johanniter zu informieren.

Malteser-Hilfsdienst legte Jahresbericht für 1986 vor

Helfen in vielfältiger Form

Umfassender Einblick in die Palette der Aktivitäten

Mit seinem Jahresbericht 1986 gibt der Malteser-Hilfsdienst einen umfassenden Einblick in die Palette seiner Aktivitäten. Hier soll auszugsweise auf den Jahresbericht eingegangen werden.

Vorwort

Eine lebendige Gemeinschaft lebt von Veränderung und Bewegung. Die seit Jahren steigenden Mitgliederzahlen, aber auch die wachsende Zahl der Dienstbereiche machen neue Organisationsstrukturen und Führungstechniken erforderlich. So kam im zurückliegenden Jahr eine Diskussion um das Führungskonzept auf der Ortsebene in Gang. Die vielfältigen Aufgaben eines Ortsbeauftragten machen es notwendig, dessen Verantwortungsbereich auf mehrere Schultern zu verteilen. Auch Jugendordnung und Satzung werden den sich wandelnden Gegebenheiten anzupassen sein. Der Meinungsbildungsprozeß fand auf allen Ebenen mit großer Intensität statt. Die in den vergangenen Jahren besorgniserregende Finanzsituation auf der Bundesebene und bei zahlreichen Gliederungen entspannte sich, bedingt durch die kontinuierliche Mitgliederwerbung und die besseren Steuerungsmöglichkeiten des neuen Rechnungswesens.

Bewegung kam in den Ausbildungsbereich. Nach vier Jahren mit rückläufigen Ausbildungszahlen konnte 1986 erstmals wieder eine Steigerung in der Erste-Hilfe-Ausbildung verzeichnet werden. Dieses ist im Hinblick auf die nach wie vor große Bedeutung der Ersten Hilfe bei Unfällen aller Art eine erfreuliche Feststellung. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die zahlreichen Initiati-

ven der Diözesan- und Ortsgliederungen und das überaus große Engagement der ehrenamtlichen Ausbilder, die in ihrer Freizeit Erste-Hilfe-Kurse durchführten.

Bewegung brachten die Malteser in die politische Diskussion. Auf der 27. Bundesdelegiertenversammlung in Wetzlar wurde u. a. eine Resolution zum „Berufsbild des hauptamtlichen Personals im Rettungsdienst“ verabschiedet. Darin wehrten sich die Malteser entschieden gegen alle Versuche, die Ehrenamtlichkeit als Jobkiller zu diskriminieren und das Engagement unserer ehrenamtlichen Rettungssanitäter durch ein Gesetz faktisch unmöglich zu machen. Die humane Qualität einer Gesellschaft kann gerade am ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder gemessen werden. Wer dies bekämpft, legt Hand an die Wurzel unseres Gesellschaftssystems. Wir Malteser unterstützen selbstverständlich alle Bemühungen, die Qualifikation des Rettungsdienstpersonals den steigenden Erfordernissen anzupassen.

Auch die Resolution „Der Jugend helfen – Gefährdungen abbauen“, in der sich die Delegierten für einen verbesserten Jugendschutz einsetzten, stieß bei Politikern und Verbänden auf reges Interesse und wurde in die politische Diskussion einbezogen.

Keine Bewegung kam leider in den Katastrophenschutz. Nach Tschernobyl fanden zwar zahlreiche Gespräche und Konferenzen statt, sogar Spitzenpolitiker befaßten sich mit dem für sie ungewohnten Thema Katastrophenschutz. Hoffnungen blühten auf, aber ein Jahr nach Tschernobyl bleibt nur die bittere Feststellung, daß alles beim alten bleibt: Bund, Länder und Hilfsorganisationen werden auch in Zukunft weitgehend aneinander vorbeiarbeiten.

Bewegung über die deutschen Grenzen hinaus brachte die Gründung der Malteser-Nothilfe, die von den beiden deutschen Malteser-Assoziationen und dem Malteser-Hilfsdienst im Frühjahr 1986 ins Leben gerufen wurde. Ziel der Malteser-Nothilfe ist es, die Auslandsaktivitäten ihrer Gründer zu koordinieren, Entwicklungsprojekte zu fördern, die Voraussetzung zum Erhalt finanzieller und materieller Mittel zu schaffen und das Bewußtsein für entwicklungspolitische Arbeit zu schärfen.

Das zurückliegende Jahr war nicht zuletzt auch geprägt durch zwei Großveranstaltungen: den helfenden Dienst beim 89. Deutschen Katholikentag in Aachen sowie die Durchführung der 3. Malteser-Behinderten-Romwallfahrt, die vom 18. bis 25. Oktober stattfand. Vor allem die Wallfahrt war für die 800 Teilnehmer ein großes Erlebnis.

Die Ausführungen zum Jahresbericht 1986 geben nur in dürren Zahlen die Aktivitäten wieder. Gleichwohl sind sie ein Beweis für das unermüdliche Engagement unserer Helferinnen und Helfer. Ihnen gilt mein ganz besonderer Dank.

Dieter Graf Landsberg-Velen
(Präsident)

I. Organisationsdaten

1. Organisationsgliederungen/ Dienststellen

Diözesan-, gleichgeordnete Regionalgliederungen (Bremen, Oldenburg, Hamburg/Schleswig-Holstein):	25
Orts- und Kreisebene:	548
davon mit hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen:	100
Dienststellen:	49

2. Mitglieder und Gruppen

Ordentliche Mitglieder:	70 609	(+1 693 gegenüber 1985)
davon aktive:	44 805	
Außerordentliche Mitglieder:	289 741	(+85 988)
insgesamt:	360 350	(+87 681)
Aktive Helfer, die in Gruppen mitarbeiten:	29 605	(+970)
davon:		
Helfer:	20 722	
Helferinnen:	8 883	
Helfergruppen insgesamt:	2 449	
Züge:	518	
Bereitschaften:	41	
Katastrophenschutz-Einheiten nach Bundes- oder Landesrecht anerkannt:	419	
Vom Wehrdienst freigestellte Helfer nach § 8(2) des KatS-Gesetzes:	8 722	(+199)

II. Ausbildung

1. Erste Hilfe

Das Jahr 1986 brachte für den Bereich der Laienhelfer-Ausbildungen erstmals seit Jahren wieder eine aufsteigende Bilanz:

Das Ausbildungsergebnis konnte gegenüber 1985 um 7,06 % auf insgesamt 121 553 Teilnehmer gesteigert werden.

Die Unterrichtungen in Herz-Lungen-Wiederbelebung nahmen ebenfalls zu. Mit insgesamt 10 847 Kurssteilnehmern wurden 23,61 % mehr Personen als im Vorjahr ausgebildet. Dieser Trend wird sich als Folge vielfältiger Pilotprojekte (z. B. „Göttinger Modell“) und Untersuchungen in den kommenden Jahren bundesweit fortsetzen.

2. Sofortmaßnahmen am Unfallort

Aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge ist in den nächsten Jahren ein weiterer Rückgang der Zahl der jungen Führerscheinbewerber und damit ein weiter sinkendes Ausbildungsergebnis zu erwarten.

3. Schwesternhelferinnen-Programm

Großen Zuspruch fanden erneut die beiden zentral durchgeführten Seminare für ehrenamtliche SH-Referenten/-Referentinnen. Ziel dieser Seminare ist es, die

Bewegung kam 1986 in die Erste-Hilfe-Ausbildung.



Teilnehmer zu qualifizieren, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Schwesternhelferinnen in Zusammenarbeit mit den Diözesan-Referenten zu organisieren und durchzuführen sowie SH-Gruppen zu gründen und sie bei ihrer aktiven Mitarbeit im MHD zu begleiten.

Die „Arbeitsmappe für den Pflegehilfsdienst“ erschien in der 3. Auflage – wiederum gemeinsam mit der JUH – in einer Auflage von 10 000 Exemplaren.

4. Pflegediensthelfer

Im Berichtsjahr verringerte sich die Zahl der männlichen Helfer, die sich im Rahmen der SH-Kurse zu Pflegediensthelfern ausbilden ließen. Offenbar hat diese Ausbildungsmöglichkeit zugunsten anderer an Attraktivität verloren, nicht zuletzt deshalb ein bedenklicher Trend, weil die Pflegediensthelfer-Lehrgänge im Hinblick auf die Sozialen Dienste eine gute Vorbereitung darstellen.

Laienhelfer-Ausbildungen/Bund in den Jahren 1982–1986

Jahr	Anzahl Teilnehmer	Veränderung (%)
1982	141.874	
1983	138.287	= - 2,52 %
1984	130.469	= - 5,65 %
1985	113.537	= - 12,97 %
1986	121.553	= + 7,06 %

Ausbildung in den Jahren 1982–1986 Sofortmaßnahmen am Unfallort

Jahr	Anzahl Teilnehmer	Veränderung (%)
1982	110.823	
1983	123.623	= + 11,6 %
1984	125.160	= + 1,2 %
1985	118.625	= - 5,2 %
1986	113.250	= - 4,5 %

5. Altenhilfe

Für das Berichtsjahr ergab sich für diesen Ausbildungszeitraum, der von den Diözesen Augsburg, Bamberg, München, Oldenburg und Würzburg angeboten wird, folgende Bilanz:

— Ausbildung/Fortbildung von Altenhelfern/-innen: 442/361 (1985: 251/556)

6. Ausbildungen in der Behindertenarbeit und der häuslichen Krankenpflege

Im Berichtsjahr ging die Zahl der Ausbildungen im Behindertenfahrdienst bzw. in der Behindertenarbeit stark zurück. Lediglich 498 Helferinnen und Helfer absolvierten diese Lehrgänge. Dieser Rückgang ist mit auf die im Vorjahr erzielte Bedarfsdeckung zurückzuführen.

Dagegen konnte im Bereich der Häuslichen Krankenpflege eine deutliche Steigerung um 22,35% auf 1 713 ausgebildete Personen (1985: 1 400) erzielt werden.

7. Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende

Erneut nahm sowohl die Zahl der in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband durchgeführten Einführungs-

Jahr für Jahr müssen nahezu 2 Millionen Bundesbürger durch den Rettungsdienst versorgt werden.



lehrgänge für Zivildienstleistende (+9) als auch die Zahl der Teilnehmer an diesen Lehrgängen (+175) zu.

8. Erwachsenenbildung

1986 wurde mit der Erstellung einer Konzeption von Weiterbildungsseminaren für Führungs- und Lehrkräfte des MHD begonnen, die sich an modernen Grundsätzen der Erwachsenenpädagogik und des erfahrungsorientierten Lernens ausrichten, um den Ausbildern, Lehrscheinhabern und Referenten wirksamere Hilfen in der unterrichtsme-

thodischen Vermittlung von Sachwissen und der Aktivierung von Lehrgangsteilnehmern zu geben.

III. Rettungswesen:

Das Rettungswesen in der Bundesrepublik steht im internationalen Vergleich auf hohem Niveau. Die Ausstattung der Rettungsmittel entspricht modernem Standard, die Ausbildung der Rettungs-sanitäter genügt, auf der Grundlage der 520-Stunden-Ausbildung, ergänzt durch regelmäßige Fortbildung und Praxis, den Einsatzerfordernissen.

Von insgesamt 124 Dienststellen/Rettungswachen des MHD, die Rettungsdienst/Krankentransport durchführen, arbeiten über die Hälfte ausschließlich mit ehrenamtlichem Personal zur Sicherstellung eines flächendeckenden Rettungssystems auch an den Wochenenden. Nicht zuletzt dadurch wird die soziale Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in unserer Gesellschaft dokumentiert.

1. Personal im Rettungsdienst

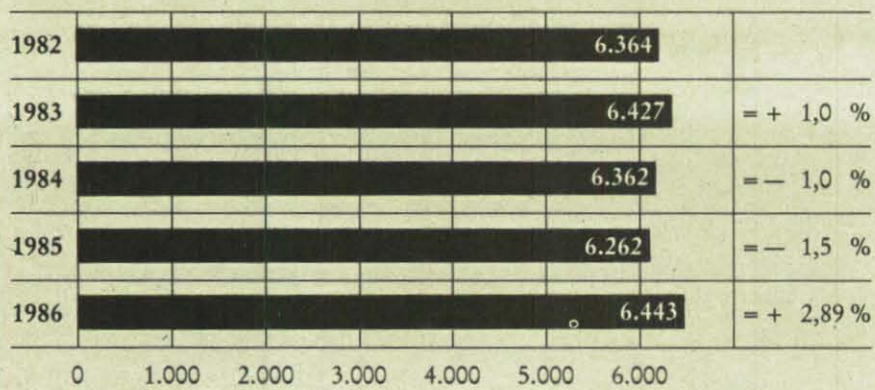
Im Berichtsjahr ging die Zahl der im Rahmen der 520-Stunden-Mindestausbildung qualifizierten Rettungs-sanitäter von 548 auf 462 zurück. Von diesen waren 90 Rettungshelfer, die im Rahmen von Aufbaulehrgängen in den Zentralen Schulungen ihre Rettungs-sanitäter-Qualifikation erwarben. Der Anteil der Zentralen Schulungen an den Rettungshelfer-Ausbildungen lag 1986 bei 347 von insgesamt 631.

2. Rettungsdienst/Krankentransport

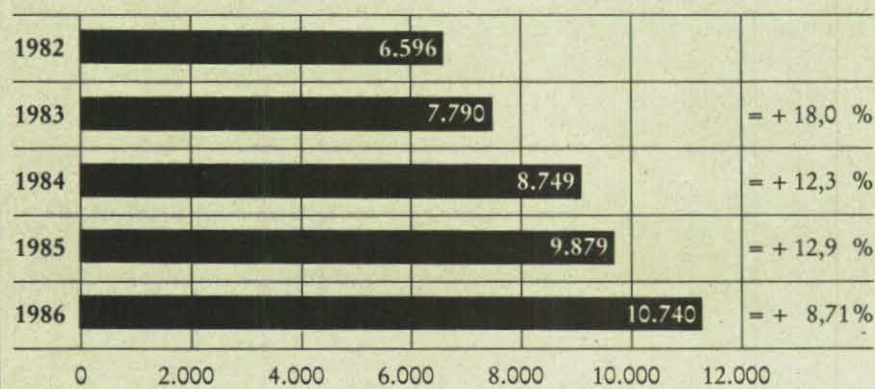
Im Jahre 1986 konnte ein Anstieg der Einsätze auf 336 783 verzeichnet werden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,2% entspricht.

Diese Erhöhung resultiert zu einem erheblichen Teil aus dem Zuwachs von

Ausbildung in den Jahren 1982–1986
Schwesternhelferinnen



Fortbildung in den Jahren 1982–1986
Schwesternhelferinnen



11 924 Einsätzen im Bereich der Organ-, Blut- und Medikamententransporte.

3. Rettungshubschrauber

Das organisierte Luftrettungsnetz in der Bundesrepublik umfaßt derzeit 36 Rettungshubschrauber, die 90% der Bevölkerung innerhalb von 15 Minuten bei einem Einsatzradius von 50 km erreichen, Notfallmedizinisch versorgen und befördern können.

An drei Stationen beteiligt sich der Malteser-Hilfsdienst durch Bereitstellung von Rettungssanitätern (Köln, Ochsenfurt und Würselen).

4. Rückholdienst

Im Jahre 1986 wurden von der Einsatzzentrale Rückholdienst insgesamt 3 511 Einsätze abgewickelt (gegenüber 1985 = +857 = +32%). Die größte Zahl dieser Rückholungen, 3 247, war bodengebunden, d. h. Transporte, die mit Krankenkraftwagen durchgeführt wurden. 264 Rückholungen erfolgten auf dem Luftweg mit Hilfe von Ambulanzflugzeugen, Ambulanzhubschraubern oder Linienmaschinen.

5. Sanitätsdienst

Erfreulich war die Zunahme der Sanitätseinsätze um über 10%. Das Einsatzspektrum reichte von kleineren „Ein-Helfer-Sanitätsbetreuungen“ bis hin zu Großeinsätzen, bei denen zum Teil mehrere hundert Helferinnen und Helfer beteiligt waren.

6. Arzneimittelwesen

Bis zum Jahresende wurden 59 Apotheker zur Mitarbeit in diesem Fachbereich gewonnen.

Als wichtiger Schritt zur Neuordnung des Arzneimittelwesens im MHD trat im Juli 1986 die Dienstanweisung „Umgang mit Arzneimitteln“ in Kraft.



Die Teilnehmerstation für den Hausnotruf wird schnell und zuverlässig installiert.

IV. Soziale Dienste

1. Behindertenfahrdienst

Die Mobilität von behinderten Menschen zu verbessern, dienen die Behindertenfahrdienste des MHD.

2. Mobiler Hilfsdienst

Die Mobilen Hilfsdienste für Kranke, Behinderte und alte Menschen umfassen ein breites Tätigkeitsspektrum (pflegerische Hilfen, Hilfen im Haushalt, Hilfen zur Erhaltung und Erweiterung von Kontakten zur Umwelt) und tragen wesentlich zur Entlastung und Stabilisierung der betroffenen Familien bei.

3. Mahlzeitendienst

45 Dienststellen führten im Berichtszeitraum Mahlzeitendienste durch: insgesamt wurden 943 083 Essen ausgegeben.

4. Hausnotrufdienst

1986 betrieben elf MHD-Dienststellen eine Hausnotruf-Zentrale.

V. Malteser-Jugend

Während die Zahl der Gruppen auf 440 (Vorjahr: 421) und die der Gruppenleiter auf 719 (Vorjahr: 649) stieg, sank die Mitgliederzahl auf 4 762 (Vorjahr: 4 885).

In der regionalen Entwicklung ließ sich erkennen, daß das Wachstum derjenigen Diözesangliederungen stagnierte, die bereits seit längerer Zeit Jugendarbeit mit relativ hohen Mitgliederzahlen leisten. Kleine und mittlere Diözesangliederungen, die erst später mit der Jugendarbeit begonnen hatten, verzeichneten dagegen weiterhin steigende Zahlen.

VI. Zivil- und Katastrophenschutz

1. Novellierung der Zivilschutzgesetzgebung

Bei einem Spitzengespräch mit Vertretern des Bundes, der Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen wurde nochmals konkret dargestellt, worum es den Hilfsorganisationen bei der Novellierung eines Zivilschutzgesetzes geht:

Ein Ergebnis des Gespräches war die Einsetzung des Arbeitskreises „Finanzierungsfragen im erweiterten Katastrophenschutz“. Der von diesem Arbeitskreis erstellte Entwurf einer Neufassung zur Abrechnung der Selbstbewirtschaftungsmittel fand die Zustimmung der Hilfsorganisationen.

2. Unterführerausbildung

Aufbauend auf der Ausbildungsvorschrift für die aktive Helferschaft (AV 10) ist für die Trupp-/Gruppenführer eine Ausbildungsvorschrift (AV 11) herausgegeben worden.

Der Lernzielkatalog teilt sich in zehn Lernabschnitte, wobei besonderer Wert auf einsatztaktische Kenntnisse gelegt wird. Die Bereiche Menschenführung, Methodik, Didaktik (Vorbereitung von Ausbildungsveranstaltungen) sowie die Vermittlung der im Leitfaden festgelegten Grundwerte sind weitere Themen.

VII. Auslandsdienst

1. Äthiopien

Im Januar 1986 wurde der über rund ein Jahr dauernde Einsatz in den Dürre- und Hungergebieten Äthiopiens beendet. 37 Helfer leisteten Hilfe durch eine umfassende allgemein-medizinische Versorgung und die Durchführung eines Intensiv-Ernährungsprogrammes.

Der Einsatz erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Auslandsdienst des Deutschen Caritasverbandes.

2. Thailand

Noch immer leben rund 250 000 kambodschanische Flüchtlinge in den Lagern an der thailändisch-kambodschanischen Grenze. Ein vierköpfiges Malteser-Team versorgt dort die Leprakranken unter ihnen. Mehr als 200 Patienten werden ambulant behandelt, rund 30 sind in den behelfsmäßigen Hospitälern des MHD stationär aufgenommen.

Arbeitshilfe für die Inanspruchnahme der Selbst- bewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge für die Einheiten und Einrichtungen des Erweiterten Katastrophenschutzes

(Stand: 1. 6. 1987)

Der Bund trägt die Kosten

- der zusätzlichen Ausstattung (gem. STAN),
- der „besonderen Ausbildung“ (beim Brandschutzdienst 20%),
- der Vollausbildung (für Fachdienste außer Brandschutz- und Sanitätsdienst) und
- der Unterhaltung der Einheiten des Katastrophenschutzes (Erw. KatS).

Hierfür werden vom Bund Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeiträge bereitgestellt, aus denen die Ausgaben zu bestreiten sind. Der Hauptverwaltungsbeamte des Kreises/kreisfreien Stadt ist für die Mittelbewirtschaftung dieser Bundesmittel zuständig. Der Jahresbetrag für eine Einheit/Einrichtung steht insgesamt für alle vom Bund zu tragenden Kosten zur Verfügung. Um diese Bundesmittel jährlich in Anspruch nehmen zu können und um den Mittelabfluß zu gewährleisten, sind nachfolgenden Punkte zu beachten:

Allgemeines

1. Personal und Material der Einheiten im Erw. KatS werden durch STAN festgelegt. Für die Unterhaltungskosten von Personal und Ausstattung (neu oder alt/als Übergangsregelung) nach STAN werden vom Bund Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt. Der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) hat die Träger der Einheiten — in der Regel am Jahresan-

fang — über die Höhe der zustehenden Jahresbeträge zu unterrichten. Nicht benötigte Selbstbewirtschaftungsmittel kann der HVB für einen Mittelausgleich zwischen den Trägern verwenden.

2. Das Vorhandensein der vom HVB genehmigten Ausbildungs-/Dienstpläne ist eine zwingende Voraussetzung für Zahlungen aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln für Ausbildungsveranstaltungen einschließlich Übungen. Folgendes ist zu beachten:

- Die Träger der Einheiten sind dem HVB für die ordnungsgemäße Durchführung der Ausbildung am Standort verantwortlich.
- Sie legen dem HVB rechtzeitig (erstmalig zum Jahresbeginn) die Ausbildungs-/Dienstpläne vor.
- Für Übungen im Zugverband oder auf Kreisebene sind zusätzliche detaillierte Übungsunterlagen vorzulegen.
- Der für die Arbeiten „Materialerhaltungsstufe 1“ erforderliche technische Dienst (außerhalb der Ausbildung) bestimmter Helfer ist im Dienstplan festzulegen oder von Fall zu Fall anzuordnen.

3. Die Führer der Einheiten erstellen anhand der Musterausbildungspläne (für Brandschutzdienst z. B. gem. FwDV 2/2) die Dienst-/Ausbildungspläne für den Teil „besondere Ausbildung“. Der Plan muß mindestens beinhalten:

- Name des Trägers/taktische Bezeichnung der Einheit,

- Datum/Zeit, Ort/Unterkunft,
- Thema der Ausbildung (zu verwendende Dienstvorschrift),
- Name/Funktion des Ausbilders,
- voraussichtliche Teilnehmerzahl,
- aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln zu erstattende voraussichtliche Kosten für den jeweiligen Anlaß.

Zur Erleichterung der Kostenabrechnung empfiehlt es sich, beim Brandschutzdienst für die Themen der „besonderen Ausbildung“ die Veranstaltungen gesondert durchzuführen.

4. Für jedes vom Bund gelieferte Fahrzeug des Erw. KatS ist ein Fahrtenbuch zu führen. Die Eintragungen müssen Angaben beinhalten über:

- a) Anlässe des Erw. KatS; dazu gehören
 - „besondere Ausbildung“ (gem. FwDV 2/2)
 - sonstige Fahrten für Anlässe des Erw. KatS
 - Bewegungsfahrten rd. 50 km/monatl. (sofern 600 km pro Jahr für friedensmäßige Feuerwehraufgaben gem. Pos. b nicht erreicht werden)

b) Fahrten für friedensmäßige Aufgaben (sofern diese anfallen).

5. In der beigefügten Übersicht wurden in einer Kurzfassung Einzelheiten zur Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge zusammengestellt.

Übersicht zur „Inanspruchnahme der Selbstbewirtschaftungsmittel/Jahresbeträge“

gemäß KatS-Kosten-VwV vom 27. 2. 1972

und „Allgem. VwV über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftungsmittel für die Einheiten und Einrichtungen“

Verwendungszweck	Erläuterungen	Hinweise auf gesetzliche Bestimmungen und sonstige Vermerke
1	2	3
Kosten der Materialerhaltung und Ersatzbeschaffung	<ul style="list-style-type: none"> — Kosten der Instandhaltung der Ausstattung, insbesondere Abfindung des Mehraufwandes der hierfür eingesetzten Helfer (für Fahrtkosten und Wegstreckenentschädigung) — Gläser für Gestelle für Masken-Stegbrillen (für ABC-Maske M 65 Z, wenn Sehhilfe benötigt wird; Gestell wird von KatS-Zentralwerkstatt geliefert) — Reinigung der persönlichen Ausstattung aller Helfer — „Kleine“ Ersatzbeschaffungen (für STAN-Ausstattung) bis zu 100,— DM im Einzelfall; Höchstbetrag kann bis zu 300,— DM im Einzelfall betragen, wenn der ersatzbeschaffte Gegenstand unverzüglich zur Aufrechterhaltung des Ausbildungs- und Dienstbetriebes notwendig ist 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/a</p> <p>für Brandschutzdienst 1× jährlich</p> <p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/d Am Standort sind die Arbeiten der Materialerhaltungsstufe 1 durchzuführen</p>
Betrieb der Einsatzfahrzeuge	<ul style="list-style-type: none"> — Verbrauch für Fahrzeuge und für sonstige verlastete motorbetriebene Ausstattungsgegenstände (Kraftstoffe, Öle, Fette, destilliertes Wasser, Rostschutzmittel, Leichtbenzin, Kochbadflüssigkeit, Bremsflüssigkeit, Frostschutzmittel) — Fahrtenbücher, Bordbücher, Betriebsstundenbücher — Füllung von Druckgasflaschen 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 19/b Bewegungsfahrten 600 km/jährlich (Teilstrecke nicht unter 15 km) soweit diese Strecke nicht bereits für Dienstfahrten friedensmäßig zurückgelegt wurde. Eintragungen im Fahrtenbuch dienen als Nachweis.</p>
Sachaufwand bei der Durchführung der Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> — Karten des Kreises/der kreisfreien Stadt 1:50000, des Landes 1:250000 — Orts-/Stadtpläne — visuelle Ausbildungsmittel wie z. B. Folien, taktische Zeichen (einfacher Satz), Diaserien (die vom BZS gebilligt sind), sonstige Ausbildungsunterlagen (wenn nicht vom BZS geliefert) — sonstige Ausbildungshilfsmittel (z. B. ABC-Selbsthilfesatz, Verbandmaterial) — Schreib- und Zeichenmaterial — Vordrucke (z. B. Meldevordrucke für Beobachtungsmeldungen) — sonstiges Verbrauchsmaterial wie z. B. Schaummittel, Baustoffe, Schminkmaterial, ABC-Streumittel — Mietkosten für eine vorübergehende Fahrzeug-Anmietung (für Übung und Einsatz) anstelle eines nach STAN zu „beordernden Fahrzeuges“ — Mietkosten für Ausbildungsgeräte (z. B. Tageslicht-/Diaprojektoren usw.) sofern beim Träger nicht vorhanden 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/c</p> <p>beim Brandschutzdienst nur für Anteil „besondere Ausbildung“ beim Brandschutzdienst nur für Anteil „besondere Ausbildung“</p>
Abfindung an Helfer, Ersatzleistungen für Sachschäden und Erstattung fortgewährter Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> — Fahrtkostenersatz bzw. Wegstreckenentschädigung — Verpflegungskosten für längere Veranstaltungen (wenn keine Naturalverpflegung erfolgte) — Naturalverpflegung an Helfer für längere Veranstaltungen — Mehraufwand der Führer und Unterführer (z. B. Fernspreckgebühren, Porto usw. zur Vorbereitung der Ausbildung) Hinweis: Diese Abfindung kann pauschaliert werden, wenn dies für den friedensmäßigen KatS ebenso erfolgt! — Ersatzleistungen an Helfer für Schäden an eigenen Sachen (Hinweis: Hierzu ist eine Schadenmeldung an den HVB erforderlich.) — Erstattung fortgewährter Leistungen für Arbeitnehmer und Verdienstaussfall für Helfer, die keine Arbeitnehmer sind (bei Ausfall an Arbeitszeit von mehr als 2 Std./pro Tag oder 7 Std./in 2 Wochen); im übrigen gilt die Länderregelung für „Freiwillige Feuerwehren“ 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/a</p> <p>Nach Länderregelung: beachte Anhang 6 zum Leitfaden „Wirtschaftsverwaltung KatS“ Ausbildung am Standort in der Regel außerhalb der üblichen Arbeitszeit durchführen</p>
Lehrentschädigung und -vergütung	<ul style="list-style-type: none"> — Honorare für Gastlehrer (-ausbilder) 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 20/b Nur im begründeten Ausnahmefall; wenn keine eigenen Kräfte vorhanden.</p>
ärztliche Untersuchungen	<ul style="list-style-type: none"> — Untersuchung der Träger von umluftunabhängigen Atemschutzgeräten nach G 26 (Hinweis: zur Zeit außer Brandschutzdienst) — Köche — Sprengberechtigte 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/b</p> <p>(nach § 18 i.V.m. § 17 Bundesseuchengesetz) (nach § 50 der 2. Durchführungsverordnung)</p>
Helferbetreuung	<ul style="list-style-type: none"> — Helferbetreuung bis zu dem beim Träger üblichen Umfang (z. B. Veranstaltungen zur Kameradschaftspflege) 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/c (nur für den Verstärkungsanteil)</p>
Helferwerbung	<ul style="list-style-type: none"> — Helferwerbung 	<p>KatS-Kosten-VwV Nr. 21/a Hinweis: falls erforderlich bei Helfer-mangel</p>

Hauptbrandmeister Urs Malkomes,
Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Berlins e. V.

Berliner Feuerwehrwesen – wir über uns

Wenn man über Berliner Feuerwehrwesen und -geschehen berichtet, werden viele Leser – auch Berliner – überrascht sein, daß es auch noch heute in dieser Großstadt mit über 3 Millionen Einwohnern (West 2 Millionen/Ost 1,3 Millionen) Freiwillige Feuerwehren gibt, zumal rein äußerlich sich die Ehrenamtlichen in West-Berlin nur durch das rot gefaßte Ärmelabzeichen von der Berufsfeuerwehr unterscheiden.

In der 136jährigen Geschichte der Berliner Feuerwehr sind die letzten 85 Jahre aktiv von Freiwilligen Feuerwehren mitgestaltet worden. Bedingt durch den Niedergang im 2. Weltkrieg, durch die alliierten Kontrollratsgesetze und die vielleicht nicht immer dem FF-Gedanken sehr zugetanen früheren Behördenleitungen stagnierte das Freiwillige Feuerwehrwesen.

Erst Mitte der 60er Jahre und verstärkt seit 1970 durch den derzeitigen Leiter der Berliner Feuerwehr, LBD K.-W. Seidel, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband unter Vorsitz des 1984 verstorbenen Kameraden G. Kalläne waren erfreuliche Wiederbelebungen, Förderungen und Neugründungen zu beobachten.

33 Ausrückebereiche

Blickt man auf die Karte des Westteils unserer Stadt, so ist dieses Gebiet feuerwehrtechnisch in 4 Abschnitte – Nord (1), West (2), Südwest (3) und Süd (4) – aufgliedert und in 33 Ausrückebereiche aufgeteilt, wobei 24 von Berufsfeuerwehren und 9 von Freiwilligen Feuerwehren abgedeckt werden und 12 FF-Wehren auf BF-Wehren ihren Dienst versehen. Organisation und Alarmierung erfolgt zentral durch die Berliner Feuerwehr, d. h. die FF's sind voll integriert bzw. den BF's gleichgestellt.

Zu den Aufgaben der Berliner Feuerwehr gehören neben Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz die vielfältigsten technischen Hilfeleistungen und das gesamte Rettungswesen, d. h. von ihrer Leitstelle aus werden auch die Hilfsorganisationen eingesetzt.

Z. Zt. versehen im Land Berlin 2 612 Berufs-, 414 freiwillige Feuerwehrmänner, 12 freiwillige Feuerwehrfrauen und 104 Mitglieder der Jugendfeuerwehren ihren Dienst.

Die Wachzugehörigkeit ist am Helm erkennbar, wobei die erste Ziffer den Abschnitt, die zweite die Wache und die dritte 0 für BF und 1,2,3... für FF bedeutet; ist die letzte Ziffer eine 9, so deklariert dies einen FF-Angehörigen auf einer Berufsfeuerwehrwache.

Personelle Veränderungen

Im Bereich des Verbandswesens ist die Berliner Feuerwehr als Organisation Mitglied des Deutschen Feuerwehrverbandes,

jedoch nicht des Landesverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Berlins, der namensmäßig und satzungsgemäß z. Zt. nur die Aufnahme von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren Berlins kennt; eine fördernde Mitgliedschaft als natürliche Person steht jedoch jedem Feuerwehrmann oder Feuerwehrinteressierten offen.

Der Landesverband zählt 525 Mitglieder. Im Vorstand kam es im Oktober 1986 auf der Landesdelegiertenversammlung zu einigen personellen Veränderungen durch Nachwahlen; den Vorsitz übernahm der Kamerad F. Brose, nachdem der mehrjährige Amtsträger J. Reinecke seinen Rücktritt erklärt hatte. Den Posten des 1. Beisitzers übernahm der Kamerad Klemke. Neuwahlen zum gesamten Vorstand sind im Herbst 1989 fällig.

Zwei neue Wachen 1986

Erfreulicherweise konnten auch im Jahre 1986 zwei Wach-Neubauten eingeweiht



Das Orchester der Schutzpolizei Berlin untermalte die Einweihung der Feuerwache Marienfelde.



Allen Anforderungen an eine moderne Feuerwache wird das neue Gebäude in Lichtenrade gerecht.

bzw. in Dienst gestellt werden. So gehörten im Februar die Marienfelder zu den Glücklichen. Die FF-Wache Marienfelde wurde 1975 wieder begründet. Sie besteht aus 23 Mann unter Führung des Wehrführers Heinz Lehmann.

Der Ortsteil Mariendorf im Bereich Marienfelde kann wie viele andere Bezirke Berlins eine lange Feuerlöschtradition vorweisen; so bestand dort bereits seit 1832 eine Feuerlöschordnung mit detaillierten Angaben betr. Gerät und Verhalten, verbunden mit einer Feuerkasse, die den durch Brand Geschädigten Unterstützung zuteil werden ließ.

Im September 1986 waren dann die Lichtenrader dran, nachdem sie 76 Jahre lang im Dienstgebäude Alt-Lichtenrade waren. Der äußere Baustil des Wachgebäudes wurde dem Landschaftsbild und der Bebauung angepaßt und das Innere den modernen Anforderungen an eine Feuerwache gemäß gestaltet.

Kosten in Millionenhöhe

Der Haushalt der Berliner Feuerwehr beläuft sich auf etwa 180 Mill. DM Ausgaben und 11 Mill. DM Einnahmen; der Fehlbetrag über 169 Mill. DM wird durch den Gesamthaushalt des Landes Berlin abgedeckt. Die Aufwandsentschädigung für einen Freiwilligen beträgt seit über 15 Jahren DM 4,— pro angefangene Einsatzstunde.

Die Berliner Rechtsvorschriften im Feuerwehrdienst garantieren im Text eindeutig, daß keinem FF-Angehörigen durch seine freiwillig übernommenen Pflichten ein Nachteil entstehen darf, sei es als Lohn- oder Gehaltsempfänger, der im abhängigen Arbeitsverhältnis steht, noch als Selbstständiger.

Aber welcher FF-Angehörige schaut schon auf den materiellen Ausgleich,

wenn er sich einer ideellen Sache verschrieben hat, indem er die ihm mitgegebenen oder erworbenen Fähigkeiten — sei es als Handwerker, Kaufmann, Beamter, Pfarrer oder Hochschullehrer — zum Wohle der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stellt.

Dieses Ideal ist leider heutzutage in unserem von materiellem Ehrgeiz geprägten Umfeld nur noch selten zu finden! Die öffentliche Hand sollte jedoch auch nicht vergessen, zu welchen günstigen Konditionen sie auf ein Potential von spezialisiertem und qualifiziertem Personal jederzeit — per Alarmierung — zurückgreifen kann, das sie außer der ohnehin notwendigen Ausrüstung nichts kostet.

Bunte Einsatzpalette

Im Jahr 1986 wurden 145 623 Einsätze gefahren, die sich wie folgt aufteilen:

Brand und Explosion	6 239
Technische u. a. Hilfeleistungen	23 079

Notfallrettung	91 058
Krankentransporte	63
Einsätze zu Tieren	929
Fehleinsätze	24 255

Etwa 75 % der Fehleinsätze sind bedingt durch Irrtum der Meldenden — also in gutem Glauben —, 20 % böswillig ohne Ermittlung des Täters, 4 % durch Mängel im Meldeweg und 1 % böswillig mit Ermittlung des Täters. Betrachtet man die Palette der Tätigkeiten, so ist diese je nach Alarmierungswort recht bunt. Sie reicht vom leichten bis schweren Unfall, bei „Tier in Notlage“ vom eingeklemmten Piepmatz im Abflußrohr über das Einfangen von Paradeponies Ihrer Majestät der Königin von England bis zum Liften einer 2,5 t schweren Elefantenkuh; bei „Hilfloser Person“ von der Befreiung einer eingeklemmten Person auf ländlichem Plumpsklo aus mißlicher Lage über die Einbringung eines Drogenkranken in eine Heil- und Pflegeanstalt bis zur traurigen Brandbekämpfung beim Großbrand nach Explosion in der Berliner Diskothek „La Belle“.

Wie immer ist der Feuerwehrangehörige für alle und alles da, auch wenn andere Dienste wie Müllabfuhr oder Straßenreinigung geeigneter wären.

Einsätze, die aus dem Rahmen fielen

Was war so beispielsweise los im Einsatzgeschehen in Berlin?

Wildschwein im Swimmingpool

Kurz vor Hubertustag war die Wildsau „Kunigunde“ aus dem naheliegenden Tegeler Forst im Ortsteil Konradshöhe — wohl auf der Suche nach Äsung oder einem wohltuenden Bad — in ein Privat-



Mit einem Klaps wird das Wildschwein zum Verlassen des Swimmingpools aufgefordert.

grundstück eingedrungen und in ein bis zur Hälfte mit Wasser gefülltes Schwimmbecken gefallen.

Bei Ankunft der Feuerwehr hielt sich der Schwarzkittel mühsam, teils schwimmend, teils mit hochgereckter Schnauze über Wasser. Als erste helfende Maßnahme wurde das Wasser aus dem Becken gepumpt und danach der hinzugeeilte Revierförster mit Büchse — der Tierliebe der Berliner entsprechend — durch den Veterinär ersetzt, der das unruhige Vieh mit einem Blasrohr leicht betäubte. Danach konnte „Kunigunde“ durch vier kräftige Feuerwehrmänner über zwei Bohlen aus ihrer mißlichen Lage befreit und dem Tegeler Forst wieder zugeführt werden.

Aufräumungsarbeiten nach Wohnungsbrand

Eine im 3. OG eines nur noch teilweise bewohnten viergeschossigen Kreuzberger Hinterhofgebäudes gelegene Wohnung brannte, eine Person stand am Fenster und drohte, in die Tiefe abzustürzen. Nachdem als erste Maßnahme ein Sprungtuch vorgenommen worden war, gelang es einem Trupp unter schwerem Atemschutz, von innen die Person vom Fenster wegzuholen und in Sicherheit zu bringen, während ein anderer den Schwelbrand mit einem C-Rohr ablöschte.

Das Bild, das sich in den Wohnräumen bot, war erschreckend und ekelhaft, so daß Zweifel aufkamen, wie darin ein Mensch leben konnte. In Wohnzimmer und Diele war der Fußboden mit einer etwa 75 cm starken Unratschicht bedeckt, bestehend aus verdorbenen Speiseresten, Flaschen, Dosen, Lumpen, Papier bis zu Fäkalien.

Um etwaigen Schwelbrandnestern nachzugehen, mußten die wenig angenehm riechenden häuslichen Unrathalden abgetragen werden: Die Massen der unteren Schichten waren dabei so verfestigt, daß sie teilweise mit der Axt losgebrochen werden mußten. Durch die Aktivitäten der Feuerwehrleute aufgeschreckt und ihres Lebensraumes beraubt, ergriffen Scharen von vier-, sechs- und vielbeinigem Ungeziefer die Flucht.

Verkehrshindernis im Wasser

Berlin hat mit dem Westhafen nicht nur den zweitgrößten Binnenhafen Europas und nach Venedig die meisten Brücken, sondern wird zu einem großen Teil auch auf dem Wasserwege versorgt. 6,8% von 48 013 ha gesamt sind Wasserfläche; diese müssen immer frei sein. Für den Einsatz stehen fünf Löschboote zur Verfügung.



Das Löschboot II im Einsatz.

Das abgebildete LB II ist 17 m lang, 4,20 m breit und 4,75 m hoch bei 0,75 m Tiefgang; der Antrieb erfolgt über zwei 300-PS-Motoren. Die Ausrüstung zur Hilfeleistung und Brandbekämpfung entspricht etwa der der Fahrzeuge LF oder LHF, wobei als Löschgeräte zwei L 400/75 mit 3 000 l Schaummittelkonzentrat bei 3 000 l/min und 10 bar zur Verfügung stehen. Die Stammbesatzung besteht aus einem Bootsführer und zwei weiteren Beamten.

Werden weitere Einsatzkräfte — speziell für den Unterwassereinsatz — benötigt, rückt der Gerätewagen — Wasserrettung (GW-W) und der Abrollbehälter — Rüstmaterial Wasser (AB-Rüst-W) aus, der über Aufrichteinrichtungen und Unterwasser-Schweißeinrichtungen verfügt.

Elefant mit Kreislaufversagen

Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten, nur etwa eine halbe Stunde der Ruhe zu fröhen — bei längerem Liegen nehmen erwachsene Elefanten sonst

durch ihr hohes Eigengewicht körperlichen Schaden — kam die 38 Jahre alte Elefantenkuh „Mampe“ trotz intensiver Betreuung durch zwei Tierärzte und mehrere Tierpfleger nicht mehr mit eigener Kraft auf die Beine. Was tun — die Feuerwehr muß her.

Für die Feuerwehr war es nicht ganz einfach, über das Absperrgitter und den zwei Meter breiten Sicherheitsgraben rund um das Freigehege an den ausgerechnet in der Mitte liegenden Koloß heranzukommen. Mit fast waagrecht ausgefahrenem Kranausleger konnte trotz Ansprechen der Überlastungseinrichtungen die gewichtige Dame angehoben werden, so daß sie auf ihren eigenen Extremitäten hätte wieder stehen können. Leider war der gesundheitliche Zustand des Tieres so schlecht, daß es auf dem untergeschobenen Strohpolster am Abend endgültig einschlief.

Zusammenarbeit mit THW

Nachdem die Feuerwehr nach einem Verkehrsunfall im Bezirk Neukölln ihre



Harte Arbeit waren die Bemühungen um den kranken Elefanten.



Der Kran der Feuerwehr richtet das THW-Fahrzeug wieder auf.

Einsatzkräfte zurückgezogen und die Einsatzstelle dem an diesem Wochenende zur Verfügung stehenden THW zur Aufbringung der Betonringe einer in ihrer Standfestigkeit gefährdete Reklamesäule übergeben hatte, mußte sie erneut ausrücken — aber nun mit schwerem Gerät.

Beim Versuch, die Litfaßsäule abzule-

gen, stürzte der THW-Lkw mit Ladekran um und veränderte dadurch die typenspezifischen Merkmale eines dort abgestellten Pkw nicht unerheblich. Personen kamen dabei erfreulicherweise nicht zu Schaden.

Mit Hilfe eines KW 40 der Feuerwehr wurde der Lkw wieder in seine normale Betriebslage aufgerichtet.

Jugendfeuerwehr im Kommen

Durch verstärkte Basisarbeit unter Leitung von H. Kretschmann ist es auch gelungen, in den letzten neun Jahren die Jugendfeuerwehr in unserem Stadtstaat, in der Feuerwehr und bei der Berliner Bevölkerung durch den Berlin Marathon, das Internationale Kinderfest und regionale Veranstaltungen bekannt zu machen.

Unser Ziel der Jugendfeuerwehrarbeit ist es, den Jugendlichen neben der Feuerwehrtechnik die Hilfsbereitschaft und das Bewußtsein, für den anderen da zu sein, mitzugeben. So wird die Erziehungsarbeit in Familie, Schule und Beruf sinnvoll ergänzt.

Anlässlich des 20jährigen Bestehens der Deutschen Jugendfeuerwehr sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Berlin: „Das Wichtigste für junge Menschen ist nicht, von den Älteren Antworten auf Kritik zu bekommen, sondern selbst die Welt in die Hand zu nehmen, eigene Erfahrungen zu sammeln und sich aus dem, was man selbst erlebt, ein Bild darüber machen, wie man aus der Gegenwart gut in die Zukunft hineinwächst.“

INTERSCHUTZ 88 DER ROTE HAHN

Stand: 1.3.1987

Terminübersicht

Mittwoch 25.05.1988	Donnerstag 26.05.1988	Freitag 27.05.1988	Samstag 28.05.1988	Sonntag 29.05.1988	Montag 30.05.1988	Dienstag 31.05.1988	Mittwoch 01.06.1988	Donnerstag* 02.06.1988
Presseabend (DFV/VFDB/ Messe AG)	Eröffnungs- Feier (Messe AG)	(Eröffnungs- rundgang) Ausstellung INTERSCHUTZ täglich 9.00 – 18.00 Uhr (Messe AG)						
Einsatz-Vorfürhungen im Freigelände (nach Angebot)								
VFDB – Tagung (ohne Vortragsveranstaltungen)								
Vorstand Präsidium Delegiertenversammlung (DFV)								
FW und JF Wettkämpfe (DFV)								
			Tagungen		Symposien (Messe AG)		Veranstaltungen	
Fest FW Hannover			FW-Musik Wertungsspiele (LFV Nds.)		Vollversammlung (AGBF)			

* Gesetzlicher Feiertag: Baden Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

DLRG bei 750- Jahr- Feiern

Mit dem 3. Havelfest eröffnete der Verwaltungs-Bezirk Spandau die Reihe der Veranstaltungen, die in den kommenden Wochen und Monaten in den zwölf Berliner Bezirken diesseits der Mauer anlässlich des 750jährigen Bestehens der Stadt auf dem Programm stehen.

Die Spandauer DLRG war mit einem Info-Stand dabei. Da sich außerdem die Gelegenheit anbot, auf einer Freifläche am Wasser den Besuchern dieses Festes ein besonderes Programm zu gestalten, war von einigen Kameradinnen und Kameraden eine „Trimming-130-Aktion“ (dem Leser bestimmt noch als Vorläufer der Badeparty bekannt) vorbereitet worden.

Am Anfang beherrschte die Akteure noch ein wenig das Lampenfieber, aber nach den ersten Takten der eigens dafür zusammengestellten Musikkassette war das dann verflogen. Da als Ansporn zum Mitmachen die Verlosung von Wasserbällen, Family-Tennis-Spielen und T-Shirts unter allen Teilnehmern angekündigt worden war, füllte sich die Aktionsfläche recht schnell mit Leuten, die ihren Puls bei den unterschiedlichsten musikalischen Ohrwürmern „in Trab“ brachten.

Nach dem letzten Pulsmessen und der anschließenden Verlosung kenterte dann „zufällig“ ein Segelboot auf der Havel. Hautnah wurde den zahlreichen Zuschauern der Ablauf des entsprechenden Einsatzes mit Hilfe von zwei Rettungsbooten demonstriert.

Michael Krug

Rechts: Praxisnahe Rettungsdemonstration: ein Segelboot „kentert“ auf der Havel.

DLRG-Rettungs- schwimmer sichern Kanu-Wettbewerbe

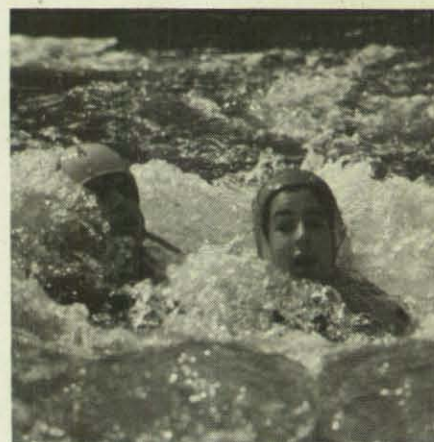
Eine ganz besondere Art der Zusammenarbeit zeigt sich bei der DLRG-Ortsgruppe in Hildesheim mit nationalen und internationalen Wassersportlern. Während in Augsburg das süddeutsche Ausbildungszentrum für Kanuten ist, wurde in Hildesheim an der Bischofsmühle das norddeutsche Ausbildungs- und Trainingszentrum für Slalomsporler vor mehreren Jahren geschaffen.

In fast wöchentlichen Abständen finden an der Bischofsmühle nationale oder internationale Trainings- und Wettkampfmaßnahmen statt, an denen jeweils bis zu 200 Kanuten teilnehmen. Die Slalomstrecke weist 25 Tore auf einer Flußstrecke von 400 Metern auf, die durch veränderbare Schwierigkeitsstufen mit ihren speziellen Hindernissen auf den jeweiligen Wettkampf eingestellt werden.

Wo aber Schwierigkeiten und Hindernisse zu überwinden sind, da sind auch Gefahren zu bestehen. Nun muß ein Kanute einen Schutzhelm im Boot tragen. Kanuten in der Ausbildung aber bedürfen einer besonderen Art der Sicherheitsbetreuung. Hier setzt die Arbeit der DLRG-Ortsgruppe Hildesheim ein.

So stehen für derartige Betreuungen jeweils etwa 40 Retter in zwei Schichten bereit, um an den besonderen Gefahrenstellen der Wettkampfstrecke bereit und innerhalb des Bruchteils einer Se-

kunde in der Lage zu sein, Kanuten in der Ausbildung oder auch beim Wettkampf im Gefahrenbereich helfend zur Seite zu sein oder Wettkampfboote, die nach einer Rolle „ohne Mann“ flußabwärts gehen, zu bergen.



Ein DLRG-Rettungsschwimmer bei der Bergung eines Kanuten.

Unter Beachtung der Regel „Vorbeugen ist besser als Heilen“ werden so bei einer derartigen Veranstaltung etwa 500 bis 600 Wachstunden im besonderen Betreuungsdienst geleistet. An Personenhilfen werden etwa 20 bis 30 Betreuungen geleistet, während an Sachhilfen mehr als 30 notwendig werden.





„Noch mal gut gegangen“:
geborener und erschöpfter Kanu-Sportler.

Bleibt nun die Frage, was diese Zusammenarbeit zwischen DLRG und Kanu-Sport bedeutsam sein läßt.

Wasser- und Rettungssport ist körperliche und geistige Ertüchtigung in einer Zeit gesellschaftlicher Bewegungsarmut. Gleichzeitig aber bedeutet die Zusammenarbeit gemeinsames zwischenmenschliches Handeln, um gemeinsam Schwierigkeiten zu überwinden. Genau diese Bedingungen sind Übung und Einsatz zugleich für die DLRG-Aktiven, um fähig zu sein, auch im plötzlichen Notfall besonnen handeln zu können.

Rhein- Rettungsdienst: Verstärkte Zu- sammenarbeit im Raum Köln

Verstärkt wollen zukünftig die Rhein- anliegerbezirke Bonn, Köln, Leverkusen und Bezirk Erftkreis mit der Ortsgruppe Wesseling zusammenarbeiten. Was in den vergangenen Jahren in lockerer Zusammenarbeit erreicht wurde, soll zukünftig durch eine bessere Organisation untereinander optimiert werden: in einer Arbeitsgemeinschaft für die 68 Stromkilometer lange Rheinstrecke zwischen der Landesgrenze im Süden und der nördlichen Stadtgrenze Leverkusens bei Monheim.

Mindestens acht Wachstationen sind an jedem Sommer-Wochenende und an den Feiertagen besetzt. Einer Stammbesatzung von 70 Wachteilnehmern stehen an den Rhein-Rettungswachen von Bonn bis Leverkusen für den Einsatz zehn Motorrettungsboote und zehn Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Auch bei Großveranstaltungen wird zusammengearbeitet. So wie im letzten Jahr bei der Eröffnung der Kölner Philharmonie bei der Laser-Show auf dem Rhein Rettungsboote aus den Nachbarbezirken in Köln aushalfen, haben inzwi-

schon Boote aus Köln und dem Erftkreis in Bonn bei „Rhein in Flammen“ Sicherungsaufgaben übernommen. Vorher begleiteten schon Boote aus der Region das Rheinschwimmen zwischen Bonn und Wesseling.

140 DLRG-Taucher illuminierten BUGA- Signet in Düsseldorf

Umrahmt von vielen Pechfackelträgern in Tauchausrüstung stand Günter Scheerer, Präsident des DLRG-Landesverbandes Nordrhein, Rede und Antwort. Fernseh-Moderatorin Ilona Christen interviewte Günter Scheerer zum Auftakt des DLRG-Auftritts während einer Life-Sendung des ZDF aus Düsseldorf.

Zur Eröffnung der Bundesgartenschau 1987 in Düsseldorf übertrug das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) aus dem Ausstellungsgelände den „Fernsehgarten“. Neben vielen bekannten Künstlern und Interpreten trat auch die DLRG ganz groß auf.

Die Fernsehmacher hatten sich einen besonderen Gag zum Abschluß dieser Sendung einfallen lassen: Taucher sollten im See auf dem Ausstellungsgelände das BUGA-Signet illuminieren.

verbänden Nordrhein und Westfalen mit brennenden Pechfackeln zur vorbereiteten Plattform. Der Fackelzug auf dem Wasser bot ein interessantes Bild. Wie an einer Perlenschnur bewegten sich langsam die Lichtpunkte der Fackeln auf die Mitte des Sees zu und bildeten einen großen Kreis auf dem Wasser. Am Himmel über dem See brannte währenddessen in einem vielfarbigen Lichterspiel ein brillantes Feuerwerk ab.

Ein Zeppelin, der über dem See schwebte, war mit einer Fernsehkamera ausgerüstet. Von hoch oben sollte dieses schöne Bild übertragen werden.

Das Fernsehen hatte die Rechnung jedoch ohne den Wirt gemacht. Etwa eine Stunde vor dem geplanten Höhepunkt fiel die gesamte Elektroversorgung des Zeppelins aus und der Pilot mußte zum Heimatflughafen zurückfliegen. So blieben denn nur einige wenige Einstellungen von einer Turmkamera aus, die den rechten Eindruck aber nicht vermitteln konnten.

Perlenschnur aus Fackeln

Vom Ufer aus schwammen rund 140 Taucher aus den beiden Landes-

Unten: Das DLRG-Boot mit der Fernsehkamera.





140 DLRG-Taucher bildeten eine Lichterkette auf dem Wasser.

Planung statt Übung

Dabei hatten sich alle Aktiven viel Mühe gegeben. Viele Wochen vor der Sendung setzten sich die Verantwortlichen aus den beiden Landesverbänden Nordrhein und Westfalen zusammen, um gemeinsam zu planen. Lothar Schwarzer, Tauchreferent des LV Westfalen, arbeitete einen genauen Plan aus. Gemeinsam üben konnten die Teilnehmer vorher nicht.

Schon am Samstagnachmittag trafen sich alle Aktiven, Taucherinnen und Taucher, Bootsführer und Begleiter auf dem BUGA-Gelände. Einzelheiten mußten besprochen und organisiert werden. Das Fernsehen machte Kamera- und Stellproben. Lautsprecher wurden aufgebaut und eine Kamera in ein Vieser-Rettungsboot installiert.

Geduld im kalten Wasser

Doch dann mußten sich die Teilnehmer in Geduld üben. Der Auftritt der DLRG war erst für 21.30 Uhr geplant. Trotzdem, die gute Stimmung, die schon den ganzen Nachmittag über geherrscht hatte, blieb. Sie blieb auch noch, als die Taucher in ihren Neopreneanzügen längst im kalten Wasser waren und mit ihren brennenden Pechfackeln auf ihren Auftritt warten mußten. Der Sendeablauf verzögerte sich. Für alle war es dann doch eine Erlösung, als endlich der Start freigegeben wurde.

Zum Aufwärmen hatte das ZDF anschließend alle an der Sendung Beteiligten zu einem Imbiß eingeladen. Bei einer heißen Suppe und Düsseldorfer Alt-Bier waren Kälte und Anstrengungen bald vergessen. Günter Jagenburg

Lehrscheinlehrgang

Nach Abschluß eines Lehrgangs zum Erlangen des Lehrabzeichens der DLRG (Lehrschein) verfügt die Berliner Polizei jetzt über 17 neue Lehrscheininhaber.

Das Sportreferat der Berliner Polizei und der Landesverband Berlin führten den

Unten links: Berlins neue Lehrschein-Inhaber.



sechsten derartigen Lehrgang seit 1976 durch. Vorweggenommen ist zu berichten, daß dieser Lehrgang, an dem auch drei Polizistinnen mit sehr gutem Erfolg teilnahmen, mit 3,95 Lehrgangsdurchschnittsnote das bisher beste Ergebnis von allen Lehrgängen erzielte. Die Teilnehmer wurden den hohen Anforderungen in allen Disziplinen des Schwimmens und Rettens, der Wiederbelebung und den theoretischen Prüfungsfächern gerecht.

Siegfried Schulz vermittelte erstmals die Fachausbildung zum Wettkampfrichter Schwimmen und Retten.

Rettungstaucher zeigten ihr Können

Unter dem Motto „Präsentation mit Show-Effekt“ beteiligte sich die Ortsgruppe Paderborn der DLRG (LV Westfalen) an der 2. Paderschau, einer über 120 000 Besucher zählenden Verbrauchermesse auf dem Schützenplatz in Paderborn.

Während der neuntägigen Veranstaltung präsentierte sich die Jugend mit einem Informationsstand, um ihre sportlich-humanitäre und außersportliche Arbeit vorzustellen. Hauptanziehungspunkt war ein 12 000 Liter fassender Tauchturm, in dem DLRG-Rettungstaucher der Ortsgruppe täglich bis zu sechsmal ihr Können unter Beweis stellten.

Daß der Stand von den Besuchern überaus positiv aufgenommen wurde, lag an der sehr zeitaufwendigen und guten Organisation unter Leitung des OG-Leiters Horst Günter Laue. (Ms)

Unten: Paderborner Werbematerial mit Tauchturm.



Ausbildungs- stätte für DLRG- Lehrschein- ausbildung innerhalb der Bundeswehr

Die Rettungsschwimmbildung in der Bundeswehr (Bw) ist in einer zentralen Dienstvorschrift festgeschrieben. Um nun dieser Ausbildung Rechnung zu tragen, d. h. qualifizierte Kräfte/Ausbilder auszubilden, hat sich die Bundeswehrführung mit dem DLRG-Präsidium vor einigen Jahren an einen Tisch gesetzt und darüber beraten, wie man die Rettungsschwimmbildung in der Bundeswehr transparenter machen kann.

Das Ergebnis dieser Gespräche führte schließlich zu der Entscheidung, verschiedene Ausbildungsabschnitte mit entsprechenden Lehr- und Lerneinheiten und abschließender Prüfung im Lehrgangsangebot der Bw anzubieten.

Mit der Durchführung dieser Aufgabe wurde die Sportschule der Bw in Warendorf betraut. Der Erfolg gibt den Initiatoren recht, denn bereits zum dritten Male konnte eine derartige Ausbildung mit der Übergabe der Lehrscheine der DLRG abgeschlossen werden!

Das Ziel „Fachsportleiter Rettungsschwimmen Bundeswehr“ ist nur erreichbar, wenn folgende Voraussetzungen bzw. Vorqualifikationen erfüllt sind:

1. Erfolgreiche Teilnahme an einem Fachsportleiter „Schwimmen“ an der Sportschule der Bw. Dieser Lehrgang beinhaltet eine 104stündige, umfassende Ausbildung mit abschließender Prüfung u. a. in Schwimmtheorie und -praxis, Schwimmtechniken und -methodik, Organisations- und Trainingsformen.
2. Das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen „SILBER“
3. Eine „Erste-Hilfe-Ausbildung“ von mindestens acht Doppelstunden, die nicht länger als drei Jahre zurückliegen darf.

Ausnahme: bei fehlendem Fachsportleiter „Schwimmen“ der Bw, wird auch die

erfolgreiche Teilnahme an einem Ausbildungshelferseminar „Schwimmen“ und „Rettungsschwimmen“ der DLRG für die Voraussetzung zu 1. anerkannt.

Der Fachsportleiter „Rettungsschwimmen“ hat u. a. zum Inhalt neben der Methodik im Schwimmen und Rettungsschwimmen, die rettungsspez. Inhalte, die physikalischen und physiologischen Grundlagen des Tauchens, das Schnorcheltauchabzeichen als auch eine kleine Einführung in das Gerätetauchen.

Die Organisation und Durchführung eines Rettungsvergleichskampfes ist ebenfalls Bestandteil dieses Lehrganges. Mit Lehrproben, Kurzvorträgen, Erarbeitung eines Ausbildungskonzeptes und schriftlicher Prüfung schließt diese Ausbildung ab. Unter Leitung von Sportlehrer Manfred Rauer (Warendorf), zu seiner Unterstützung Oberleutnant Horst Meyer vom Materialamt der Bun-

deswehr als Ausbilder freigestellt, dazu Sportlehrer Karl-Heinz Gartz, HFw Wolfgang Wohlgemuth und HBTsm Manfred Kröger von der Sportschule Warendorf die weiteren Mitarbeiter in diesem Ausbildungsteam, konnte der 3. Fachsportleiterlehrgang „Rettungsschwimmen“ erfolgreich abgeschlossen werden!

Der Leiter der DLRG Warendorf, Prof. Dr. E. Müller-Remme, hatte dann die Ehre, zum Abschluß des Lehrganges im Auftrage des Präsidiums 30 Lehrscheine an die erfolgreichen Kandidaten zu überreichen. Selbst die örtliche Presse ließ es sich nicht nehmen, diesen feierlichen Akt besonders zu bewerten, denn unter den Teilnehmern befanden sich auch die acht wehrpflichtigen Spitzensportler der Bundeswehr im Rettungsschwimmen, die derzeit ihre Wehrpflicht an der Sportschule ableisten.

Stoffplan des Drei-Wochen-Lehrganges

Theoretische Grundlagen	Stunden
Einführung in die Thematik	2
Allgemeine Methodik	2
Trainingslehre	4
Planung und Organisation von Unterricht und Prüfungen (einschl. Deutsche Prüfungsordnung Schwimmen/Retten/Tauchen)	4
Technik und Methodik der Disziplinen des Rettungsschwimmens (einschl. physikal.-physiol. Grundlagen des Schnorcheltauchens)	7
Verhalten am und im Wasser bei Bade-, Boots- und Eisunfällen	2
Maßnahmen der Sorgfalts- und Aufsichtspflicht	1
Wasserrettungsorganisationen und ihre Struktur	2
Gerätekunde (Wiederbelebungs- und Rettungsgeräte)	2
Sportmedizin (Atmung, Herz, Kreislauf, Ertrinkungstod)	4
	<hr/> 30
Methodisch-praktische Ausbildung	
Gymnastik mit und ohne Gerät (Medizinball, Sprungseil)	2
Technikschulung im Brust-, Kraul- und Rückenschwimmen mit Grätschschwung	5
Anfängerschwimmen	4
Technikschulung des Rettens:	
a) Springen	1
b) Streckentauchen	2
c) Tieftauchen	2
d) Befreiungsriffe	4
e) Transportieren und Retten	2
f) Aufnahme- und Anlandbringetechniken	2
Flossenschwimmen und Schnorcheltauchen	6
Herz- und Atem-Wiederbelebung	6
Gerätekunde (Wiederbelebungs- und Rettungsgeräte)	4
Trainingsformen und kombinierte Übungen	4
Lehrübungen	7
Wiederholung und Ergänzung (Einführung in das Tauchen mit Gerät)	3
	<hr/> 54
Prüfung	
Schriftliche Prüfung	
a) Fragebogen-Test	2
b) Schriftliche Darlegung eines Ausbildungskonzeptes	3
Kurzreferate	6
Lehrproben	9
	<hr/> 20
	<hr/> 104

Presseschau des Inlands

Nur jeder zwanzigste fände einen sicheren Platz

„Wir können die Leute perfekt alarmieren. Aber wo sollen sie hin?“ Der Leiter der Frankfurter Berufsfeuerwehr nimmt kein Blatt vor den Mund. Nach Meinung von Ernst Achilles ist in den letzten dreißig Jahren einfach zu vieles versäumt worden, als daß nun nach den Erfahrungen von Tschernobyl die Erwartungen in die Höhe geschraubt werden könnten. Der Katastrophenschutz in Frankfurt sei zwar keine Katastrophe, „wir bemühen uns“, resümiert Frankfurts oberster Feuerwehrmann. Gleichwohl liege aber manches im argen. Das fängt für Achilles bei den Schutzräumen an.

Droht Frankfurt ein Erdbeben, eine Explosion, ein Großbrand oder ein Chemieunfall, können sich nur etwa sechzigtausend Frankfurter in einen Bunker oder an einen unterirdisch sicheren Ort flüchten. So viele Plätze bieten die öffentlichen Zivilschutzanlagen, die es am Main gibt. Lediglich zwei dieser Bunker (...) sind mit Schleusen und Filteranlagen ausgerüstet und offerieren Zuflucht für drei Wochen. Auf einen Aufenthalt für drei Wochen sind auch vier Tiefgaragen eingerichtet.

Achilles ist nicht gerade gut auf die Politiker zu sprechen, wobei der Zivilschutz Bundesangelegenheit ist. Keiner habe sich für den Bunkerbau ausgesprochen, um nicht in den Verdacht zu kommen, ein „Kriegsvorbereiter“ zu sein. Aus seiner Sicht stellt sich dies als „töricht“ dar. Jene, die damals am lautesten geschrien hätten, seien nach Tschernobyl die ersten gewesen, die einen Platz im Schutzraum ausgewiesen bekommen wollten, sagt Achilles.

Versäumt wurde seiner Ansicht nach ebenfalls, mit Baugesetzen Schutzräume zur Auflage zu machen oder etwa bei den zurückliegenden U-Bahn-Bauten an den Katastrophenfall zu denken. Und an der geringen Bereitschaft von privaten Bauherren, bei ihren Projekten an Sicherheitstrakte zu denken, hat sich den Ausführungen von Achilles zufolge

auch nach den Geschehnissen in der ferneren Sowjetunion nichts geändert.

Die Vorbereitung auf den Notfall birgt aber noch mehr Tücken. Kein Feuer ist gleich, wohin eine Giftwolke treibt, hängt von vielen Ungewißheiten ab. „Wie wollen wir bei einem größeren Gasaustritt denn einen ganzen Stadtteil samt seinem Krankenhaus und seinen Altenheimen evakuieren?“ fragt sich der Leiter der Berufsfeuerwehr. Seien hundert Busse bereitgestellt, weigere sich vielleicht ein Fahrer, in das Gebiet zu fahren. Würden Sammelstellen eingerichtet, müßten die Menschen ebenfalls unter der Gaswolke hindurch. Häuser bieten in einem solchen Fall nach Achilles' Meinung daher einen besseren Schutz. Fenster schließen, gegebenenfalls abdichten und auf die Rundfunkdurchsagen achten, rät er.

Da die Unwägbarkeiten so groß sind, hält Achilles auch nicht viel von allzu detailliert ausgearbeiteten Katastrophenschutzplänen. Diese müßten kurz gefaßt sein und könnten nichts anderes als Telefonverzeichnisse sein. „Im Notfall hat man nicht lange Zeit zu überlegen“, fügt der Feuerwehrchef hinzu, nach dessen Erfahrung es „einfach Illusion“ ist, in Katastrophenschutzplänen jede mögliche Situation durchspielen zu können. Das sei praxisfremd.

Gleichwohl bemühen sich Frankfurts Katastrophenschutz-Planer, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, für die Tschernobyl und die Vorkommnisse bei der Firma Sandoz in Basel als Beispiele stehen. Daß die Stadt bereit ist, solche Bemühungen zu unterstützen, geht aus einem Bericht hervor, den der Magistrat (...) beschlossen hat. Die Frankfurter Berufsfeuerwehr trage aufgrund ihrer Aufgaben und ihrer technischen Ausrüstung schon seit vielen Jahren den Charakter einer „Umweltfeuerwehr“. Sie habe sich in der Bekämpfung und Beseitigung von Umweltgefahren vielfach bewährt, lobt der Magistrat.

Die Ereignisse von Tschernobyl und Basel, berichtet der Magistrat weiter, hätten zu Überlegungen Anlaß gegeben, welche Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung solcher Schadensfälle erforderlich seien. Gegenwärtig werde geprüft, inwieweit bereits existierende Einrichtungen durch zusätzliche Meßgeräte zur Analyse umweltgefährdender Stoffe ergänzt werden müßten. Unter der Beachtung der Bundes- und Landeskompetenzen sowie der städtischen Zuständigkeiten im Umwelt- und Katastrophenschutz werden laut Magistrat derzeit die organisatorischen Voraussetzungen erarbeitet, um vergleichbare Unfälle bewältigen zu können. Dabei versichert

der Magistrat, er sei grundsätzlich bereit, die hierfür notwendigen personellen und sachlichen Kapazitäten bereitzustellen. („Frankfurter Allgemeine“)

Schutzraum erstellen

Vernimmt der Bauherr das Stichwort „Schutzraumbau“, dann verzieht er für gewöhnlich das Gesicht. Wer mag schließlich schon an Bombennächte im Bunker denken? Und gegen die unvorstellbare Zerstörungskraft der Atom-bombe ist doch ohnehin kein Kraut gewachsen. Argumente wie zusätzliche Sicherheit, staatliche Zuschüsse oder steuerliche Vergünstigungen verhalten meist ungehört in emotionsgeladenem Für und Wider.

Dabei vergessen viele Hausbesitzer, die dem Bau von Schutzräumen ablehnend gegenüberstehen, daß die Diskussion um staub- und gasdichte Räume mit Filteranlagen für die Atemluft, Wasser- und Lebensmittelvorräte gerade in jüngster Zeit beachtlich an Aktualität gewonnen hat. Tödliche Schwaden nach Chemieunfällen, Giftwolken nach verheerenden Großbränden oder radioaktive Niederschläge nach Defekten in Atomkraftwerken machen deutlich, daß private Schutzräume unter Einfamilienhäusern auch in Friedenszeiten Menschenleben retten können. Zeitlich begrenzte Umweltkatastrophen, die für einige Stunden oder Tage die Atmosphäre verseuchen, lassen sich im Schutzraum relativ gefahrlos abwarten.

Wer einen verstärkten Keller bauen will, der allerdings den Erfordernissen des sogenannten Grundschutzes entsprechen muß, dem greift Vater Staat finanziell kräftig unter die Arme. Bis zu 50 Prozent der Mehrkosten werden durch direkte Zuschüsse abgedeckt. Um von Steuervergünstigungen zu profitieren, braucht er seine tatsächlich entstandenen Kosten nicht einmal nachzuweisen. Je nach Bundesland muß zum Bauantrag lediglich ein Zusatzantrag gestellt werden, Bauverzögerungen durch den Schutzraum sind so gut wie ausgeschlossen, da nur Wände und Decken dicker ausfallen und zusätzliche technische Ausrüstung wie etwa die Belüftung installiert werden müssen. Nach Schlußabnahme durch das örtliche Bauamt wird die zweite Zuschußrate ausgezahlt; dann beginnt die steuerliche Abschreibung. Wer sich detailliert über Hauschutzräume informieren will, erhält beim Bundesverband für den Selbstschutz, Postfach 45 02 47, 5000 Köln 41, Telefon 02 21/4 98 81, kostenlos die „Schutzbaufibel“.

(„Capital“, Köln)

Presseschau des Auslands

Die Pflicht zum Schutzraumbau

Die Erstellung von Gebäuden, die beruflichen Tätigkeiten dienen, zieht unabhängig von der Konstruktionsweise grundsätzlich die Pflicht zum Schutzraumbau nach sich. Letztere hängt davon ab, ob normalerweise unterhalb des Erdgeschosses Räumlichkeiten errichtet werden können. In der Regel kommen in Bauten für berufliche Tätigkeiten zwei Schutzplätze für drei Arbeitsplätze in Frage.

Der Erbauer einer mechanischen Werkstatt im Waadtland, die ein einziges Stockwerk von 316 m² Fläche umfassen und vom Erbauer für sich allein benutzt werden sollte, sah als Baumaterial vorfabrizierte Elemente vor, die auf einer Metallstruktur montiert werden. Er beantragte vergeblich den Dispens vom Schutzraumbau ohne Ersatzbeitragspflicht. Letztere dient dem Bau öffentlicher Schutzräume anstelle der Schutzbauten dispensierter Privater. Der Kanton erteilte hier dem Bauherrn bloß den Baudispens.

Der Bauherr hatte die Frage mit einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde bis vor die II. Öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes getragen. Nach dem Schutzbautengesetz (Artikel 2, Absatz 1) haben die Hauseigentümer in allen üblicherweise mit Kellergeschossen versehenen Neubauten Schutzräume zu erstellen. In der bundesrätlichen Botschaft zu diesem Gesetz wird der Begriff des Kellergeschosses sehr weit umschrieben, damit möglichst überall, wo normalerweise unterhalb des Erdgeschosses Räume plaziert werden können, Schutzbauten entstehen. Auch der Begriff dieses Normalfalles ist bei der Vorbereitung des Gesetzes sehr weit gefaßt worden. Die im Zivilschutzgesetz (Art. 18 und 23) für gewisse Fälle vorgesehenen Betriebsschutzorganisationen bedürfen solcher Schutzräume. Nach

Artikel 20 der Zivilschutzverordnung haben diese Organisationen ja auch die Bezugsbereitschaft und den Aufenthalt in den Schutzräumen zu besorgen. Die Schutzraumerstellungspflicht betrifft infolgedessen auch betriebliche Neubauten, wobei weniger die Bauweise als die Zweckbestimmung zur Zeit der Erstellung maßgebend ist. Die schwache Belegung des Gebäudes ändert daran nichts. So müßte ein Einfamilienhaus, in dem nur eine Person wohnt, das aber zehn Zimmer aufweist, nach dem in Artikel 3, Absatz 1 der Schutzbautenverordnung enthaltenen Schlüssel einen Schutzplatz pro Zimmer, also zehn Schutzplätze, erhalten. Die in Frage stehende Werkstatt war somit, da normalerweise der Unterkellerung zugänglich, der Schutzraumerstellungspflicht unterworfen.

Die Anzahl der zu erstellenden Schutzplätze

Nachdem es sich so ergeben hatte, daß die Erstellungspflicht unmittelbar aus dem Gesetze abzuleiten ist, hatte Art. 3, Abs. 1 der Schutzbautenverordnung, welcher die Anzahl der Schutzplätze betrifft, für die Erstellungspflicht als solche nur noch beispielgebende Bedeutung und den Rang eines Hinweises auf die gesetzliche Baupflicht für Schutzräume. Was hingegen die Bestimmung der Anzahl der Schutzplätze betrifft, so ist diese Verordnung verbindlich. Der Buchstabe von Art. 3; Abs. 1 derselben sieht für Werkstätten und überhaupt für Büros und Verwaltungsgebäude, für industrielle und gewerbliche Betriebe einschließlich Fabriken zwei Schutzplätze pro drei Arbeitsplätze vor. Dieser Schlüssel war auch auf das Gebäude des Beschwerdeführers anzuwenden.

Nun hatte er aber im kantonalen Verfahren behauptet, er werde in der Werkstatt allein arbeiten. Dies schien bei einer Oberfläche von 316 m² unwahrscheinlich. Die kantonale Behörde auferlegte ihm also eine Ersatzbeitragspflicht für fünf Schutzplätze. Wie die öffentlichen Gebäude sollen auch die Betriebsbauten ein der maximalen Kapazität entsprechendes Schutzplatzangebot aufweisen, also in diesem Falle nach der möglichen Höchstzahl der Arbeitsplätze beurteilt werden. Diese sind durch eine konkrete Prüfung der Situation zu bestimmen, was anhand aller Umstände zu geschehen hat. Eine solche Untersuchung war hier vom Kanton zugunsten einer Grobeinschätzung unterlassen worden, die keine nähere Begründung erfuhr. Dies veranlaßte das Bundesgericht, die Beschwerde im Sin-

ne seiner Erwägungen gutzuheißen und die Sache zu entsprechender Neuerteilung an die kantonale Behörde zurückzuweisen.

Dabei bemerkte das Bundesgericht für den Fall, daß sich erweisen sollte, daß die Werkstatt tatsächlich nur einen Arbeitsplatz aufweist, dies keineswegs zur Befreiung des Beschwerdeführers von jeder finanziellen Verpflichtung führen könnte. Bei Ausnahmen von der an sich bestehenden Schutzraumbaupflicht können die Kantone nach Art. 2, Abs. 3 des Schutzbautengesetzes einen der Einsparung des Hauseigentümers gleichwertigen Beitrag an die Erstellung öffentlicher Zivilschutzbauten erheben. Der Ersatzbeitrag nach Art. 6, Abs. 1 der Schutzbautenverordnung müßte bei bloß einem Arbeitsplatz auf zwei Drittel der mittleren zusätzlichen Kosten pro Schutzplatz, so wie sie vom Kanton nach dieser Vorschrift ermittelt worden sind, angesetzt werden, wenn man bedenkt, daß für drei Arbeitsplätze zwei Schutzplätze nötig wären: Eine vollständige Entlastung des Bauherrn würde in einem solchen Fall weder durch das Gesetz noch durch eine andere Bestimmung gerechtfertigt.

(„Zivilschutz“, Schweiz)

EG auf dem Weg zu Euro-Zivilschutz

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft arbeiten beim zivilen Katastrophenschutz künftig verstärkt zusammen. Die für Zivilschutz zuständigen Minister und Staatssekretäre der EG verabschiedeten in Brüssel eine Erklärung, wonach die Zusammenarbeit in gemeinsamen Katastrophenschutzübungen erprobt und ein in allen EG-Ländern einheitlicher telefonischer Notruf eingerichtet werden soll.

Wie der Präsident des Ministerrats, der belgische Innenminister Joseph Michel, mitteilte, ist außerdem die Erarbeitung eines Handbuchs vorgesehen, in dem die Helfer und Ausrüstungen aufgeführt werden, die in den einzelnen Staaten bei großen Katastrophen eingesetzt werden können.

Über den geplanten telefonischen Notruf sollen die Bürger Hilfe anfordern und sich über den Umfang einer Katastrophe sowie über das Schicksal von Verwandten informieren können. EG-Kommissar Carlo Ripa di Meana sagte nach dem ersten Ministertreffen dieser Art: „Heute ist der europäische Zivilschutz entstanden.“

(„Weserkurier“, Bremen)

Wissenschaft & Technik

Einsatzkiste für die TEL

G. Bothe, Mitarbeiter der Abteilung Zivilschutz des Landkreises Hannover, entwickelte für die Technischen Einsatzleitungen (TEL) und die Führungsgruppen Bereitschaft sowie die Führungsstaffeln der Kreisfeuerwehrbereitschaft eine Transportkiste für Unterlagen und Kleinmaterial, die auch zum Schreibtisch umgebaut werden kann. Nachfolgend die technischen Daten und eine Beschreibung der Einsatzkiste:

Die Kiste besteht aus Rauhspundbrettern, 18 mm dick, mit Nut und Feder. Die einzelnen Bretter wurden verleimt, um die Festigkeit zu erhöhen und gegen Feuchtigkeit zu isolieren. Die Kiste hat folgende Außenmaße: Länge: 800 mm, Breite: 600 mm, Höhe: 550 mm.

Unter der Kiste befinden sich vier Holzbeine, die auseinandergeklappt werden können, um die erforderliche Höhe für Schreibebeiten zu erreichen. Im Deckel befindet sich ein Fach für das Kartenmaterial. Dieses ist so angeordnet, daß die Karten nicht geknickt zu werden brauchen. Außerdem wurde eine Metallplatte zur Befestigung der Haftmagneten am Kartenfach angeschraubt. Im abgeklappten Zustand können so die für die Einsatzstelle benötigte Karte sowie die taktischen Zeichen befestigt werden.

Die Kiste kann in kurzer Zeit durch die innenliegenden Platten und Metallfüße

(jeweils höhenverstellbar) zu einem Schreibtisch von ca. 2,40 m Länge und 0,60 m Breite montiert werden. Außerdem beinhaltet die Einsatzkiste drei herausnehmbare Einsätze, in denen sich das im Inhaltsverzeichnis aufgeführte Material befindet. Genügend Platz für Aktenordner (DIN A4), für KatS-Pläne, Handbücher u. a. ist noch vorhanden. Die Kiste ist tragbar und mit zwei Sicherheitsschlössern versehen.

Masken und Filter gut aufbewahrt

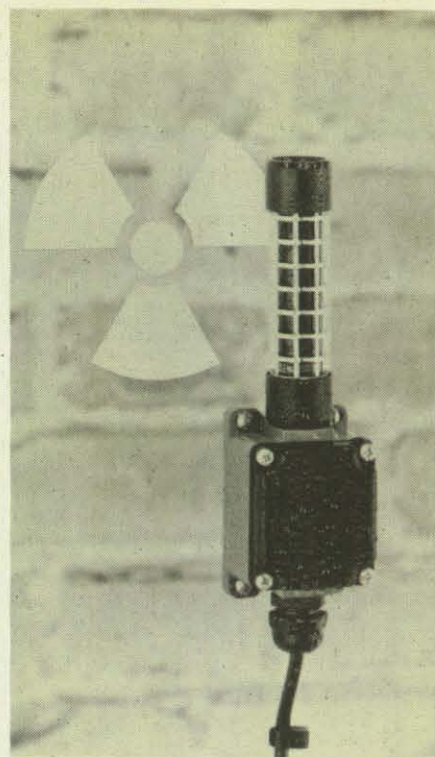
Der Aufbewahrungsschrank in staubdichter Ausführung und mit Schlüssel-schloß ist ein idealer Aufbewahrungsort für Atemschutzmasken und Filter in Industriebetrieben. Ein großes Atemschutz-Gebotsschild zeigt unmißverständlich und zuverlässig, wo die Atemschutzmaske griffbereit liegt.

(Foto: Interspiro)



Stets aktuelle Meßwerte

Für eine Kontrolle des Radioaktivitätsgehaltes in der Luft wurde eine neue Kompaktanlage vorgestellt. Ein Meßfühler er-



mittelt dabei ständig mit großer Genauigkeit die Radioaktivität und zeigt die aktuellen Meßwerte digital an. Das Gerät schlägt sofort Alarm, wenn eine (einstellbare) Warnschwelle überschritten wird. Auch eine Protokolliermöglichkeit der Meßwerte ist vorgesehen.

Die gesamte Anlage besteht aus zwei getrennten Einheiten, die durch ein beliebig langes Kabel miteinander verbunden sind. Die Anzeige-Einheit wird im Innenbereich, der Meßfühler an einer geeigneten Stelle im Freien montiert.

Die Anlage repräsentiert den Stand heutiger Technik: Hochzuverlässige Hybrid-Schaltkreise, wie man sie aus der Raumfahrt kennt, stör-sichere Übertragung der Daten, wetterfester Außenfühler. Zahlreiche Selbstkontrollen stellen eine einwandfreie Funktion der Anlage sicher. Eine do-it-yourself-Montage der Anlage ist ohne Schwierigkeiten möglich.

(Foto: Genitron)



Neue Bücher

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Ein Handbuch für Kommandeure und Hauptverwaltungsbeamte Von Dr. Horst Schöttler

Mit Geleitworten des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, und des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger.

**Walhalla u. Praetoria Verlag,
8400 Regensburg**

Eine Schrift für Fachleute — zweifellos. Horst Schöttler hat mit seinem „Handbuch für Kommandeure und Hauptverwaltungsbeamte“ einen Personenkreis angesprochen, der sich von Amts wegen mit der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) befaßt.

Schöttler kommt aus der Praxis. Als Beigeordneter der Stadt Kaiserslautern und als Oberstleutnant der Reserve kennt er die Problematik der ZMZ: Militärische Planung und zivile Vorkehrungen müssen ständig aufeinander abgestimmt werden. Zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Abkommen regeln nicht nur den nationalen Zusammenhalt, sondern berücksichtigen darüber hinaus die Belange der in unserem Land stationierten Streitkräfte der verbündeten NATO-Staaten. Selbst für den Hauptverwaltungsbeamten oder Kommandeur erwächst da manchmal ein undurchdringliches Dickicht.

Schöttlers Erfahrungen und Kenntnisse bieten hier eine Hilfe. So beleuchtet er systematisch die unterschiedlichen Aspekte der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, immer bemüht, die Inhalte plastisch und griffig zu vermitteln.

Im ersten Abschnitt weist der Autor in die rechtlichen Grundlagen der zivilen Verteidigung ein. Dabei kommentiert er sowohl die Überlegungen zu einem neuen Zivilschutzgesetz als auch die politischen Auseinandersetzungen, die sich gerade am Werden dieses Gesetzeswerkes entzündeten.

Im folgenden widmet sich Schöttler der Organisation der ZMZ. Mit Tabellen,

Schaubildern und deutlichen Sinnabschnitten ordnet der Autor die oft unübersichtliche Materie.

Vom „Bundessicherheitsrat“ über „Musterungsverfahren“ bis hin zum „Zivilen Alarmplan“ — gerade der Fachmann erhält auf seine Fragen eindeutige Antworten.

Ein Buch also, daß sich für jeden empfiehlt, der sich an seinem Arbeitsplatz um Partnerschaft zwischen militärischen und zivilen Dienststellen bemüht und letztlich so für die Sicherheit der Bürger tätig ist.

Staatssekretär Dr. Ermisch würdigte bei einer Präsentation im Bundesministerium der Verteidigung am 22. Januar 1987 das neue Handbuch. Im Beisein von Ministerialdirigent Beyer, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern; Präsident Dusch, Bundesamt für Zivilschutz; Präsident Dr. Schmitt, Akademie für Zivile Verteidigung; Direktor Schuch, Bundesverband für den Selbstschutz; Dr. Brauer, Geschäftsführer der Bundesärztekammer; Generalleutnant Malecha, stv. Inspekteur des Heeres und dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz e. V., Schwaderlapp, würdigte der Staatssekretär die verdienstvolle Arbeit des Autors.

Dr. Ermisch betonte, daß die ZMZ die Klammer der Gesamtverteidigung ist und die Bereitschaft und der Wille zur Zusammenarbeit der beiden Partner vorbildlich seien. Zugleich erklärte Dr. Ermisch, die zivile Verteidigung leide an der Begrenztheit der Mittel und an dem Mangel an öffentlicher Akzeptanz.

Brandschutz und Haustechnik

Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Rauch und Feuer über haustechnische Anlagen und Installationen. Herausgeber: Innenministerium Baden-Württemberg, Dorotheenstraße 6, 7000 Stuttgart 1

Jedes Jahr sterben allein in der Bundesrepublik Deutschland einige hundert Menschen durch Brandgase und Feuer. Oftmals sind es mangelhafte bautechnische Anlagen, die die Katastrophe auslösen.

Das vorliegende Buch richtet sich insbesondere an Bauherren und Architekten. Denn es sind nicht allein die alten Gebäude, die den Flammen reiche Nahrung bieten — gerade auch Neubauten mit ihren weitverzweigten Installationen und Aufzugschächten begünstigen die Ausdehnung eines Brandes. Die Autoren nennen Beispiele: ein Wohnhaus-

brand in Gießen — sechs Verletzte; ein Krankenhausbrand in Achem (Baden) — zehn Tote, 25 Schwerverletzte. In beiden Fällen hatte der Rauch in Windeseile alle Flure und Etagen erfaßt. Hier steht die moderne Bautechnik in der Tat vor einem Problem. Um so hilfreicher sind die Hinweise dieses Buches, das in der Art eines Nachschlagewerks gegliedert ist:

- Wo liegen Gefahren?
- Was fordern die baurechtlichen Vorschriften?
- Welche Maßnahmen kann man treffen?

Der baden-württembergische Innenminister Schlee stellte das Buch im Februar der Presse vor. „Den technisch Interessierten wird“, so meinte Schlee, „damit eine Handreichung geboten, wie den besonderen Brandgefahren bei der Einrichtung von haustechnischen Anlagen und Installationen vorgebeugt werden kann.“

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Zivilschutz und Zivilverteidigung Handbücherei für die Praxis

21. und 22. Ergänzungslieferung Herausgeber: Ministerialdirektor a. D. Kirchner, Ministerialdirigent Merk und Regierungsdirektor Beßlich

Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsfeld

Die 21. Ergänzungslieferung übernimmt die Broschüre „Innere Sicherheit“, die vom Bundesministerium des Innern verfaßt worden ist. Die Darstellung „Polizei mit Bundesgrenzschutz“ im 2. Teil und „Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland“ im 3. Teil gibt eine eingehende Schilderung der Aufgaben (einschließlich Rechtsgrundlagen), Organisation und Arbeitsweise dieser Einrichtungen. Der 4. Teil „Neue Sicherheitsgesetze“ befaßt sich mit den Sicherheitsgesetzen, die in der 10. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorberaten, aber nicht mehr verabschiedet worden sind.

Mit der 22. Ergänzungslieferung wird der Band 1 der Sammlung weiter komplettiert, so erhält Teil A Begleittexte zur Zivilverteidigungsverwaltung nach Art. 87 b Abs. 2 GG (A II 2), zur Akademie für zivile Verteidigung (A IV 4), zur Schutzkommission (A V 1), zur Geschichte des Bundesamtes für Zivilschutz (A V 4), zur Geschichte des Technischen Hilfswerks (A V 6) und zu den Selbstschutzdienststellen (A V 10). Im Teil B folgen kleinere Ergänzungen und Fortschreibungen.

Anlagen und Geräte des Katastrophenschutzes (Bundesausstattung)

Das Stromerzeuger-Aggregat 5 kVA

Das 5-kVA-Aggregat gehört zu der materiellen Ausstattung der KatS-Fachdienste

- Löschzug LZ-R
- Bergungszug
- Instandsetzungszug
- ABC-Zug
- Sanitätszug

Es dient bei den mobilen Einsätzen zur Stromversorgung von Dreh- und Wechselstromgeräten und Beleuchtungsanlagen.

Das Aggregat besteht aus:

- Motorteil mit Motor, Kraftstoffbehälter und Reversierstarter, Vergaser mit Gashebel, Drehzahlfeinregler und Kurzschlußknopf,
- Generatorteil mit Generator, Kupplung zum Motor und Kabel zum Anschlußkasten,
- Anschlußkasten mit Drehstromsteckdose 5polig, System CEE mit Deckel, 3 wassergeschützten Wechselstrom-Schutzkontaktsteckdosen 230 V, 1 Sicherungsautomat für 400 V Drehstrom, 3 Sicherheitsautomaten für 230 V Wechselstrom,
- Rahmenteil mit Rohrrahmen und Tragegriffen,
- Zubehör
Auspuffschlauch 1,5 m lang, Zündkerzenschlüssel, Bedienungsanleitung mit Ersatzteilliste, Motor-Handbuch.

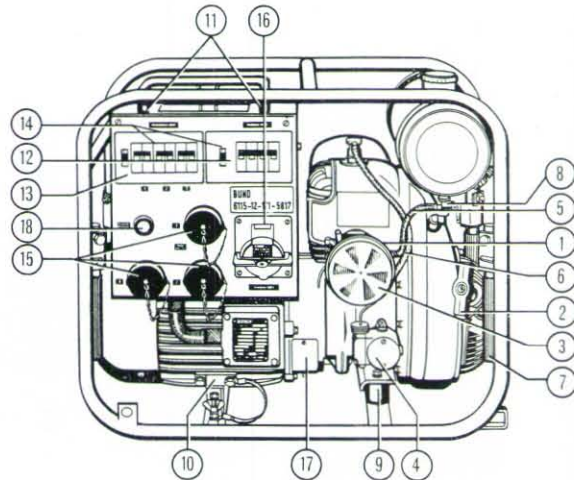
Technische Daten

Generator

Ausführung:	selbsterregter, 2poliger Synchron-Innenpolgenerator in Sternschaltung, mit Anlaufverstärker
Nennleistung:	Drehstrom 5 kVA Wechselstrom 3,7 kVA
Leistungsfaktor:	cos phi = 0,8
Nennspannung:	Drehstrom 400 V Wechselstrom 230 V
Spannungstoleranz:	± 5% bei Drehstromlast 5 kVA und cos phi = 0,8; betriebswarm
Nennfrequenz:	50 Hz
Nennstrom:	Drehstrom 7,2 A Wechselstrom 16 A
Nenndrehzahl:	3 000/min
Ausgelegt nach:	VDE 0530
Bauform:	„B3/B5“ nach DIN 42 950
Schutzart:	„IP 44“ nach DIN 40 050

Motor

Ausführung:	Einzylinder-Zweitaktmotor
Typ:	Stamo 282, luftgekühlt
Hubraum:	277 cm ³
Nennleistung:	6,3 kW (8,5 PS) bei 3 000/min, Def. „B“ nach DIN 6270
Nenndrehzahl:	3 000/min
Kraftstoff:	Benzin-Öl-Gemisch



Kraftstoffverbrauch: ca. 4 l/h bei Nennlast

Tankinhalt: ca. 6 l

Laufzeit mit einer Tankfüllung: ca. 1,5 h

Starteinrichtung: Reversierstarter

Drehzahlregelung: Fliehkraftregler auf Drosselklappe wirkend (Feinregler)

Abmessungen: Breite 440, Höhe 580, Länge 700 mm

Gewicht: ca. 90 kg

Schutzmaßnahmen gegen zu hohe Berührungsspannungen

Wird der Stromerzeuger mobil eingesetzt und die Verbraucher über bewegliche Leitungen versorgt, so ist nach VDE 0100/5.73, § 53 die Schutzmaßnahme „Schutztrennung“ (VDE 0100, § 14) erfüllt, auch wenn mehrere Verbrauchsmittel angeschlossen sind.

Mit Schutzleiter und Schutzkontaktstecker versehene Verbrauchsmittel (Schutzklasse 1) werden an die Schutzkontaktsteckdosen des Stromerzeugers angeschlossen. Der Schutzleiter gilt hierbei als Potentialausgleichsleiter. Weder Mittelpunktleiter (Mp) noch sonst ein Netzpunkt darf mit dem Schutzleiter oder mit Erde verbunden werden.

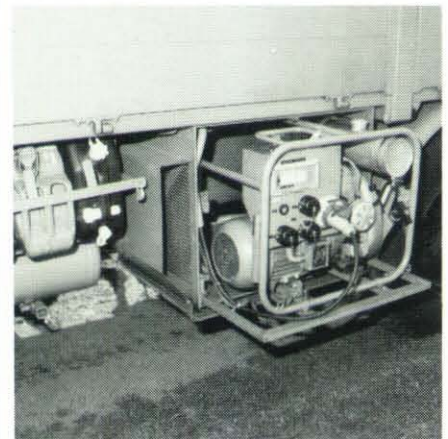
Eine Erdung des Generators sowie aller Masseteile mit Staberdem (Erdungsspieß) entfällt.

Als bewegliche Anschlußleitungen müssen Leitungen HO 7 RN (NSHöu) nach VDE 0250 oder gleichwertige verwendet werden.

Anmerkungen:

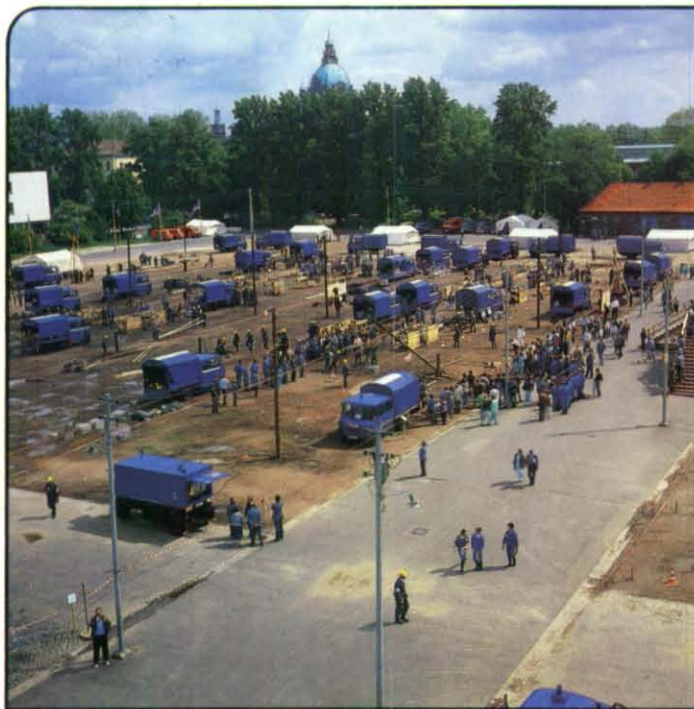
1. Im Einsatz sind Modelle verschiedenster Hersteller. Sie unterscheiden sich durch den Aufbau des Generators und des Schaltkastens.
2. Einige Stromerzeuger-Aggregate sind zusätzlich mit einer Buchse und einer Signallampe für die Schutzleiter-Prüfeinrichtung ausgestattet.
3. Das gezeigte Aggregat ist im ABC-Dienst eingesetzt.

1 Vergaser, 2 Reversierstarter (Seilzugstarter), 3 Luftfilter, 4 Motor-Drehzahlfeinregler, 5 Kraftstoffleitung, 190 mm lg., 6 Zündleitung, abgeschirmt, 7 4 Tragegriffe, einklappbar, 8 Kraftstoffhahn, 9 Gummi-Metallelement (2 St.) für Motorlagerung, 10 Gummi-Metallelement (3 St.) für Anschlußkastenaufhängung, 11 Gummi-Metallelement (2 St.) für Generatorlagerung, 12 Sicherungsautomat, für Drehstrom 400 V*, 13 Sicherungsautomat, für Wechselstrom 230 V*, 14 Klarsicht-Schutzdeckel, abklappbar, 15 3 Wechselstrom-Schutzkontakt-Steckdosen 16 A, wasserdicht, System CEE (DIN 49462), 17 Abdeckblech (für Kohlewechsel), 18 Drucktaster, zur Betätigung des Anlaufverstärkers; d. h. solange der Druckknopf gedrückt wird, ist der Anlaufverstärker in Funktion.



Stromerzeuger-Aggregat 5 kVA betriebsbereit auf dem DMF verlastet. Als Schutzmaßnahme ist hier das System Schutztrennung mit Potentialausgleich nach VDE 0100 § 53 für mobile Stromversorgungsanlagen bei Brand- und Katastropheneinsätzen gewählt worden.

Harte Arbeit vor dem Sieg



Zum 9. Male kämpften zweiundzwanzig Mannschaften — je ein Instandsetzungszug und eine Jugendgruppe — aus den Landesverbänden des Technischen Hilfswerks in Hannover um Sieg und Platz. Der Bundeswettkampf des THW fand am 7. Juni 1987, am Pfingstsonntag, auf dem zentral gelegenen Schützenplatz in der Landeshauptstadt Niedersachsens statt.

Wohl in kaum einer Mannschaft hatte man sich die Wettkampfaufgaben so schwer vorgestellt und deshalb reichte auch im Bereich der Instandsetzung die vorgegebene Zeit nicht aus, um die Arbeiten an einer Abwasserleitung, einer Freileitung und an einer Wasserleitung, teilweise mit Atemschutzgerät, ordnungsgemäß durchzuführen. Es mußte eine halbe Stunde Verlängerung gegeben werden. Da hatten es die Jugendgruppen etwas leichter, ihre Aufgaben waren bergungsspezifischer Art, aber nicht so vielfältig und umfangreich.

Der wohlverdiente Preis für den besten Instandsetzungszug, der vom Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann gestiftete Pokal, ging an den THW-Ortsverband Obernburg aus Bayern; der Pokal des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, konnte von der Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Völklingen, Saarland, errungen werden. So hat dieser Wettkampf wieder gezeigt, daß Stetigkeit in der Ausbildung zum Erfolg führt.